

Häußermann, Hartmut; Kronauer, Martin; Gornig, Martin

Book

Desintegration und soziale Kohäsion in Berlin

edition der Hans-Böckler-Stiftung, No. 172

Provided in Cooperation with:

The Hans Böckler Foundation

Suggested Citation: Häußermann, Hartmut; Kronauer, Martin; Gornig, Martin (2008) : Desintegration und soziale Kohäsion in Berlin, edition der Hans-Böckler-Stiftung, No. 172, ISBN 978-3-86593-051-4, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/116418>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

172

Hartmut Häußermann
Martin Kronauer
Martin Gornig

Desintegration und soziale Kohäsion in Berlin

edition der
Hans **Böckler**
Stiftung ■■

Fakten für eine faire Arbeitswelt.

Hartmut Häußermann | Martin Kronauer | Martin Gornig

Desintegration und soziale Kohäsion in Berlin

edition 172

Hartmut Häußermann |
Martin Kronauer | Martin Gornig

**Desintegration und
soziale Kohäsion in Berlin**



edition der Hans-Böckler-Stiftung 172

Hartmut Häußermann, Dr. rer. pol., seit 1993 Professor für Stadt- und Regionalsoziologie an der Humboldt Universität zu Berlin. Studium 1965-1970 an der FU Berlin, danach wissenschaftlicher Assistent. Von 1976-1978 Professor an der Universität GHK Kassel, von 1978-1993 Professor an der Universität Bremen und Direktor der ZWE Arbeit und Region in der Kooperationsstelle Universität-Arbeiterkammer.

Martin Kronauer, Dr. phil., seit 2002 Professor für Gesellschaftswissenschaft mit dem Schwerpunkt Strukturwandel und Wohlfahrtsstaat in internationaler Perspektive an der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin; 1987-2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter am SOFI Göttingen; 2001-2002 Verwaltung der Professur für international vergleichende Sozialwissenschaft an der Universität Göttingen.

Martin Gornig, Dr. rer. oec., Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Stellvertretender Leiter der Abteilung Innovation, Industrie, Dienstleistung, Forschungsbereich Unternehmensstandorte und Agglomeration; Mitglied des Georg-Simmel-Zentrums für Metropolenforschung der Humboldt-Universität zu Berlin; Honorarprofessor am Institut für Stadt- und Regionalplanung der Technischen Universität Berlin.

© Copyright 2008 by Hans-Böckler-Stiftung

Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf

Produktion: Setzkasten GmbH, Düsseldorf

Printed in Germany 2008

ISBN: 978-3-86593-051-4

Bestellnummer: 13172

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere die des öffentlichen Vortrages, der Rundfunksendung, der Fernsehausstrahlung, der fotomechanischen Wiedergabe, auch einzelner Teile.

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	7
Ausgangslage und Untersuchungsziele	9
1 Einkommenspolarisierung	13
1.1 Ausgangspunkt und Fragestellung	13
1.2 Ökonomische Triebkräfte einer Polarisierung der Lohnstrukturen	14
1.2.1 Erklärungsmuster Tertiärisierung	14
1.2.2 Erklärungsmuster Globalisierung	15
1.3 Stand der empirischen Forschung	16
1.3.1 Einkommensverteilung in der Gesamtwirtschaft	16
1.3.2 Lohndisparitäten in Großstadregionen	17
1.4 Fazit	18
2 Armut	21
2.1 Datenlage, Vergleichbarkeit	22
2.2 Armutsanteile und Armutsentwicklung	22
2.3 Verarmungsrisiken	27
2.3.1 Arbeitslose	28
2.3.2 Migranten	30
2.3.3 Alleinerziehende	32
2.3.4 Dynamik und Verstetigung von Armut	33
2.4 Das Armutsgefälle zwischen West und Ost	35
2.5. Fazit	36
3 Migration	39
3.1 Bevölkerung mit Migrationshintergrund	40
3.2 Beschäftigung, Arbeitslosigkeit	42
3.3 Einkommensunterschiede	44
3.4 Segregation	44
3.5 Wie ist die Segregation der Migranten zu beurteilen?	48
3.6 Migrantenkinder im Bildungssystem	52
3.7 Fazit	54

4	Segregation	57
4.1	Was ist Segregation?	57
4.2	Das Interesse an der Segregation	57
4.3	Stadt als Sozialraum	59
4.4.	Wie entwickelte sich bisher die Segregation?	61
4.5	Wann wird Segregation zum Problem?	64
4.6	Nachbarschaftseffekte	66
4.6.1	Zusammenhänge zwischen Wohnquartieren und Armutslagen	66
4.6.2	Konzentrationseffekte	69
4.6.3	Quartierstypeneffekte	70
4.7	Segregation in Berlin	74
4.8	Segregation im internationalen Vergleich	77
5	Politisches Vertrauen	81
5.1	Politisches Institutionenvertrauen	81
5.2	Responsivität und Einschätzung der politischen Repräsentation	85
5.3	Solidaritätspotenzial	87
5.4	Fazit	88
6	Schlussfolgerungen	91
7	Literatur	97
	Über die Hans-Böckler-Stiftung	109

Vorbemerkung

Diese Studie fasst Fakten und Tendenzen zusammen, die überwiegend allgemein zugänglichen Quellen zu entnehmen sind. Es handelt sich nur zu einem geringen Teil um Primärforschung.

Ziel dieser Studie ist es, Ergebnisse von Berichten und Untersuchungen zusammenzufassen, die sich mit dem sozialen Strukturwandel in Berlin befassen. Dabei stehen insbesondere solche Entwicklungen im Blickpunkt, die die soziale Gleichheit bzw. Ungleichheit beeinflussen und in deren Folge die soziale Kohäsion in Berlin geschwächt und Desintegrationsprozesse verstärkt werden.

Zentrale Bedeutung für solche Tendenzen haben Entwicklungen bei den lohnabhängigen Tätigkeiten. Sie werden im Folgenden unter der Fragestellung thematisiert, ob sich in Berlin eine Einkommenspolarisierung zeigt, wie sie in der Stadtliteratur vielfach behauptet wird. Hinzu kommt die Armutsentwicklung sowie die Frage, wie sich die Armutsentwicklung in Berlin von anderen Großstädten unterscheidet.

Der wachsende Anteil von Migranten in den Städten sowie deren Integration in das Bildungssystem und in den Arbeitsmarkt stellen Herausforderungen dar, die für die zukünftige Stadtentwicklung von größter Bedeutung sind. Als ein – gerade in der Öffentlichkeit in jüngerer Zeit stark diskutierter – Aspekt der Integration gilt die räumliche Segregation von Migranten. Migration und Segregation werden daher in jeweils eigenen Kapiteln behandelt.

Welche subjektiven Einschätzungen gegenüber der lokalen Politik in verschiedenen Vierteln von Berlin (auch im Vergleich zu anderen Städten) anzutreffen sind, ist Gegenstand des 5. Kapitels.

Bei den Ausführungen im Kapitel 5 haben wir Ergebnisse aus einem Forschungsprojekt verarbeitet, an dem Kathrin-Luise Läger und Jens Wurtzbacher mitgearbeitet haben. Ihnen gilt unser Dank für einige Sonderauswertungen. Michaela Heinrich danken wir für ihre Unterstützung beim Redigieren des Texts.

Die Studie wurde im Mai 2005 abgeschlossen.

Ausgangslage und Untersuchungsziele

Der ökonomisch-soziale Wandel mit seinen sozialen Konsequenzen wird als »Ende eines Entwicklungsmodells« (Übergang vom »Fordismus« zum »Postfordismus«) oder als »Prozess der Desintegration« (Wandel der Beschäftigungsformen, Sozialstaatskrise, Individualisierung, wachsende Unsicherheitsgefühle und Vertrauensverlust gegenüber politischen Institutionen) beschrieben. Wie sich diese Entwicklungen darstellen, soll überprüft werden.

Eine der vielfach vertretenen Thesen zum Wandel von Großstädten in den westlichen kapitalistischen Ländern lautet, dass sich in der global verflochtenen, postindustriellen bzw. postfordistischen Stadt die Soziallagen polarisieren, die kulturellen und politischen Milieus sich weiter ausdifferenzieren, und dass sich die Städte auch räumlich stärker fragmentieren (Mingione 1996; Hamnett 1998; Murie 1998; Heitmeyer/Anhut 2000). Ob sich eine solche Entwicklung für Berlin nachzeichnen lässt, ist die Leitfrage des Papiers. Dabei werden auch Bezüge zur Entwicklung anderer Metropolen hergestellt.

Die Stadt Berlin erlebt seit der Wiedervereinigung einen tief greifenden Wandel ihrer ökonomischen Grundlagen, der sich in wachsenden sozialen Problemen niederschlägt und von einer unübersichtlicher werdenden politischen Situation begleitet ist. In der hier angebotenen Expertise soll eine Übersicht über Ergebnisse vorliegender Berichte und Forschungsarbeiten zur sozialen Entwicklung in der Stadt gegeben werden.

Dabei gehen wir davon aus, dass wir es nicht mit einem Prozess von sich selbst verstärkendem Verfall oder permanenter Erosion zu tun haben, sondern dass sich auch neue Formen ökonomischer Entwicklung und sozialer Integration abzeichnen – und dass diese politisch aufgegriffen und unterstützt werden können.

Fragestellungen

Diese Studie zu Prozessen und Erscheinungsformen von Desintegration und Potenzialen der sozialen Kohäsion in Berlin behandelt die Themenbereiche Einkommenspolarisierung, Armutsentwicklung, Migration, sozialräumliche Segregation und politisches Vertrauen. Dabei orientiert sie sich an den folgenden Leitfragen:

1. Einkommenspolarisierung
 - Welche theoretischen Erklärungsmuster begründen die Erwartung zunehmender Einkommenspolarisierung in den Städten?
 - Welche empirischen Befunde liegen für europäische Großstädte vor?
 - Welche Informationen können zur Differenzierung der Erwerbseinkommen in Deutschland generiert werden?
 - Wie ist die Ausgangslage in Berlin?
2. Armut
 - Wie entwickelt sich Armut in Berlin im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten? Wo liegen spezifische Ursachen für die Berliner Entwicklung?
 - Welche Bevölkerungsgruppen sind in Berlin im Vergleich zu anderen Städten vor allem von Armut betroffen?
 - Welche Hinweise auf Formen, Ausmaß und Erfahrung von Ausgrenzungsbedrohung (mehrfacher sozialer Benachteiligung) finden sich für Berlin?
3. Migration
 - Wie entwickelte sich die Zuwanderung nach Berlin in den letzten zehn Jahren?
 - Wie sieht die räumliche Verteilung der Ausländer-Bevölkerung aus?
 - Wo liegen besondere Probleme bei der Integration von Zuwanderern? (z.B. Schulerfolg)
4. Sozialräumliche Segregation
 - Nimmt die soziale Segregation in Berlin zu?
 - Wie sieht die Entwicklung im Vergleich zu anderen Großstädten aus?
 - Wo entwickeln sich hohe Konzentrationen von Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen?
 - Was sind die Folgen sozialräumlicher Segregation? Wie ist Segregation zu bewerten?
 - Welche Perspektiven der sozialräumlichen Entwicklung lassen sich ableiten?
5. Politisches Vertrauen
 - Wie hoch ist das politische Vertrauen in Berlin im Vergleich zu anderen Städten? (Köln, Mannheim, Leipzig)
 - Wie unterscheiden sich die politischen Einschätzungen in einem marginalisierten (Wedding) und einem privilegierten (Zehlendorf-Mitte) Gebiet in Berlin?

- Welche Anzeichen für den Zustand der Solidarität zwischen den Bewohnern von armen und wohlhabenden Gebieten gibt es?

Integration und Kohäsion bilden ein Wirkungsfeld, das von einer Vielzahl von Einflüssen abhängig ist. In dieser Studie werden die oben genannten herausgegriffen und in ihrer Entwicklung dargestellt. Da sich die einzelnen Dimensionen unter verschiedenen Perspektiven immer wieder neu vermischen, sind Wiederholungen bzw. Überschneidungen zwischen einzelnen Kapiteln nicht zu vermeiden.

1 Einkommenspolarisierung

1.1 Ausgangspunkt und Fragestellung

Starkes Wirtschaftswachstum, politische Stabilität und die konfliktreiche Kooperation der großen kollektiven Akteure im Wirtschaftsleben haben in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer starken Anhebung der Realeinkommen auch bei den lohnabhängigen Massen geführt. Als Folge von Industrialisierung, kollektiver Lohnfindung und Sozialstaatsausbau haben außerdem die Einkommensdifferenzen abgenommen. Zumindest bis in die 1970er Jahre hinein war für die breiten Schichten der Lohnempfänger die Teilhabe am Wohlstandswachstum gesichert. Das Gesellschaftsmodell, dem die Entwicklung in dieser Phase sich annäherte, wird heute als »Fordismus« bezeichnet.

Die mit der Industrialisierung entstandenen Großstädte haben bei der Minderung der Einkommensunterschiede in Europa eine zentrale Rolle gespielt. Im Zusammenwirken von ökonomischem Wachstum und stadtpolitischer Regulierung haben sie sich als Integrationsmaschinen erwiesen: Im Zuge der Landflucht am Beginn des Jahrhunderts und im Zuge der großen Bevölkerungsbewegungen am Ende des Zweiten Weltkriegs sind unglaubliche Mengen von Zuwanderern in die Stadtgesellschaft integriert worden. Im Vergleich zur Stadt des 19. Jahrhunderts – und im Vergleich zur Stadtentwicklung in den USA – haben sich letztlich unter sozialstaatlichen Bedingungen in der Bundesrepublik und anderen westeuropäischen Ländern relativ homogene Stadtgesellschaften entwickelt. In den realsozialistischen Gesellschaften wurden die Einkommensunterschiede und generell die sozialen Differenzierungen absichtsvoll und mit politischer Macht reduziert.

Dies scheint sich nun, am Beginn des 21. Jahrhunderts, zu ändern. In der postindustriellen und postfordistischen Gesellschaft verlieren kollektive Regulierungen an Bedeutung und die sozialen Differenzierungen nehmen zu. Der ökonomische Strukturwandel führt zu einer Verringerung der Zahl der Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe und zur Zunahme von Dienstleistungstätigkeiten – begleitet von einer hohen Arbeitslosigkeit in den Städten.

Niedrigeinkommen und Armut müssen keineswegs mit Arbeitslosigkeit verbunden sein, es gibt auch die Niedrigverdiener in den Betrieben (»working poor«). Die Ränder der Arbeitsgesellschaft lösen sich auf in eine Grauzone des Übergangs

mit marginalen, öfter unterbrochenen Erwerbsmöglichkeiten, für deren Bewältigung sehr stabile sozialmoralische Fähigkeiten Voraussetzung sind.

Die möglichen Ursachen für zunehmende Einkommensunterschiede sind vielfältig. Im Vordergrund der öffentlichen Diskussion stehen die Auswirkungen des Rückzugs des Sozialstaates und der zunehmenden Arbeitslosigkeit. Die wachsenden Differenzierungen innerhalb der Erwerbstätigkeit werden oft nicht stark genug beachtet.

Wir fokussieren uns daher hier auf die Frage der Veränderung der Lohnstrukturen der Beschäftigten. Dazu werden wir im Folgenden zunächst die ökonomischen Triebfedern einer zunehmenden Lohnpolarisierung skizzieren, die sich aus den Megatrends der Tertiärisierung und Globalisierung ableiten. Gleichzeitig sammeln wir Argumente, die wiederum auf eine besondere (Vorreiter-)Rolle der Großstädte hinweisen. Im zweiten Teil fragen wir nach der empirischen Evidenz für eine Einkommenspolarisierung in Europa und insbesondere in Deutschland und suchen Hinweise darauf, ob Großstädte wie Berlin besondere Dynamiken einer zunehmenden Spaltung der Lohnstrukturen aufweisen.

1.2 Ökonomische Triebkräfte einer Polarisierung der Lohnstrukturen

1.2.1 Erklärungsmuster Tertiärisierung

Die Hoffnung auf eine Expansion der Dienstleistungsbeschäftigung fußt auf der Kombination zweier Effekte: Nachfragesteigerungen durch eine positive Einkommenselastizität und geringe Produktivitätssteigerungen durch die zeitliche und räumliche Bindung der Kunden (Fourastié 1954). Schon früh wurde erkannt, dass die geringen Potenziale für Produktivitätssteigerungen auch Nachfrageengpässe verursachen können (Baumol 1967). Steigen die Masseneinkommen, so steigen ohne Produktivitätszuwächse auch die Preise für Dienstleistungen. Ein reale Nachfragesteigerung findet c. p. dann nicht statt. Der Faktoraueinsatz – sprich die Beschäftigung – bleibt unverändert (Scharpf 1985, Häußermann/Siebel 1995).

Produktivitätsschwache (einfache) Dienstleistungen können im Zeitverlauf nur an Beschäftigung gewinnen, wenn ihre Entlohnung relativ zur Gesamteinkommensentwicklung zurückbleibt. Produktivitätsstarke (hochwertige) Dienstleistungen können dagegen auch bei steigenden Löhnen expandieren, da ihre Kosten pro Leistungseinheit (Lohnstückkosten) nicht steigen müssen. Im Tertiärisierungs-

prozess entstehen dann parallel also sowohl relativ schlecht entlohnte einfache Dienstleistungsjobs als auch hoch produktive und hoch entlohnte Dienstleistungsjobs. Im Übergang von der Industrie zur Dienstleistungsgesellschaft nimmt die Lohnspreizung zu (Blau 1980; Harrison/Bluestone 1988).

Als Brennpunkte solcher durch die Tertiärisierung bestimmten Einkommenspolarisierung gelten die großen Städte. Ein Grund hierfür liegt schlicht in der Tatsache, dass der Tertiärisierungsgrad in den großen Städten höher ist als in anderen Raumkategorien. Entsprechend wirken sich die im Vergleich zur Industrie höheren Lohndifferenziale der Dienstleistungen stärker aus (Nelson/Lorence 1985).

Eine andere Erklärung beruht auf der Überlegung, dass hochwertige Dienstleistungen aus ihrer räumlichen Ballung in Agglomerationen ökonomische Vorteile ziehen können. Zu denken ist hier vor allem an Synergieeffekte z.B. über Wissens Spill-Overs. Solche Vorteile der räumlichen Ballung schlagen sich dann in Form von Agglomerationsprämien auch in den räumlichen Lohnstrukturen nieder. Die Löhne einfacher Dienstleistungen hingegen unterscheiden sich regional nicht, da – ohne wissensbasierte räumlichen Synergieeffekte – durch Mobilität der Arbeitskräfte Lohnunterschiede minimiert werden (Maume 1983).

1.2.2 Erklärungsmuster Globalisierung

Ein zentrales Phänomen der Globalisierung ist die Intensivierung des internationalen Warenaustauschs. Diese bezieht sich nicht mehr wie noch in den 1980er Jahren allein auf bestimmte Branchen, sondern erfasst das gesamte Spektrum der Industrieproduktion und immer mehr Teile der Dienstleistungserstellung. Für jeden Produktionsschritt wird der optimale Produktionsstandort gesucht. Die Optimierung der Standortstrukturen führt in den traditionellen westlichen Industrieländern wie Deutschland zu einer Verdrängung einfacher Produktionsschritte durch Importe (Kleinert u.a. 2000).

Die Importsubstitution folgt dabei dem simplen Mechanismus des so genannten Neofaktor-Proportionen-Theorem (Fels 1980). In den Ländern Ostasiens und Osteuropas ist die Faktorausstattung mit einfacher Arbeit sehr viel größer als in den westlichen Industrieländern. Je knapper der Produktionsfaktor wiederum ist, je höher ist sein Preis (Lohn). Entsprechend wird in den westlichen Industrieländern die relativ teure einfache Arbeit durch mit billigen Arbeitskräften erstellte Produkte aus den Ländern Ostasiens und Osteuropas substituiert.

Die Folge ist ein spezifischer und starker Rückgang des Einsatzes unqualifizierter Arbeit in der Industrie und bei handelbaren Dienstleistungen in den west-

lichen Hochlohnländern. In diesen Ländern würde man c. p. aus der Importsubstitution eine homogenere Lohnstruktur ableiten, da es einfache (gering entlohnte) Arbeitsplätze schlicht nicht mehr gibt. Als Gegenreaktion auf die Änderungen der Arbeitskräftenachfrage könnte aber auch eine relative Verschlechterung der Entlohnung einfacher Arbeit in den westlichen Industrieländern eintreten (Wood 1995). Die überproportional steigende Arbeitslosigkeit unqualifizierter Personen führt dort zu stärkeren Lohnabschlägen. Der zunehmende internationale Waren- und Dienstleistungsaustausch in der Globalisierung könnte dann zu einer stärkeren Lohnspreizung in Ländern wie Deutschland führen.

Die Vermutung zur besonderen Ausprägung der Einkommenspolarisierung in den großen Städten beruht vor allem auf der These, dass nur bestimmte Städte die zentralen Steuerungsfunktionen der Globalisierung übernehmen (Sassen 1994). In diesen »Global Cities« entwickelt sich ein Cluster besonders hoch entlohnter Dienstleistungsfunktionen. Diese fragen wiederum lokal einfache – schlecht bezahlte – Dienstleistungen nach.

Aus regionalökonomischer Sicht lassen sich die Veränderungen der Globalisierung als sektorale Veränderungen von Skalenerträgen und Transportkosten interpretieren (Krugman 1995). Unternehmenskonzentration und Marktöffnung führen zu höheren Skalenerträgen tertiärer Steuerungsfunktionen. Verbesserungen von Telekommunikationsinfrastrukturen und internationalen Rahmenvereinbarungen senken gleichzeitig die Kosten der Raumüberwindung solcher Leistungen. Beides führt modellgemäß zu einer starken räumlichen Konzentration der hoch entlohnnten Steuerungsfunktionen.

Inwieweit allerdings dieser Effekt auf einzelne Megastädte beschränkt bleibt oder auch eine Vielzahl andere Städte erfasst, ist umstritten (Mollenkopf/Castells 1991; Burger 1996).

1.3 Stand der empirischen Forschung

1.3.1 Einkommensverteilung in der Gesamtwirtschaft

Das Faktum einer zunehmenden Ungleichheit der Einkommensverteilung scheint auch in Europa immer mehr beobachtbar zu sein (Anxo/Storrie 2000). Eine differenzierte Literaturstudie über die Entwicklung der Einkommensverteilung in einzelnen europäischen Ländern kann an dieser Stelle aber nicht durchgeführt werden.

Für Deutschland sind hingegen die Aussagen eindeutig. Während die Entwicklung in den 1990er Jahren noch uneinheitlich war (Hauser 2003), nimmt seit 2000 die Einkommensdifferenzierung in Deutschland spürbar zu (Frick u.a. 2005). Die sozialstaatliche Reduktion der Ungleichheit der Vermögens- und Erwerbseinkommen ist dabei bislang unverändert hoch. Die Impulse gingen also vor allem von der stärkeren Konzentration der Primäreinkommen aus.

Verantwortlich für den Anstieg der Einkommensdisparitäten in Deutschland ist primär die Zunahme der Arbeitslosigkeit, das heißt vor allem die Einkommensdifferenzen zwischen Haushalten mit und ohne Erwerbseinkommen sind gestiegen. Aber auch die Ungleichheit der individuellen Erwerbseinkünfte hat in West- und Ostdeutschland seit 2000 spürbar zugenommen (Göbel/Krause/Schupp 2005).

Eine besondere Rolle bei der Zunahme der Lohndifferenzierung scheint das starke Anwachsen des Niedriglohnbereichs zu spielen (Schäfer 2003; Schupp/Birkner 2004).

1.3.2 Lohndisparitäten in Großstadregionen

Die Thesen insbesondere von Saskia Sassen (1991) zur Einkommenspolarisierung in so genannten Global Cities hat zu einer Fülle von Studien zur Analyse der Veränderung der Sozialstrukturen auch in europäischen Großstädten geführt. Die meisten dieser Studien z.B. zu Oslo (Wessel 2000), Amsterdam und Rotterdam (Burger/Musterd 2002) sowie Helsinki (Vaattovaara/Kortteinen 2003) lassen dabei keine generelle Polarisierungstendenz erkennen. Allerdings ist die empirische Basis der Studien eher schmal. Insbesondere fehlen konkrete Angaben zur Lohndifferenzierung.

Für unsere Fragestellung auswertbare Angaben zur Entwicklung der Haushaltseinkommen und Lohnstrukturen liegen lediglich für London vor. Dabei zeigt sich für die Haushaltseinkommen, dass in Großbritannien insgesamt und besonders in London eine starke Zunahme von Haushalten mit sehr hohem Einkommen stattgefunden hat (Gordon 2000). Auf der Ebene der individuellen Erwerbseinkommen wird für London wie für Großbritannien insgesamt eine zunehmende Differenzierung der Lohnstrukturen festgestellt. Die Löhne in den oberen Einkommensklassen steigen zwischen 1979 und 1995 deutlich schneller als in den unteren. Die Lohnentwicklung ist dabei in London insgesamt höher als im Landesdurchschnitt. Davon profitieren sowohl die oberen als auch die unteren Lohngruppen. Eine besonders starke Lohndifferenzierung Londons ist damit nicht zu konstatieren (Hamnett 2003).

Für Frankreich lässt sich eine ähnliche Entwicklung vermuten. Auswertungen der regionalen Lohndifferenzen weisen starke Agglomerationseffekte auf die Lohnhöhe aus. Die Lohnaufschläge für verdichtete Regionen wie Paris ziehen sich aber durch alle Qualifikationsebenen der Beschäftigten (Combes/Duranton/Gobillon 2004). Auf besonders hohe Lohndisparitäten in den Großstädten kann daher nicht geschlossen werden.

Regionale Lohn- und Einkommensanalysen in Deutschland beschränken sich fast ausschließlich auf interregionale Vergleiche des Lohnniveaus (aktuell: Mertens 2002; Gatzweiler/Milbert 2003). Repräsentative Ergebnisse zu den intraregionalen Veränderungen der Lohndisparitäten liegen für deutsche Regionen nicht vor. Lediglich indirekt lassen sich aus Analysen lohnbestimmter Agglomerationseffekte Hinweise auf regionale Unterschiede in den Lohnstrukturen ableiten.

So zeigen Möller/Haas (2002), dass das Agglomerationslohndifferenzial positiv vom Ausbildungsgrad abhängt. Daraus lässt sich schließen, dass je verdichteter eine Region ist, desto größer ist der Lohnabstand zwischen gering und höher qualifizierten Beschäftigten.

Auf der Basis der Analyse der Angaben der Statistik sozialversicherungspflichtig Beschäftigter der Bundesagentur für Arbeit lassen sich aber auch differenzierte Analysen der Entwicklung der Lohnstruktur in den Regionen ermitteln. Verwendet wurden diese Daten bislang aber nur für Lohnstrukturvergleiche zwischen Ost- und Westdeutschland (Görzig/Gornig/Werwatz 2004).

1.4 Fazit

Studien mit empirische Angaben zur Lohnstruktur in Berlin liegen derzeit nicht vor. Repräsentative Ergebnisse, die dann auch interregional verglichen werden könnten, wären nur durch Auswertungen der Jahresmeldungen der Statistik sozialversicherungspflichtig Beschäftigter der Bundesagentur für Arbeit möglich. An dieser Stelle lassen sich daher gegenwärtig nur Thesen zur möglichen Stellung und Entwicklung der Lohnpolarisierung in Berlin formulieren.

Ein Ausgangspunkt für solche Überlegungen sind die Wirtschaftsstrukturen in Berlin (Geppert/Gornig 2003) und ihre Verbindung mit den Antriebskräften einer möglichen Einkommenspolarisierung durch Globalisierung und Tertiärisierung (Häußermann/Roost 2000).

Gegen eine ausgeprägte Lohndifferenzierung in Berlin spricht auf der einen Seite der geringe Anteil hochwertiger Dienstleistungsbranchen in Berlin. Nach den Thesen zur »Global City« sind sie es vor allem, die eine starke Einkommenspolarisierung auslösen. Solange in der Stadt kaum Banken, Unternehmenszentralen und sie beratende Unternehmen als Steuerungszentrale der globalen Wirtschaft vertreten sind, dürfte das Potenzial für einen starken Hochlohnbereich fehlen, der dann auch eine hohe lokale Nachfrage nach einfachen Dienstleistungen begründete.

Auf der anderen Seite ist Berlin die deutsche Großstadt mit dem geringsten Industrieanteil. Stabilisierungseffekte der Industrie auf die mittleren Einkommenschichten fallen dementsprechend gering aus. Die Differenzierungspotenziale der Dienstleistungen wirken damit hier weit stärker als in den westdeutschen und den meisten europäischen Metropolen. Da gleichzeitig die Thesen zu den Folgen der allgemeinen Tertiärisierung in fast allen vorliegenden Studien eine sehr viel höhere empirische Evidenz aufweisen als die Überlegungen zu den Auswirkungen der »Global City«, spricht vieles für eine ausgeprägte Polarisierung der Lohneinkommen in Berlin.

Unterstützt wird die Annahme einer besonders starken Zunahme der Einkommenspolarisierung in Berlin zudem durch die jüngsten Ergebnisse zur Entwicklung der individuellen Erwerbseinkommen in West- und Ostdeutschland (Göbel/Krause/Schupp 2005). Danach hat die Ungleichheit der Löhne in Ostdeutschland weit stärker zugenommen als in Westdeutschland. Zumindest gegenüber den westdeutschen Großstädten ließe sich daher eine stärkere Tendenz der Lohndifferenzierung in Berlin ableiten. Der bisher stabilisierend auf die Einkommensverteilung in Berlin wirkende ostdeutsche Einfluss entfällt damit immer mehr.

2 Armut

Die Möglichkeit, ein Leben zu führen, das den in einer Gesellschaft allgemein anerkannten Mindeststandards von materieller Wohlfahrt entspricht, gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen sozialer Teilhabe. Für arme Menschen steht sie in Frage. Die Verbreitung und Intensität von Armut ist vor allem deshalb ein wichtiger Indikator für die Integrationsfähigkeit (oder Desintegrationstendenzen) einer Gesellschaft, da sie in aller Regel mit Benachteiligungen auf anderen Ebenen zusammenfällt: auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, in den sozialen Beziehungen, in den politischen Einflussmöglichkeiten. Kumulieren diese Benachteiligungen und dauern sie über längere Zeit an, droht soziale Ausgrenzung.

In Deutschland haben Einkommensungleichheit und Armut in den letzten Jahren zugenommen. Laut Zweitem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung stieg die »Armutrisikoquote« (definiert als 60 % des Medians der Nettoäquivalenzeinkommen) zwischen 1998 und 2003 von 12,1 % auf 13,5 % an (Deutscher Bundestag 2005, S. 16). In der Europäischen Union liegt die Armutsrate der Bundesrepublik zwar noch immer unter dem Durchschnitt (ebenda, S. 15). Besonders kritisch stellt sich aber schon jetzt im europäischen Vergleich die Lage der Arbeitslosen in Deutschland dar. Sie sind stärker als in anderen Ländern gleichzeitig den Risiken der Verarmung und der sozialen Isolation ausgesetzt (Gallie/Paugam 2000, S. 370).

In den Großstädten ist die Armut am stärksten verbreitet, denn hier wirken die Ursachen der Verarmung in konzentrierter Form – Deindustrialisierung und industrielle Rationalisierung, zunehmende Einkommensungleichheit im Zuge der Ausweitung von Dienstleistungstätigkeiten, verschlechterte Arbeitsmarktbedingungen für gering Qualifizierte und insbesondere Migranten, die Ausbreitung von Haushaltsformen, die für Armut besonders anfällig sind. Berlin nimmt unter den deutschen Großstädten eine Sonderstellung ein. Es ist trotz anhaltender Bevölkerungsverluste die weitaus größte von ihnen, neuerlich mit der Hauptstadtfunktion ausgestattet, an der Schnittstelle der deutschen Teilung und Vereinigung gelegen, infolge von Krieg und Teilung im Westen bereits früh entindustrialisiert, in besonderer Weise mit den Auswirkungen der »Wende« konfrontiert. Was diese Sonderstellung im Hinblick auf Armut bedeutet, soll im Folgenden durch den Vergleich, wo möglich, mit anderen deutschen Großstädten und gelegentlich der Bundesrepublik insgesamt beleuchtet werden.

2.1 Datenlage, Vergleichbarkeit

Zur Armut in Berlin lagen zum Zeitpunkt des Abschlusses dieser Studie ein Bericht der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz aus dem Jahr 2002, der »Einkommens- und Armutsbericht 2000« von Topos Stadtforschung, das »Monitoring Soziale Stadtentwicklung« (herausgegeben von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin) sowie eine Reihe stadtsoziologischer Untersuchungen (darunter insbesondere Häußermann/Kapphan 2000 und 2004; Kapphan 2002) vor. Verlässliche Angaben zum Vergleich der Armutsentwicklung in deutschen Großstädten gibt es dagegen nicht. Eigene Armutsberichte bringen Städte, wenn überhaupt, in der Regel nur sporadisch und in längeren Zeitabständen heraus (eine Ausnahme bildet hier seit 1987 München). Sofern diese Berichte Einkommensarmut berechnen, tun sie dies nie auf gleicher methodischer und Datengrundlage, was die Vergleichbarkeit erschwert (wie beim Berliner und letzten Münchner Bericht) oder völlig unmöglich macht (wie im Fall des Leipziger Lebenslagenreports; siehe hierzu Tabelle 2.1). Vergleichbar sind am ehesten die von den jeweiligen statistischen Ämtern oder in den Armutsberichten veröffentlichten Angaben zur Sozialhilfedichte, das heißt zur Anzahl von Sozialhilfeempfängern pro 1000 Einwohner. Auch hier gibt es zwar Abweichungen in den Berechnungen, die aber quantitativ nicht allzu schwer ins Gewicht fallen. Solche Berechnungen liegen häufig auch auf Stadtteilebene vor, nicht immer allerdings für einzelne, von Armut besonders betroffene Bevölkerungsgruppen und in aktualisierten Zeitreihen.

Die Sozialhilfedichte stellt ein sehr unzulängliches Armutsmaß dar, da sie nur die so genannte »bekämpfte« Armut erfasst. Sie liegt deutlich niedriger als die Ergebnisse der üblicherweise verwendeten Maße für Einkommensarmut, wie z.B die Armutsquote gemessen als die Hälfte des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens, oder die im Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2005) verwendete und auf das Medianeinkommen bezogene Armutsrisikoquote.

2.2 Armutsanteile und Armutsentwicklung

Der erste und bisher einzige Armutsbericht der Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz mit dem Titel »Armut und soziale

Ungleichheit« (im Folgenden: Armutsbericht Berlin) aus dem Jahr 2002 weist für 1999 auf der Datenbasis des Mikrozensus für Berlin eine Armutsquote von 12,8 % aus, bezogen auf die Bevölkerung und gemessen am Schwellenwert von 50 % des Nettoäquivalenzeinkommens (SVfGSV Berlin 2002, S. 11). Diese Quote liegt um nahezu fünf Prozentpunkte über der der Sozialhilfedichte Berlins für dasselbe Jahr (8,1 %). Nach einer Studie von Topos (2001, S. 32), in der dasselbe Armutsmaß verwendet wurde, waren 8,9 % der Berliner Haushalte arm. Wenngleich die Armutsberechnung auf Basis des Mikrozensus ein realistischeres Bild vom Ausmaß der Einkommensarmut vermittelt als die Sozialhilfedichte, unterschätzt sie dieses Ausmaß noch immer, da niedrige Einkommensgruppen wie etwa Sozialhilfeempfänger in der Stichprobe unterrepräsentiert sind.

Im Vergleich zur Armutsquote der Bundesrepublik, wie sie mit demselben Armutsmaß, aber auf anderer Datengrundlage für den Ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung erhoben wurde (10,1 %), lag die Berliner Quote (auf die Bevölkerung bezogen) um 2,7 Prozentpunkte höher (SVfGSV Berlin, 2002, S. 11). Dass Berlin Ende der 1990er Jahre im Vergleich zum nationalen Durchschnitt überdurchschnittlich arm war, ist insofern keine Besonderheit, als die Armutsquoten für Großstädte immer höher sind als für Flächenländer. Besonders bemerkenswert aber ist, dass die Stadt intern zwei völlig unterschiedliche Armutsgesichter zeigt.

Tabelle 2.1: Armutsanteile in ausgewählten Großstädten (in Prozent, unterschiedliche Armutsmaße)

	Berlin ¹	B-West	B-Ost	Köln ²	München ³	Leipzig ⁴
2002				(16,7)	11,6	
2001					11,1	
2000					11,1	
1999	12,8	14,2	10,6			
1998				(19,8)		
1997					12,2	
1996						
1995				(16,5)	11,1	
1989					9,6	
1986					6,5	

- 1 Quelle für Berlin, Berlin West und Berlin Ost: SVfGSV Berlin 2002, S. 11; Datengrundlage Mikrozensus 1999; Armutsquoten auf der Grundlage von 50 % des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens.
- 2 Quelle: Statistisches Jahrbuch 2003 der Stadt Köln (S. 4). Es weist die Bevölkerungsanteile mit einem Nettoeinkommen unter 700 EUR im Zeitvergleich aus. Die Angaben sind allerdings nur mit großer Vorsicht zu interpretieren, da jeweils rund ein Drittel der Bevölkerung in der Rubrik »kein Einkommen/keine Angabe« aufgeführt ist.
- 3 Quelle: Landeshauptstadt München, Sozialreferat 2004, S. 9. Die Angaben sind nur annäherungsweise mit dem im Berliner Armutsbericht wiedergegebenen Armutsanteil zu vergleichen. Der Berliner Bericht stützt sich allein auf den Mikrozensus, der Münchener ergänzt dagegen die Angaben des Mikrozensus durch die Zahlen der Sozialhilfeempfänger, wie sie von der Stadt erhoben werden. Darüber hinaus gehen in die Daten die Differenz zwischen dieser und einer weiteren, auf einer früheren Befragung fußenden und fortgeschriebenen Erhebung ein. Dies führt im Ergebnis zu relativ höheren Zahlen in München.
- 4 Der Lebenslagenreport der Stadt Leipzig berechnet seine Armutsquoten (<50 % des Nettoäquivalenzeinkommens der neuen Bundesländer) auf der Grundlage einer eigenen Befragung. Wegen dieser besonderen Datenquelle und weil der Leipziger Bericht zudem arme Haushalte, nicht Einzelpersonen nachweist, sind die Ergebnisse nicht in die Tabelle aufgenommen. Nach Angaben des Berichts fiel die Armut von 4 % der Haushalte 1995 auf 3 % 1996 (Lebenslagenreport Leipzig 1999, S. 185).

Der Westteil übertraf mit einem Armutsanteil von 14,2 % den westdeutschen Schnitt (9,0 %) um mehr als die Hälfte, während der Ostteil mit 10,6 % nahezu ein Drittel unter dem ostdeutschen Schnitt (15 %) und nur knapp über dem Gesamtdurchschnitt lag. In dieser internen Diskrepanz, dem Armutsgefälle zwischen West und Ost, liegt eine wesentliche Besonderheit Berlins. Sie macht sich auch im Städtevergleich deutlich bemerkbar.

**Tabelle 2.2: Sozialhilfedichten in ausgewählten Großstädten
(Sozialhilfeempfänger je 1000 Einw.)**

	Berlin ¹	Berlin- West	Berlin- Ost	Ham- burg ²	Köln ³	Frank- furt ⁴	Stutt- gart ⁵	Mün- chen ⁶	Leip- zig ⁷
2004					72				
2003	79			76	70	65	39		64
2002	76			78	74	63	38	34	59
2001	78			78	75	59	36		
2000	79	94	55	81	77	59	36		
1999	81			85	80	61	40		
1998	83	98	57	92	77	62	42		
1997	78	93	53	94	71	63	41		31
1996	67	81	43	91	70	75	36		25
1995	58	72	35	87	71	71	34		24

- 1 Quelle für Berlin, Berlin-West und Berlin-Ost: Statistisches Landesamt Berlin (<http://www.statistik-berlin.de/>). Nach 2000 werden Berlin-West und Berlin-Ost nicht mehr getrennt ausgewiesen.
- 2 Quelle: Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Inneres-Statistik. Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, 500 Jahres-Zeitreihen (seit 1970), 10: Sozialhilfe und Arbeitslosigkeit (<http://fhh1.hamburg.de/>).
- 3 Quelle: Stadt Köln 2005, S. 13. Ursprünglich sind Prozentzahlen ausgewiesen.
- 4 Quelle: Stadt Frankfurt 2005, S. 123. Die Angaben beziehen sich auf Empfängerinnen und Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt örtlicher und überörtlicher Träger, wobei die absoluten Zahlen durch die Einbeziehung der überörtlichen Träger nur geringfügig zunehmen.
- 5 Quelle: Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt, Statistik Sozialhilfeempfänger (<http://www.stuttgart.de>).
- 6 Quelle: Landeshauptstadt München, Sozialreferat 2004, S. 11.
- 7 Quellen: Sozialamt Leipzig (<http://www.leipzig-sachsen.de>) für die Daten 2002 und 2003. Lebenslagenreport Leipzig 1999, Bd. 2, S. 43 für die Daten 1995-97; jeweils Stichtag 31.12., Sozialhilfeempfänger innerhalb und außerhalb von Einrichtungen.

Gemessen an den Sozialhilfedichten – dem einzigen für einen Vergleich zur Verfügung stehenden, einigermaßen verlässlichen Indikator – schneidet Berlin, wie zu erwarten, deutlich schlechter gegenüber den mit ihren industriellen Kernen bzw. der Kombination von Industrie und Dienstleistungen prosperierenden Städten Stuttgart und München ab (siehe Tabelle 2). Dagegen fallen die Unterschiede zu Frankfurt und Köln auf den ersten Blick weniger deutlich aus. Überraschend ist die Nähe zu Hamburg, der in den letzten Jahren boomenden Dienstleistungs- und High-Tech Metropole. Hamburg weist höhere Sozialhilfedichten während der 1990er Jahre auf, die sich erst seit 2000 den Berliner Relationen angleichen. Dieses Bild ändert sich jedoch sogleich, wenn die interne Berliner Differenzierung in Betracht gezogen wird. Es zeigt sich, dass bereits seit 1997 der Westteil in der Sozialhilfedichte mit Hamburg gleichgezogen hat und in den folgenden Jahren bis 2000 Hamburg in immer größerem Ausmaß übertrifft. Auch der relativ geringe

Abstand (oder gar die Besserstellung Gesamt-Berlins Mitte der 1990er Jahre) gegenüber Köln und Frankfurt relativiert sich drastisch, wenn West- und Ost-Berlin getrennt ausgewiesen werden. West-Berlin weist höhere Sozialhilfedichten bereits 1995 auf, und der Abstand nimmt in den 1990er Jahren stetig zu. Somit hat allein die im Vergleich zu westdeutschen Großstädten niedrige Sozialhilfedichte des Ostteils der Stadt den Berliner Schnitt insgesamt verbessert und die deutlich schlechtere Lage West-Berlins kaschiert.

Die Betrachtung im Zeitvergleich enthüllt eine weitere Besonderheit Berlins. Berlin ist neben Leipzig die einzige Stadt unter den in Tabelle 2.2 aufgeführten, deren Situation sich seit Mitte der 1990er Jahre deutlich verschlechtert hat. Dies gilt, wenngleich auf jeweils unterschiedlichem Niveau, auch für die beiden Stadthälften gesondert. Die Sozialhilfedichten Stuttgarts blieben auf relativ niedrigem Niveau weitgehend gleich, auf deutlich höherem Niveau trifft das auch für Köln zu. Frankfurt und Hamburg haben sich dagegen verbessert, Hamburg erheblich. Hamburg ist deshalb ein besonders interessanter Fall, weil sich an ihm die verzögerten Folgen einer erfolgreichen Umstrukturierung erkennen lassen. In den 1990er Jahren gingen in Hamburg Beschäftigungsgewinne in den zukunfts-trächtigen, qualifizierten Dienstleistungen und Beschäftigungsverluste in traditionellen Industriebereichen Hand in Hand. Die eine Tendenz konnte allerdings die andere schon aufgrund der unterschiedlichen Tätigkeits- und Anforderungsprofile nicht ausgleichen (Läpple 2003). Mittlerweile scheint die Beschäftigungsexpansion im qualifizierten Segment aber auch auf weniger qualifizierte Tätigkeitsbereiche überzuspringen.

Zwei kritische Tendenzen kommen in Berlin zusammen und verstärken einander. Der Ostteil folgt, wenn auch auf niedrigerem Niveau, der Negativentwicklung ostdeutscher Städte. Der Westteil aber hat keinen Anteil an den stabilisierenden oder positiven Entwicklungen, wie sie für die westdeutschen Großstädte charakteristisch sind. Dabei befand sich Gesamt-Berlin Mitte der 1990er Jahre in einer vergleichsweise guten Ausgangsposition, deutlich besser als Hamburg, Köln und Frankfurt. Selbst West-Berlin für sich genommen lag damals in der Sozialhilfedichte mit Köln und Frankfurt noch nahezu gleichauf und sehr viel günstiger als Hamburg. Diese Position büßte Berlin im weiteren Verlauf der 1990er Jahre ein. Eine naheliegende Erklärungshypothese ist, dass der dramatische Beschäftigungsrückgang im verarbeitenden Gewerbe und der öffentlichen Verwaltung Ost-Berlins Anfang der 1990er Jahre durch die Zugewinne an Beschäftigung im West-Berliner Dienstleistungsbereich kaum kompensiert wurden, zumal glei-

chzeitig auch im Westen der Stadt Industriearbeitsplätze verloren gingen (zur Beschäftigungsentwicklung nach Wirtschaftssektoren siehe Dorsch u.a. 2000, S. 24 f). Die einsetzende Arbeitsmigration von Ost- nach West-Berlin und die bessere Qualifikation der Pendler verschlechterte wiederum die Arbeitsmarktposition gerade der gering Qualifizierten in West-Berlin deutlich. In den Sozialhilfedaten dürften sich diese Entwicklungen zeitversetzt und in unterschiedlicher Intensität niedergeschlagen haben – schneller und stärker in West-Berlin, da Arbeitslose im Ostteil der Stadt aufgrund durchschnittlich längerer Erwerbsbiographien längere Anrechtszeiten auf Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe hatten, und da aufgrund der höheren Erwerbsbeteiligung der Frauen in Ost-Berlin häufiger noch ein Haushaltsmitglied erwerbstätig war.

2.3 Verarmungsrisiken

In Berlin sind die gleichen Personengruppen überproportional von Armut betroffen wie überall in Deutschland: Arbeitslose, Migranten, Alleinerziehende und kinderreiche Familien. Geringe Qualifikation kommt gewissermaßen als ein benachteiligendes »Querschnittsmerkmal«, das in jedem Fall die Gefahr der Verarmung erhöht, hinzu. Verarmungsrisiken machen sich heute wieder in erster Linie und weiter zunehmend am Zugang zu Erwerbsarbeit und der Qualität der Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse fest (vgl. hierzu den Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung: Deutscher Bundestag 2005, S. 12, 49, 68). Direkt wie indirekt bestimmt dies auch die soziale Lage der Haushalte, die überdurchschnittlich oft mit Armut zu kämpfen haben. Migranten arbeiten in Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssegmenten, die besonders stark von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Alleinerziehende, fast ausschließlich Frauen, haben es unter den institutionellen Voraussetzungen Deutschlands besonders schwer, neben der Sorge für die Kinder erwerbstätig zu sein und dabei ein ausreichendes Einkommen zu verdienen. Kinderreiche Familien, die für ihren Lebensunterhalt überwiegend von einer Erwerbsperson abhängen, finden sich vor allem in der Arbeiterschaft. Dort sind aber auch die Arbeitsmarktrisiken am größten. Weiter zurückgegangen ist hingegen in den letzten Jahren die Altersarmut, außer bei Migrantinnen.

Im Folgenden soll die Situation Berlins wieder durch den Vergleich mit anderen Großstädten deutlicher hervortreten. Die Vergleichsgrundlage bilden in diesem Abschnitt aber die Bevölkerungsgruppen, die in allen Städten mehr als

andere dem Risiko der Verarmung ausgesetzt sind. Es zeigt sich, dass Berlin insgesamt, vor allem aber West-Berlin bezüglich jeder dieser Gruppen besondere Probleme aufweist.

2.3.1 Arbeitslose

Von den zum Vergleich herangezogenen Städten wies im März 2005 nur Leipzig eine noch höhere Arbeitslosigkeit als Berlin auf (siehe Tabelle 2.3).

Tabelle 2.3: Arbeitslosenquoten in ausgewählten Großstädten, März 2005

Berlin	Hamburg	Köln	Frankfurt	Stuttgart	München	Leipzig
19,4	10,7	14,0	10,4	10,6	8,9	21,6

1 Quelle: Landeshauptstadt Stuttgart 2005 (<http://www.stuttgart.de/>)

Im Zeitverlauf betrachtet, liegt Berlins Arbeitslosenquote regelmäßig weit über der der Bundesrepublik, aber auch den Quoten der ausgewählten westdeutschen Vergleichsstädte. Wieder fällt die gegenläufige Entwicklung zu Hamburg und dem weitgehend stabilen Frankfurt auf. Die Arbeitslosigkeit hat in Berlin seit 1998 noch einmal deutlich zugenommen und der Abstand zum bundesdeutschen Durchschnitt hat sich dabei drastisch erhöht – von 5,5 % 1998 auf 8,6 % im Jahr 2003 (siehe Tabelle 2.4).

Tabelle 2.4: Entwicklung der Arbeitslosenquoten¹ in Deutschland und in ausgewählten Großstädten (in Prozent)

	BRD ²	Berlin ³	Berlin-West ⁴	Berlin-Ost	Hamburg ⁵	Köln ⁶	Frankfurt ⁷	München ⁸	Leipzig ⁹
2003	11,6	20,2			11,3		(9,8)		
2002	10,8	18,9			10,2	[11,7]	(7,9)	8,3	
2001	10,3	17,9	(18,5)	(17,2)	9,3	[11,5]	(7,2)		
2000	10,7	17,6			10,0		(7,9)		
1999	11,7	17,7			11,7		(9,5)		
1998	12,3	17,9			12,7		(10,7)		(16,1)
1997			(17,9)	(16,5)			(11,4)		(17,4)
1996		15,3					(10,5)		(14,6)
1995							(9,7)		(12,3)
1994		13,2					(9,2)		(14,2)
1993									(13,3)
1992		12,4		14,3					(11,0)
1991			9,4	12,2					(7,9)

- 1 Bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen, mit Ausnahme der Angaben für Köln, die sich auf alle Erwerbspersonen beziehen.
- 2 Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit (ANBA), Jahreszahlen 2003, S. 307 und 321 (<http://www.pub.arbeitsamt.de>).
- 3 Quelle für die Jahre 1998-2002: Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit (ANBA), Jahreszahlen 2003, S. 307 und 321 (<http://www.pub.arbeitsamt.de>). Für die Jahre 1992, 1994 und 1996: Statistisches Landesamt Berlin 2003 (<http://www.statistik-berlin.de>).
- 4 Die Angaben zu Berlin-West und Berlin-Ost für die Jahre 1991, 1992 und 1997 finden sich in Dorsch u.a. 2000, S. 23 f. Die Daten für 1997 beziehen sich auf den Monat Juni, während sonst Jahresdurchschnittszahlen ausgewiesen werden. Deshalb sind sie hier in runde Klammern gesetzt. Nach 1997 sind für West-Berlin und Ost-Berlin getrennt ausgewiesene Arbeitslosenquoten nicht mehr verfügbar. Die Angaben für 2001 beruhen auf Schätzungen und finden sich in Häußermann/Kapphan 2004, S. 218.
- 5 Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit (ANBA), Jahreszahlen 2003, S. 307 und 321 (<http://www.pub.arbeitsamt.de>).
- 6 Quelle: Stadt Köln, Kölner Statistische Nachrichten Nr. 6 2003, S. 7. Da sich die Quoten auf alle abhängigen Erwerbspersonen beziehen, liegen sie relativ niedriger als die anderen hier ausgewiesenen und sind deshalb in eckige Klammern gesetzt.
- 7 Quelle: Stadt Frankfurt am Main 2005, S. 74. Die Angaben beziehen sich nicht auf den Jahresdurchschnitt, sondern den Stichtag 30. September jeden Jahres. Deshalb sind sie hier in runde Klammern gesetzt.
- 8 Quelle: Landeshauptstadt München, Sozialreferat 2004, S. 59. Diese Angabe bezieht sich auf die Gesamtstadt München, während sonst üblicherweise Daten für den Arbeitsamtsbezirk München ausgewiesen werden.
- 9 Quelle: Lebenslagenreport Leipzig 1999, S. 148. Die Daten beziehen sich auf den Arbeitsamtsbezirk Leipzig und jeweils den Juli jeden Jahres. Sie stehen deshalb in runden Klammern.

Bemerkenswert ist schließlich die Differenz innerhalb Berlins zwischen den Arbeitslosenquoten. Sie fällt zwar nicht so ausgeprägt aus wie die Differenz zwischen den Sozialhilfedichten und Armutsqoten, weist aber in dieselbe Richtung. 1994 überstiegen die Arbeitslosenanteile des Westteils der Stadt zum ersten Mal dieje-

nigen des Ostteils (Dorsch u.a. 2000, S. 24.). Zumindest bis 1997 lässt sich diese Tendenz weiter verfolgen. Seither wird die Entwicklung der Arbeitslosenquoten in der West-Ost Differenzierung statistisch nicht mehr ausgewiesen. Behelfsmäßig lassen sich allerdings noch immer Arbeitslosendichten berechnen (Zahl der Arbeitslosen bezogen auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter), wie das etwa im »Monitoring Soziale Stadtentwicklung« geschieht.

Berlin hatte aber um die Wende zum 21. Jahrhundert nicht nur ein großes und zunehmendes Problem mit der Arbeitslosigkeit selbst. Bei insgesamt steigender Arbeitslosigkeit und Sozialhilfedichte machten hier die Arbeitslosen auch einen höheren Anteil an den Sozialhilfeempfängern im erwerbsfähigen Alter aus als etwa in Stuttgart, München und Leipzig. Diese Aussage steht allerdings unter dem Vorbehalt, dass die Armutsberichte dieser Städte die entsprechenden Daten für unterschiedliche Jahre angeben und keine Zeitreihen zur Verfügung stehen (siehe Tabelle 2.5).

Tabelle 2.5: Erwerbsstatus der erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger in ausgewählten Großstädten (in Prozent)

	Berlin (2000) ¹	Stuttgart (1997) ²	München (2002) ³	Leipzig (1997) ⁴
Erwerbstätig	6,0	9,7	9,4	10,5
Arbeitslos gemeldet	52,0	36,9	42,7	45,6
Nicht erwerbstätig	42,0	53,4	47,9	43,9

1 Quelle: SVfGSV Berlin 2002, S. 59.

2 Quelle: Landeshauptstadt Stuttgart, Sozialamt, o.J., S. 96.

3 Quelle: Landeshauptstadt München, Sozialreferat 2004, S. 14.

4 Quelle: Lebenslagenreport Leipzig 1999, S. 158

2.3.2 Migranten

Migranten sind in der Bundesrepublik nicht nur von Arbeitslosigkeit, sondern auch von Armut weit stärker betroffen als Deutsche. Dies gilt in Berlin in noch höherem Maße als in den zum Vergleich herangezogenen Großstädten. Die in Tabelle 2.6 zusammengefassten Daten weisen zumeist Relationen von etwa 1:2, also der doppelten Sozialhilfedichte bei Ausländern auf, oder aber geringere Relationen. Die Abstände bei den Berliner Daten dagegen liegen deutlich höher, die Relationen betragen mehr als 1:2,5. Erneut springt allerdings ein krasser West-Ost Unterschied ins Auge. Im Ostteil der Stadt leben weit weniger Ausländer, diese sind aber auch in geringerem

Maße Sozialhilfeempfänger (siehe Tabelle 2.6). Im Westteil dagegen liegen die Sozialhilfedichten sowohl von Deutschen als auch von Ausländern überdurchschnittlich hoch, bei drastischer Schlechterstellung der Ausländer.

**Tabelle 2.6: Sozialhilfedichten Deutsche/Ausländer
(Sozialhilfeempfänger je 1000 Einw.)**

	Berlin ¹	Berlin -West	Berlin- Ost	Köln ²	Frank- furt ³	Stutt- gart ⁴	Mün- chen ⁵	Leip- zig ⁶
2003				(68/145)	50/105			
2002	62/162	71/177	48/80	(69/150)			28/56	
2001				(70/147)				
2000	60/161			(76/152)	46/87			
1999				(78/149)				
1998				(72/134)				
1997				(70/131)		35/70		
1996				(68/124)	57/118	31/59		
1995				(68/123)	53/112	30/54		
1994						27/44		
1993								50/33
1992								46/40
1991								27/42

- 1 Quelle für Berlin, Berlin-West und Berlin-Ost, Jahr 2002: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung 2004, Anhang D, S. 47; für Berlin, Jahr 2000: SVfGSV Berlin 2002, S. 58.
- 2 Quelle: Stadt Köln, Statistisches Jahrbuch 2003, Kapitel 2, Gesundheit und Soziales, S. 7 (Internet). Die Stadt Köln weist lediglich Sozialhilfequoten insgesamt im Vergleich zur Quote der ausländischen Sozialhilfeempfänger aus, aber nicht Quoten für deutsche Sozialhilfeempfänger. Deshalb sind die Zahlen hier in Klammern angegeben.
- 3 Quelle: Stadt Frankfurt am Main 2005, S. 123.
- 4 Quelle: Landeshauptstadt Stuttgart, Sozialamt o.J., S. 67.
- 5 Quelle: Landeshauptstadt München, Sozialreferat, 2004, S. 13.
- 6 Quelle: Lebenslagenreport Leipzig 1999, Anhangsband, S.43.

Im Jahr 1999 waren 12,8 % aller Berliner, aber 39,2 % der Ausländer der Stadt arm (gemessen am durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommen). Die Arbeitslosenquote lag bei Ausländern doppelt so hoch wie die Gesamtquote. Besonders bedenklich ist angesichts der ohnehin sehr problematischen Lage der Migranten in dieser Stadt die Feststellung des Armutsberichts Berlin, dass seit 1990 die Beteiligung von Migranten an der beruflichen Ausbildung deutlich zurückgegangen ist und sich erst 1998 auf einem niedrigeren Niveau stabilisiert hat. Der Bericht führt dies auf die Konkurrenz qualifizierterer deutscher Bewerber aus dem Ostteil der Stadt und dem Berliner Umland zurück (SVfGSV Berlin 2002, S. 104). Wegen der besonderen Bedeutung dieses Punktes gehen wir darauf im nächsten Kapitel noch ausführlich ein.

2.3.3 Alleinerziehende

Bundesweit liegt die Sozialhilfedichte alleinerziehender Frauen bei 263 pro Tausend (Deutscher Bundestag 2005, S. 70). Für München gibt der Armutsbericht dieser Stadt eine Sozialhilfedichte bei Alleinerziehenden von 201 im Jahr 2002 an (Landeshauptstadt München, Sozialreferat 2004, S. 20), der Stuttgarter Armutsbericht weist eine Sozialhilfedichte von 271 für das Jahr 1997 aus (Landeshauptstadt Stuttgart, o.J., S. 105). In beiden Jahren liegen die Sozialhilfedichten bei den Alleinerziehenden dieser Großstädte um mehr als das Sechsfache über den durchschnittlichen Dichtewerten. In Berlin dürfte es nicht viel anders aussehen. Zwar gibt es keine entsprechenden Angaben für die Gruppe der Alleinerziehenden insgesamt, aber differenziert nach Altersgruppen ihrer Kinder (siehe Tabelle 2.7). Zumindest bei den Alleinerziehenden mit Kindern bis zum Alter von sechs Jahren werden die hohen Gesamtwerte des Lebenslagenberichts der Bundesregierung und der Stuttgarter und Münchner Armutsberichts noch übertroffen. Dies gilt vor allem in West-Berlin. Hier lebt jede dritte Alleinerziehende mit kleinen Kindern überwiegend von Sozialhilfe.

Tabelle 2.7: Sozialhilfedichten bei Alleinerziehenden in Berlin (in Prozent)¹

	Berlin	Berlin-West	Berlin-Ost
Kinder unter 6 Jahre	28	32	23
Kinder unter 15 Jahre	16	20	11
Kinder unter 18 Jahre	14	19	10

¹ Quelle: SVfGSV Berlin 2002, S. 117

Wieder ist das Armutsgefälle zwischen dem Westen und Osten der Stadt deutlich zu erkennen. Alleinerziehende sind zwar im Ostteil stärker vertreten als im Westteil (24 % der Familien gegenüber 19 %; SVfGSV Berlin, S. 10). Ihre Sozialhilfedichten liegen jedoch bei jeder Altersgruppe der Kinder im Osten um neun Prozentpunkte (oder 90 pro Tausend) niedriger als im Westen. Selbst bei den Alleinerziehenden macht sich somit noch immer die höhere Erwerbsbeteiligung der im Osten Berlins lebenden Frauen bemerkbar – trotz der gegenüber der Vor-Wendezeit verschlechterten Bedingungen, Erwerbs- und Familienarbeit miteinander zu vereinbaren.

2.3.4 Dynamik und Verstetigung von Armut

Ob und wie weitgehend Arbeitslosigkeit und Armut von Teilhabemöglichkeiten am gesellschaftlichen Leben ausschließen, hängt wesentlich davon ab, wie lange sie andauern und wohin die Abgänge aus Arbeitslosigkeit und Armut jeweils führen – in sozial anerkannte und abgesicherte Positionen innerhalb des Erwerbslebens oder des »Ruhestands«, oder in gesellschaftliche Zonen des lediglich »prekären Wohlstands« (Hübinger 1996) und der weiteren »sozialen Verwundbarkeit« (Castel 2000), in denen immer wieder erneute Armutsphasen drohen und die Einbindung in Erwerbsarbeit brüchig bleibt. Mit diesen Fragen setzen sich sozialwissenschaftliche Längsschnittuntersuchungen von Arbeitslosigkeits- und Armutsverläufen auseinander. Sie haben in den 1990er Jahren heftige Diskussionen über die These der »Individualisierung« und »Dynamisierung« von Arbeitslosigkeit und Armut provoziert. Dieser These zufolge, die vor allem von Bremer Sozialwissenschaftlern stark gemacht wurde (Leibfried u.a. 1995), bleiben Arbeitslosigkeit und Armut in den meisten Fällen auf biografische, allenfalls gelegentlich wiederkehrende Episoden beschränkt, die sich im Leben der Individuen jedoch nicht nachhaltig verfestigen. Gleichzeitig habe eine »Entstrukturierung« stattgefunden. Sozialstrukturelle Merkmale verlören als Auslöser von Arbeitslosigkeit und Armut an Bedeutung, tendenziell könne von beiden jeder und jede betroffen werden.

Mittlerweile haben sich die Fronten in der Auseinandersetzung nicht zuletzt aufgrund neuer methodischer Vorgehensweisen und mit ihrer Hilfe gewonnener empirischer Befunde entspannt (Kronauer 2000). Was in der Arbeitslosigkeitsforschung schon lange bekannt war, wird nun auch immer wieder in der Armutsforschung bestätigt: Eine hohe Fluktuation in den Arbeitslosigkeits- und Armutspopulationen schließt gleichzeitige Verfestigung von Arbeitslosigkeit und Armut bei relevanten Untergruppen von Betroffenen keineswegs aus. Beide Erscheinungen koexistieren vielmehr. So stellt auch der Zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung auf der Grundlage der Daten des so genannten Niedrigeinkommenpanels fest, »dass nach einem Zeitraum von 2,5 Jahren nur 43,7 % der Sozialhilfehaushalte dauerhaft im Hilfebezug verblieben sind. Weiteren 6,8 % ist ein Ausstieg vorübergehend gelungen, und etwa der Hälfte dieser Haushalte (49,5 %) ist ein vollständiger Ausstieg aus der Sozialhilfe gelungen« (Deutscher Bundestag 2005, S. 72). Ob für einen Anteil der längerfristig und wiederkehrend von Sozialhilfe Lebenden von 50 % die Qualifizierung »nur« angemessen ist, sei dahingestellt. Bereits die Studie von Andreß (1999) auf der Datengrundlage des Sozioökonomischen Panels kam zu dem Ergebnis, dass sich einmalige,

relativ kurzfristige Bezugsperioden auf der einen Seite und über mehrere Jahre anhaltender Sozialhilfebezug auf der anderen quantitativ etwa die Waage halten, dagegen wiederkehrende Wechsel zwischen Sozialhilfebezug und Ausstieg relativ selten sind. Auch die These der »Entstrukturierung« bestätigte sich nicht. Wie der Armuts- und Reichtumsbericht ausführt, verlängern fehlender Schulabschluss und fehlende Berufsausbildung die Dauer des Sozialhilfebezugs, ebenso ein Alter über 50 Jahre (Deutscher Bundestag 2005, S. 72). Da der Ausstieg aus Sozialhilfe in den meisten Fällen (60 %) über die Aufnahme von Erwerbsarbeit oder den Wechsel einer Arbeitsstelle erreicht wird, macht sich in dem zuletzt genannten Merkmal die am deutschen Arbeitsmarkt im Vergleich zu anderen Ländern besonders starke Altersdiskriminierung bemerkbar.

Von den hier herangezogenen Großstädten liegen Längsschnittuntersuchungen von Bezugsdauern der Sozialhilfe nur für Stuttgart vor (Zugänge erfasst am 1. April 1997, Stichtag der Verlaufsrechnung 30. Juni 1999). Sie ergeben einen Anteil von Haushalten mit Langzeitbezug (länger als zwei Jahre), der deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegt, wie er im Zweiten Lebenslagenbericht angegeben wird, nämlich bei 21 % (Landeshauptstadt Stuttgart o.J. S. 118.). Daneben findet sich im Stuttgarter Armutsbericht aber auch eine Berechnung der aktuellen Dauer des Sozialhilfebezugs bei den zum Stichtag 30. Juni 1999 diese Unterstützung erhaltenden Haushalten. 47,2 % von ihnen bezogen Sozialhilfe bereits über zwei Jahre hinaus. Der Berliner Armutsbericht berechnet Bezugsdauern nur in dieser zuletzt genannten Querschnittsbetrachtung, und zwar zum Stichtag 31. Dezember 2000. Demnach lag die durchschnittliche Bezugsdauer der Bedarfsgemeinschaften von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (außerhalb von Einrichtungen) in Berlin bei 33,9 Monaten und die Quote der Langzeitbezieher (mit einer Bezugsdauer von mehr als zwei Jahren) bei 56,2 % (SVfGSV Berlin 2002, S. 60). Im Vergleich zu Stuttgart liegt die Berliner Quote der Langzeitbezieher also deutlich höher, im Vergleich zur Kölner Quote, wie sie für Januar 2001 ausgewiesen wird (60,1 %; Januar 2000: 57,2 %), allerdings niedriger (Stadt Köln 2004 S. 12).

Bei allen Querschnittsbetrachtungen gilt es zu berücksichtigen, dass im zu einem bestimmten Zeitpunkt erfassten Bestand an Sozialhilfeempfängern Langzeitbezieher stärker vertreten sind als in Zugangsstichproben, bei denen die weiteren Verläufe verfolgt werden. Daraus erklären sich die Diskrepanzen in den Angaben zur Dauer des Sozialhilfebezugs gegenüber den Längsschnittuntersuchungen.

2.4 Das Armutsgefälle zwischen West und Ost

Unter den verschiedenen Gesichtspunkten, unter denen bisher das Thema Armut in Berlin im Vergleich mit anderen deutschen Großstädten behandelt wurde, hat sich immer wieder als wichtige Einflussgröße und Besonderheit der Berliner Konstellation das Gefälle zwischen der deutlich höheren Armutsquote und den deutlich höheren Sozialhilfedichten West-Berlins und den niedrigeren Ost-Berlins gezeigt. Sie manifestiert sich auch auf der mittleren sozialräumlichen Ebene der »alten« Berliner Bezirke. Die Bezirke mit den höchsten Sozialhilfeempfängerquoten befinden sich alle in West-Berlin – Kreuzberg, Wedding, Tiergarten und Neukölln (SVfGSV Berlin 2002, S. 55).

Was die Armutsverteilung nach der Wende betrifft, so ist der Ostteil der Stadt dabei offenkundig erheblich besser weggekommen als der Westteil. Auch der gelegentliche Vergleich mit Leipzig in den oben angeführten Tabellen liefert hierfür Indizien. Leipzig hatte noch Anfang der 1990er Jahre ein deutlich niedrigeres Ausgangsniveau der Sozialhilfedichte als Ost-Berlin. Um das Jahr 2000 herum dürften beide etwa gleichgezogen haben. Auch die Arbeitslosenquote von Leipzig ist mittlerweile höher als die Berliner insgesamt und damit auch deutlich höher als die Ost-Berliner. Ost-Berlin steht im ostdeutschen Vergleich inzwischen besser da, West-Berlin im Westvergleich hingegen schlechter.

Im Armutsbericht Berlin findet sich der Hinweis, dass die jeweiligen internen Einkommenunterschiede in West-Berlin und Ost-Berlin inzwischen stärker wirken als die Unterschiede zwischen den beiden Stadthälften (SVfGSV 2002, S. 10). Was könnte dies für die Entwicklung von Armut bedeuten?

Bezogen auf die drei besonders von Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen konstituierte sich das Armutsgefälle auf jeweils unterschiedliche Weise.

- Am Arbeitsmarkt verlaufen die Pendlerströme weit stärker von Ost- nach West-Berlin als umgekehrt. Im Juni 2000 arbeiteten 154.732 Ost-Berliner in West-Berlin und 59.399 West-Berliner im Ostteil der Stadt (Kapphan 2002, S. 88). Vor allem die in West-Berlin ansässigen Migrantenpopulationen wurden von der zunehmenden Konkurrenz betroffen.
- Aufgrund längerer Erwerbsbiografien und der Programme zur Frühverrentung dürften Arbeitslose im Ostteil der Stadt bislang besser abgesichert gewesen sein als in West-Berlin.
- Die Zahl der in der Osthälfte Berlins lebenden Ausländer ist deutlich niedriger als die in der Westhälfte. In Berlin insgesamt hat sich der Anteil der Aus-

länder von 10,7 % im Jahr 1992 auf 12,8 % im Jahr 1999 erhöht. In Westteil betrug er zu diesem Zeitpunkt 16,9 %, im Ostteil 6 % (SVfGSV Berlin 2002, S. 9).

- Bei den Alleinerziehenden machen sich noch immer unterschiedliche Erwerbsmuster in Ost- und West-Berlin bemerkbar.

Unter der Bedingung, dass die gegenwärtigen ökonomischen Rahmenbedingungen der Stadt sich nicht wesentlich verändern, lassen sich folgende Entwicklungen annehmen.

- Die Richtung der Pendlerströme wird sich nicht umkehren.
- Die institutionellen Veränderungen bei der Arbeitslosenunterstützung dürfte die Situation der Arbeitslosen im Ostteil der Stadt in Zukunft verschlechtern.
- Die Relationen der sozialräumlichen Verteilung von Migranten zwischen West- und Ost-Berlin wird sich nur langsam ändern, der Anteil im Osten dürfte aber noch weiter zunehmen.
- Bei weiterhin problematischer Arbeitsmarktlage und unveränderten institutionellen Rahmenbedingungen dürfte es für Alleinerziehende in Ost-Berlin schwieriger werden, Kindererziehung und Erwerbsarbeit zu verbinden.

Die Annäherung der Armutsrelationen von Ost- und Westhälfte Berlins dürfte unter diesen Umständen eher in Richtung des höheren West- als des niedrigeren Ostniveaus stattfinden.

2.5. Fazit

Trotz der lückenhaften Datengrundlage, auf der der Städtevergleich vorgenommen werden musste, lässt sich ein vorläufiges Fazit ziehen:

- Berlin ist hinsichtlich der Armut eine geteilte Stadt, mit dem Berliner Westen in einer schlechteren Position als der Osthälfte.
- Gegenläufig zur Entwicklung westdeutscher Großstädte hat sich die Situation Berlins seit Mitte der 1990er Jahre deutlich verschlechtert. Dabei wurden die relativen Positionen umgekehrt. Die günstige Ausgangssituation der Stadt bei der Sozialhilfedichte im Vergleich zu Köln, Frankfurt und Hamburg ging verloren.
- Die Verschlechterung findet im West- wie im Ostteil gleichermaßen statt, allerdings noch immer auf unterschiedlichen Niveaus.

- Arbeitslose und Migranten scheinen im Westen Berlins noch stärker als in anderen deutschen Großstädten von Verarmungsrisiken bedroht zu sein. Unterstellt man für die Zukunft Berlins die Alternative entweder eines deutlichen wirtschaftlichen Wachstums in Verbindung mit Bevölkerungszunahme oder wirtschaftlicher Stagnation bzw. wirtschaftlichen Schrumpfens mit weiterem Bevölkerungsrückgang, dann liegen hinsichtlich der Armutsentwicklung zwei Folgerungen nahe:
 - Wachstumsschübe können, wie das Hamburger (auf europäischer Ebene auch das Londoner) Beispiel zeigt, zeitverzögert Armut abbauen. Besonders kritisch bliebe auch dann die Situation für Migranten in Berlin. Sie stehen in der Gefahr, aus einem solchen zukünftigen Aufschwung am wenigsten Nutzen zu ziehen oder gar von ihm abgekoppelt zu werden, da bei ihnen die Ausbildungsbeteiligung derzeit zurückgeht.
 - Im Fall des ökonomischen Schrumpfens mit weiterem Bevölkerungsrückgang würde die Armut weiter zunehmen. Das Armutsgefälle zwischen West- und Ost-Berlin könnte sich infolge der weiteren Angleichung der Haushaltsformen und Lebensweisen, der Umstellung von Arbeitslosenhilfe auf ALG II sowie der Rücknahme von Fördermaßnahmen reduzieren, aber in der negativen Weise einer Annäherung an das höhere Westniveau.

3 Migration

Die demografische Entwicklung in Deutschland ist von einem wachsenden Anteil von Zuwanderern bestimmt. Ohne diese Zuwanderung würde die Bevölkerung längst abnehmen (Birg 2003). Zuwanderung ist besonders wichtig für die Großstädte: zum einen, weil dort die Sterbeüberschüsse höher als in den übrigen Gebietstypen sind, und zum anderen, weil sich die großstädtische Kultur schon immer stark aus der Zuwanderung ergeben hat (Gatzweiler/Meyer/Milbert 2003).

Entwicklung und Zusammensetzung sowie die Stellung der Migranten in einigen für die Integration bedeutsamen Bereichen werden wie folgt im Überblick dargestellt. Besondere Aufmerksamkeit widmen wir der Segregation von Ausländern, da diese in der politischen Öffentlichkeit einen stark diskutierten Tatbestand darstellt. Einige der in den vorherigen Kapiteln behandelten Themen werden in dem folgenden Kapitel wieder aufgenommen.

In Berlin richtete sich die Zuwanderung bis 1990 fast ausschließlich auf West-Berlin, aber seither steigt die Zahl der Ausländer auch im Ostteil der Stadt (Gesemann 2001). 2003 gab es 444.000 Ausländer in Berlin, was etwa 13 % der Bevölkerung ausmacht. Berlin liegt damit mit seinem Ausländeranteil weit hinter Städten wie München, Stuttgart oder Frankfurt am Main. Im Westteil ist der Anteil heute mit 17 % erheblich höher als im Osten (6 %) – eine Konsequenz der sehr unterschiedlichen Migrationsgeschichten der beiden Stadthälften.

Zwischen 1960 und 1974 wuchs der Ausländeranteil in West-Berlin von 1 % auf 7 %. Der dann verhängte »Anwerbestopp« beendete die »Gastarbeiterpolitik«, die Migranten erhielten eine Aufenthaltserlaubnis. Viele blieben daraufhin in der Stadt, der Familiennachzug setzte ein.

In den 1980ern wuchs der Ausländeranteil vor allem durch den Zuzug von Asylbewerbern und Flüchtlingen, was zu einer Zunahme der Zahlen von Polen, Iranern, Vietnamesen, Palästinensern und Libanesen in West-Berlin führte. In Ost-Berlin lebten zu dieser Zeit nur wenige »Gastarbeiter« aus Vietnam, Angola, Mozambique, Kuba und Polen – »Kontraktarbeiter aus sozialistischen Bruderländern«.

Tabelle 3.1: Ausländer in Berlin 1960 bis 2002

	Berlin		West-Berlin		Ost-Berlin	
	gesamt	in % der Bevölkerung	gesamt	in % der Bevölkerung	gesamt	in % der Bevölkerung
1960			22.065	1.0		
1969			91.339	4.2		
1980			230.317	11.2		
1985			245.620	12.1		
1991	355.356	10.3	324.411	15.0	30.945	2.4
2002	442.554	13.3	368.310	17.7	74.244	5.9

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin

Nach 1989 nahm die Zahl von Zuwanderern aus Ost-Europa, besonders aus Polen und der früheren Sowjetunion (Vertragsarbeiter, jüdische Flüchtlinge und Ausiedler) stetig zu. Auch die Zahl der Zuwanderer aus anderen EU-Staaten hat in diesem Zeitraum zugenommen.

3.1 Bevölkerung mit Migrationshintergrund

In der amtlichen Statistik gibt es bekanntlich nur Ausländer und Deutsche. Der Anteil von Bewohnern mit einem Migrationshintergrund liegt aber weit höher, da durch Einbürgerungen (z.B. auch durch Heirat) und durch das neue Zuwanderungsgesetz ethnische Minderheiten unter den deutschen Staatsbürgern entstehen. Andererseits werden z.B. die Aussiedler aus der früheren Sowjetunion als Deutsche gezählt, obwohl ihre sozialen und kulturellen Probleme in der Lebenspraxis sich von anderen Zuwanderern kaum unterscheiden. Wir wollen daher versuchen, den Umfang der »Bevölkerung mit Migrationshintergrund« abzuschätzen.

Im Jahr 2002 gab es 123.000 Berliner, die nur die türkische Staatsbürgerschaft hatten. 56.000 hatten einen Pass aus einem Staat des früheren Jugoslawien, 33.000 waren aus der früheren Sowjetunion zugewandert, und 31.000 aus Polen (Ausiedler nicht eingeschlossen). Die übrigen Ausländer weisen insgesamt 160 verschiedene Staatsangehörigkeiten auf – mehr als ein Drittel davon (69.000) eine aus einem EU-Land. Aber die Zahl der Migranten aus dem Libanon und aus Palästina ist zusammen höher als die derjenigen aus Großbritannien und Frankreich (Table 3.2).

Tabelle 3.2: Ausländer in Berlin nach Herkunftsland

	31.12.1980 ¹	31.12.1991	31.12.2002
Ausländer insgesamt	230.317	355.356	442.554
In % der Bevölkerung	11,2	10,3	13,3
Türkei	114.067	137.592	122.744
Jugoslawien und Nachfolgestaaten	31.244	42.174	55.507
Sowjetunion und GUS	279	10.239	32.604
Polen	3.512	26.600	30.695
Libanon & Palästina ²		11.843	19.768 ³
Europäische Union	28.319	40.482	68.737

1 nur Berlin (West);

2 Libanon und «unklare» Staatsangehörigkeit;

3 Zahl vom 30.06. 2002; Quelle: Statistisches Landesamt Berlin

Die Zahlen in Tabelle 3.3 beinhalten nicht die Aussiedler, nicht die eingebürgerten Zuwanderer, und nicht diejenigen, die sich ohne Aufenthaltserlaubnis in der Stadt aufhalten (»Illegale«). Die Zahl der Aussiedler aus der GUS wird auf 55.000 Personen geschätzt (Burchard, 2002). Seit 1945 sind insgesamt 195.000 Personen in Berlin eingebürgert worden. Die Mehrheit von ihnen hat eine zweite Staatsbürgerschaft (116.000 Personen), aber sie tauchen nicht mehr als Ausländer in der Statistik auf.

Seit 1975 bekommen Kinder mit einem deutschen Elternteil, und seit 2000 Kinder, deren Eltern eine unbegrenzte Aufenthaltserlaubnis haben, die deutsche Staatsangehörigkeit bei der Geburt (seit 2000 war das bei 11.000 Neugeborenen der Fall). Nun wird die Mehrheit der Neugeborenen von ausländischen Eltern deutsch.

Tabelle 3.3: Zahl der Ausländer in Berlin, Zu- und Wegzüge und Einbürgerungen

	gesamt	Zuzüge	Wegzüge	Saldo	Einbürgerungen
1991	340.046	56.474	30.527	25.947	7.515
1995	425.129	72.793	46.591	26.202	12.228
2000	434.268	50.007	43.693	6.314	6.730
2002	444.774	47.055	36.882	10.173	6.700

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin

Am Ende der 1990er Jahre schätzten Polizei und Bürgerinitiativen die Zahl der Ausländer ohne Aufenthaltsrecht auf etwa 100.000. Die meisten davon kommen aus Russland, der Ukraine und Polen, aber auch aus Lateinamerika, Afrika und Asien. Nach der Gesetzeslage müssen sie das Land verlassen; sie leben in permanenter Unsicherheit und stehen in der Gefahr, festgenommen und verurteilt sowie ausgewiesen zu werden. Allerdings gibt es auch »Duldungen«, die die Unsicherheit im Prinzip nicht aufheben, aber wenigstens den Zugang zu den wichtigsten Institutionen der Daseinsvorsorge ermöglichen (insbesondere Gesundheitssystem, Schule für die Kinder). Für Illegale gelten zwar auch die Menschenrechte, aber sie können diese nicht geltend machen, das heißt sie sind faktisch rechtlose Menschen – was sie an ausbeuterische Menschenhändler ausliefert.

Insgesamt kann die Zahl der Personen mit einem Migrationshintergrund in Berlin auf ca. 800.000 geschätzt werden, was – grob geschätzt – einem Anteil von etwa 20 % an der gesamten Wohnbevölkerung entspräche.

Insgesamt nehmen Migranten aufgrund ihres durchschnittlichen niedrigen Bildungsstandes, geringer beruflicher Qualifikationen, aber auch wegen ihrer gesellschaftlichen Isolation und Diskriminierung in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen eher Randpositionen ein (Bremer 2000). Sie sind überwiegend Teil der Unterschichten, auch wenn sich mit der Dauer der Anwesenheit einer Migrantenpopulation und mit fortschreitender Integration auch dieser Bevölkerungsteil sozial ausdifferenziert und sich durch soziale Mobilität auch eine Mittelschicht aus Angehörigen der Zuwandererbevolkerung bildet. Über solche Prozesse wissen wir für Berlin bisher nur sehr wenig. Außer einigen kleineren Studien zu den Selbständigen (ethnische Ökonomie) ist über den Wandel der Sozialstruktur der Migranten wenig bekannt. Die folgenden Abschnitte stützen sich auf amtliche Statistiken, mit denen diese Differenzierungsprozesse allerdings kaum beschrieben werden können.

3.2 Beschäftigung, Arbeitslosigkeit

Während die Veränderungen der Beschäftigtenzahl bis 1990 bei Deutschen und Nichtdeutschen parallel verliefen, profitieren die Nichtdeutschen nach 1990 vom Beschäftigungswachstum nicht mehr. Gegenüber der West-Berliner Zahl von 1995 liegt die Gesamtzahl der beschäftigten Nichtdeutschen in Gesamt-Berlin 1999 niedriger, während sie bei den Deutschen angestiegen ist (vgl. Tabelle 3.4). Die

Zahl der im Produzierenden Gewerbe beschäftigten Ausländer lag 1999 nur noch bei 45 % des Niveaus von 1989 (1989: 47.705; 1999: 21.579; Bericht zur Integrations- und Ausländerpolitik 2000, Anhang, Tabelle 13).

Tabelle 3.4: Sozialversicherungspflichtige-Beschäftigte in Berlin-West 1984 bis 1999

	Insgesamt	Deutsche	Nicht-Deutsche	in %	darunter Türken
1984	712.645	628.003	84.642	11,9	42.903
1990	831.057	731.599	99.458	12,0	49.147
1995	826.641	742.810	83.831	10,1	36.405
1999*	1.140.323	1.062.467	77.856	6,8	30.238**
2003*	1.065.424	996.817	67.743	6,3	

* Berlin gesamt; ** Zahl für 1998

Quelle: Bericht zur Integrations- und Ausländerpolitik 2000, Anhang, Tabelle 12; Ohliger/Raiser 2005, 25

Dagegen ist der Anteil der Nichtdeutschen an den Arbeitslosen seit 1991 kontinuierlich gestiegen. Seit 1998 beträgt er stabil etwa ein Drittel aller Arbeitslosen, was bei einem Bevölkerungsanteil von etwa 13 % eine dramatische Überrepräsentation bedeutet. Die Arbeitslosenquote soll nach einer mündlichen Aussage des Migrations- und Integrationsbeauftragten, Piening, im Jahr 2005 bei 45 % angelangt sein.

Diese Entwicklungen sind vor allem auf zwei Veränderungen zurückzuführen:

- Zum einen hat der rapide Prozess der Deindustrialisierung in beiden Teilen der Stadt gerade diejenigen Arbeitsplätze verschwinden lassen, für die die Gastarbeiter in den 1960er und 1970er Jahren angeworben worden waren; Arbeitsplätze, die im Dienstleistungsbereich neu entstehen, verlangen andere und höhere Qualifikationen, über die weder die erste noch offenbar die zweite Generation der Migranten verfügen.
- Zum anderen existiert seit dem Mauerfall mit den aus der Industrie in Ost-Berlin entlassenen, qualifizierten Arbeitern eine Alternative zum ausländischen Arbeitskräfteangebot. Ausländische Arbeitskräfte sind also nicht nur durch Arbeitsplatzabbau, sondern auch durch Substitution vom Arbeitsmarkt verdrängt worden und bilden nun einen sich verfestigenden Sockel der Dauerarbeitslosigkeit.

Verantwortlich dafür ist vor allem das geringe Bildungs- und Qualifikationsniveau der Ausländer.

3.3 Einkommensunterschiede

Als Konsequenz von höherer Arbeitslosigkeit und schlechteren Positionen auf dem Arbeitsmarkt ist nicht nur der Armutsanteil der Ausländer höher (vgl. Kapitel 2), sondern ihr Einkommensniveau erheblich niedriger als das der Deutschen. Bei 72 % der Migranten, die ein individuelles Einkommen aus Erwerbsarbeit haben, liegt es unter 1.000 EUR im Monat – was bei den Deutschen nur bei 49 % der Fall ist. Hingegen beziehen 23,3 % der Deutschen, aber nur 10% der Ausländer mehr als 1.500 EUR im Monat (vgl. Tabelle 3.5). Aus diesen Unterschieden ist nicht direkt auf eine Diskriminierung der Ausländer zu schließen, vielmehr gehören sie hinsichtlich der Qualifikationen in sehr viel größerem Umfang, als es bei den Deutschen der Fall ist, eben zu jenen Gruppen auf dem Arbeitsmarkt, die wenig verdienen. Die Gefahr einer »ethnischen Unterschichtung«, das heißt die strukturelle Verfestigung des Zusammenhangs von ethnischer Zugehörigkeit und minderwertiger Position im Erwerbsleben ist aber offensichtlich.

Tabelle 3.5: Einkommensgruppen in Berlin, 2002

	Einwohner in 1000	Einkommen (Euro)				Kein Ein- kommen
		Weniger als 700	700-1100	1100-1500	1500 und mehr	
Deutsche	2961.8	627.5	598.0	571.5	689.7	475.1
<i>Anteile in %</i>	<i>100</i>	<i>21.2</i>	<i>20.2</i>	<i>19.3</i>	<i>23.3</i>	<i>16.0</i>
Ausländer	427.3	48.2	73.7	44.3	42.7	118.4
<i>Anteile in %</i>	<i>100</i>	<i>11,2</i>	<i>17,3</i>	<i>10.4</i>	<i>10.0</i>	<i>27.7</i>

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin: Mikrozensus

3.4 Segregation

Die Konzentration von Ausländern bzw. Migranten in bestimmten Stadtteilen ist ein Merkmal aller Städte, deren Entwicklung die Zuwanderung aus fremden Län-

dern bzw. Kulturen einschließt. Während dies in typischen Einwanderungsländern (wie USA, Israel oder Australien) nicht als Problem gesehen wird, erregt die ethnische Segregation in europäischen Städten in der Regel Anstoß. Insbesondere in jüngster Zeit wurde – auch in Berlin – die Segregation dafür verantwortlich gemacht, dass die Integration der Migranten bisher so geringe Fortschritte gemacht habe. Ein solches Urteil ist natürlich abhängig von der Vorstellung, die man über »Integration« hat – und es ist davon abhängig, welche Wirkungen von Segregation dabei unterstellt werden. Dazu gibt es in Deutschland bisher wenig Forschung, systematische Untersuchungen zu Berlin fehlen gänzlich (vgl. zum Überblick Gesemann 2001; zu Segregation im Allgemeinen: Häußermann/Siebel 2004).

In den 1960er Jahren waren die Wohnorte der Migranten weitgehend auf Kreuzberg und Wedding beschränkt, also auf die am meisten heruntergekommenen Arbeiterviertel im Westteil der Stadt (vgl. zur Geschichte Häußermann/Kaplan 2000). Diese Gebiete wurden für die Stadterneuerung vorbereitet, was damals noch deckungsgleich mit Abriss war. Daher standen viele Wohnungen leer, sie waren »entmietet«. Gastarbeiter waren als »Rest«- oder »Zwischennutzer« willkommen, da man davon ausging, dass sie ohnehin nur für eine befristete Zeit in Berlin wohnen würden.

Der Einzug von Gastarbeitern signalisierte das baldige Ende eines Wohnblocks, und daher nahmen die einheimischen Bewohner die Angebote für Ersatzwohnungen (z.B. im Märkischen Viertel) auch gerne an. Dadurch ergab sich ein rascher Wandel der Bewohnerschaft. In Kreuzberg stieg der Ausländeranteil innerhalb von sechs Jahren auf 25 % an. Die Ausländer lebten in den kleinsten, am schlechtesten ausgestatteten und renovierungsbedürftigsten Wohnungen mit einer Wohndichte von bis zu drei Personen pro Raum.

Die Konzentrationen, die sich damals gebildet haben, blieben bis heute stabil. Das ist auch das Ergebnis eines Wandels in der Stadterneuerungspolitik von der Flächensanierung zur »behutsamen Erneuerung«, die einen Erhalt der alten Gebäude anzielte und auch die Verdrängung der anwesenden Bewohner vermeiden wollte.

In den 1980er Jahren zogen neue Zuwanderer auch ins nördliche Neukölln und vergrößerten dort die Konzentration der Ausländerbevölkerung. Die großen Neubausiedlungen am Stadtrand hielten die Wohnungsbaugesellschaften damals noch weitgehend frei von Ausländern, aber dies änderte sich in den 1990er Jahren. Während in den 1980er Jahren die Umzugsmobilität in diesen Siedlungen noch relativ niedrig war, stieg sie in den 1990ern – wie überall in der Stadt – stark an.

Nach dem Mauerfall zogen viele Deutsche in die Neubaugebiete am Rande der Stadt, und dadurch boten sich Gelegenheiten zum Einzug für Zuwanderer.

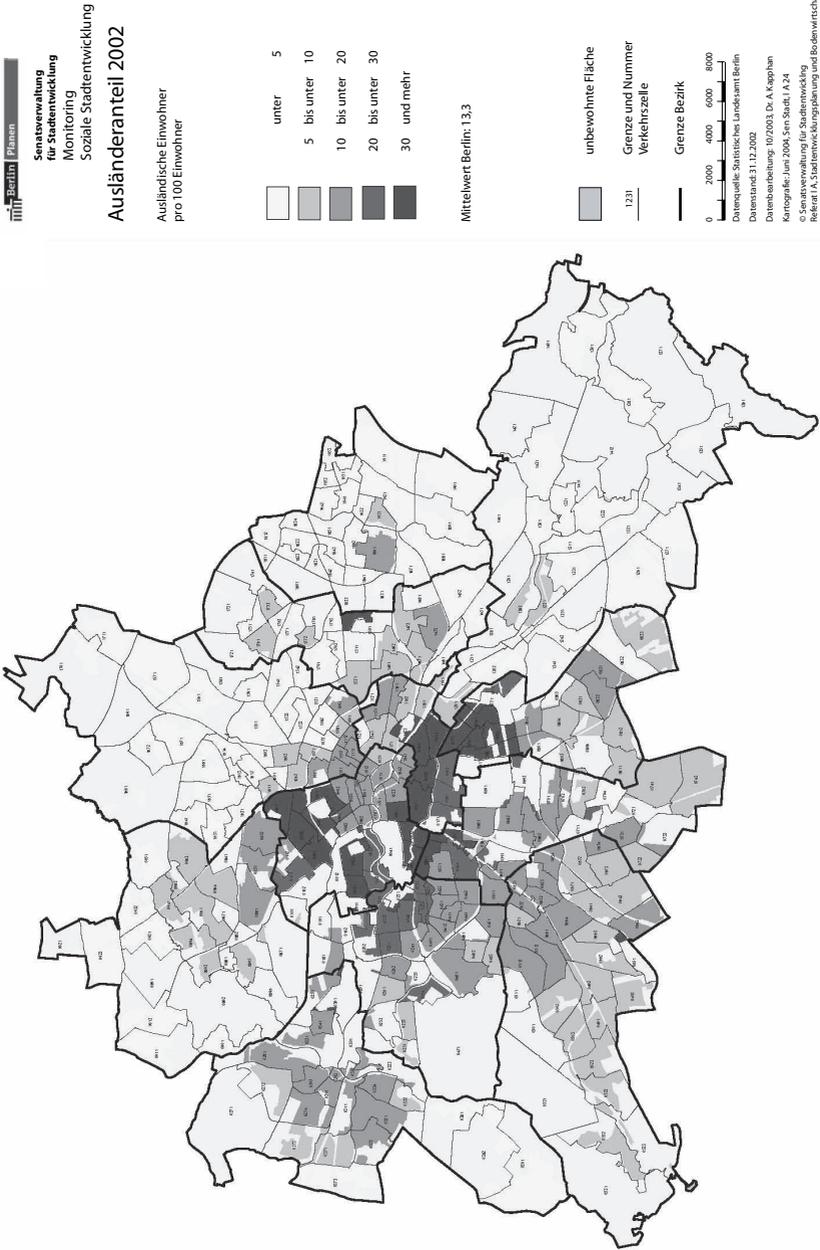
Der Wegfall der Berlin-Zulage und die steigende Arbeitslosigkeit als Folgen der Vereinigung führte zu einer deutlichen Verringerung der Kaufkraft privater Haushalte. Für die Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus ergab sich dadurch die Situation, dass die Wohnungen für die einkommensschwachen einheimischen Haushalte, die noch oberhalb der Armutsgrenze lebten, zu teuer waren – und für diejenigen mit hohem Einkommen, die im sozialen Wohnungsbau eine »Fehlbelegerabgabe« zu zahlen hatten, boten sich in den Neubaugebieten attraktive Alternativen mit nur geringfügig höherer monatlicher Belastung. Die Wohnungen in den Großsiedlungen wurden daher vor allem an arme Haushalte vergeben, und das waren in erster Linie frische Zuwanderer aus den osteuropäischen Ländern. Gegen Ende des Jahrhunderts stellte der Senat mehrere Sozialwohnungskomplexe sowohl von der Fehlbelegungsabgabe als auch von den Einkommensgrenzen frei, um es den Wohnungsbaugesellschaften möglich zu machen, eine Mischung der Mieterhaushalte zu erhalten bzw. herzustellen. Inwieweit diese Gebiete durch diese Maßnahmen vor einer »Abwärtsspirale« bewahrt werden konnten, müsste recherchiert werden.

In der Gegend um den Mehringplatz (Kreuzberg) wuchs der Ausländeranteil innerhalb von drei Jahren von 20 % auf 30 %. In Marzahn-Nord stieg der Anteil der Aussiedler aus Russland und der Ukraine innerhalb von sechs Jahren auf 20 % an.

Diese Entwicklungen zeigen, dass Zuwanderer generell eine nachgeordnete Position auf den Wohnungsmärkten einnehmen: sie ziehen dort ein, wo die einheimische Bevölkerung wegzieht bzw. wo sich Nischen öffnen. Obwohl die Wohnungsqualität in diesen Gebieten relativ gut und auch attraktiv für Migranten ist, sind die Mieten inzwischen doch relativ hoch, weil die Subventionen durch das Land gekürzt bzw. gestrichen worden sind.

Wie die Karte 3.1 zeigt, sind die Anteile der Ausländerbevölkerung in den innerstädtischen Gebieten im Norden und Süden des westlichen Teils innerhalb des S-Bahn-Rings am höchsten. Sie nehmen allerdings in den Großsiedlungen in Ost und West zu. Die Ausländeranteile im Ostteil der Stadt sind insgesamt vergleichsweise niedrig, sie nehmen im Ostteil zu, aber nicht durch Umzüge aus dem Westen, sondern durch Zuzüge aus osteuropäischen Ländern.

Karte 3.1: Ausländeranteil 2002



Die unterschiedlichen Migrantengruppen formen in unterschiedlicher Weise ethnische Gemeinschaften (Communities) – insbesondere hinsichtlich der Bildung von räumlichen Clustern unterscheiden sie sich erheblich. Die größte Zuwanderergruppe, die Türken, zeigen deutliche räumliche Konzentrationen (in Kreuzberg, Neukölln und Wedding), während die zweit- und viertgrößte Minderheit, Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus Polen, keine erkennbaren räumlichen Konzentrationen gebildet haben.

Die Gründe dafür können a) in der größeren kulturellen Distanz zwischen Westeuropa und der Türkei, die sich auch in einer stärkeren Diskriminierung äußert, gesucht werden, b) in der stärkeren Sichtbarkeit der Zugehörigkeit zu einer Minderheit, c) in den größeren »Einstiegsproblemen« für neue Zuwanderer, die aus dem niedrigen Bildungsstand und aus der Zugehörigkeit zu einer anderen Religion resultieren (Christentum versus Islam).

Die Zuwanderer aus Russland bilden keine einheitliche Gruppe, vielmehr sind zu unterscheiden die wohlhabenden Gruppen, die die Gegend um die Kantstraße in Charlottenburg prägen, die ärmeren, die sich in den östlichen Innenstadtgebieten konzentrieren, und die Aussiedler, die sich in Teilen der Großsiedlungen an der östlichen Peripherie konzentrieren.

3.5 Wie ist die Segregation der Migranten zu beurteilen?

Hier zeigt sich deutlich, was generell erwartet werden kann: soziale Differenzierungen innerhalb einer ethnischen Gruppe führen auch zu räumlichen Differenzierungen, das heißt dass ethnische Cluster überwiegend als Durchgangsstationen fungieren, wenn die Migranten in einen Integrationsprozess einbezogen werden, der ihnen die Chance für soziale Mobilität bietet. Wenn diese Vermutung stimmt, wäre die anhaltende (und wachsende) Konzentration einer ethnischen Minorität genauer daraufhin zu untersuchen, ob es sich um eine strukturelle Verfestigung von der Art handelt, dass die Angehörigen dieser Gruppe gar keine Wahlmöglichkeiten haben, oder ob es sich um eine »funktionale Segregation« handelt, was hieße, dass es sich nur um eine Durchgangsstation handelt, aus der die einzelnen Migranten sich im Zuge ihrer Integration und ihres sozialen Aufstiegs entfernen (Heitmeyer/Anhut 2000; Leggewie 2000; Häußermann/Siebel 2001; Giffinger/Wimmer 2002).

Wie die Segregation von ethnischen Minderheiten zu beurteilen ist, hängt von den Effekten ab, die ihr zugeschrieben werden. In der Berliner Politik scheint derzeit eine Sicht an Bedeutung zu gewinnen, nach der die Segregation für die mangelnden Fortschritte bei der Integration von Migranten verantwortlich gemacht wird. Nach der Theorie der »Parallelgesellschaften« (Breton 1965) bilden sich in den segregierten Gebieten Institutionen und Beziehungen heraus, die nach innen stark integriert sind, aber eine ebenso starke Abgrenzung gegen die Mehrheitsgesellschaft bewirken. Man kann dort nicht nur seinen Alltag organisieren, ohne jemals Deutsch sprechen zu müssen, sondern dort sollen sich auch Institutionen – selbst für die Rechtsprechung! – gebildet haben, die für eine komplette Parallelgesellschaft sorgen.

Über solche Verhältnisse gibt es wenig verlässliches Wissen. Zu der Grundfrage, ob es eine soziale und in der Folge auch räumliche Mobilität in den segregierten Gebieten gibt, liegen keinerlei systematische Erkenntnisse vor. Zur Wohndauer und zur sozialen Selektivität von Zu- und Wegzügen aus den vorzugsweise von Ausländern bewohnten Quartieren wissen wir nichts.

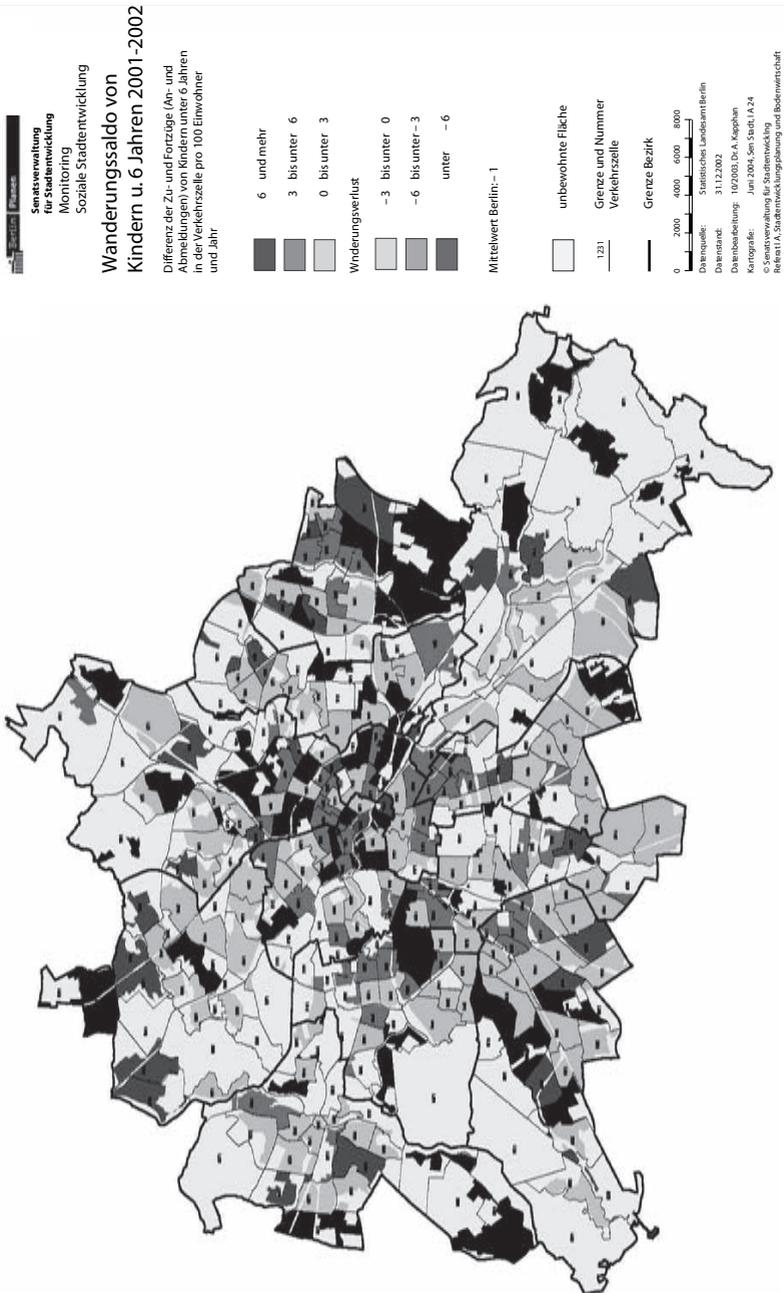
Bei der Diskussion über die Situation in den Schulen mit einem hohen Anteil von Kindern mit einer nichtdeutschen Herkunftssprache wird immer wieder betont, dass nicht nur deutsche Familien aus diesen Gebieten wegziehen (vgl. Karte 3.2), sondern auch die aufstiegsorientierten Migrantenfamilien. Dies wäre einerseits ein Zeichen dafür, dass die ethnischen Kolonien tatsächlich als Durchgangsstationen funktionieren, aber wir wissen nicht, wie umfangreich diese Integrationsmobilität ist, und auch nicht, ob dies mit einer strukturellen Verfestigung der sozialen, kulturellen und räumlichen Exklusion eines Teils der (vorwiegend türkischen) Migrantenhaushalte einhergeht – inwiefern und für wen also die ethnischen Cluster Durchgangsstationen oder Sackgassen sind. Eine kürzlich vorgelegte Untersuchung zur Situation von Mädchen aus Migrantenfamilien zeigt, dass es einen klaren Zusammenhang zwischen sozio-ökonomischem Status und räumlicher Segregation auch bei Migranten gibt: je niedriger Bildungsniveau und Einkommen, desto segregierter die Wohngebiete – und umgekehrt: je höher das Bildungsniveau und je höher das Einkommen, desto geringer sind die Anteile von Migranten in der Nachbarschaft (Boos-Nüning 2005).

Es gibt ausreichende Hinweise dafür, dass das Wohnen in homogenen Gebieten ein Hindernis für den Spracherwerb darstellt, wenn die Migranten selbst nicht von sich aus extrem stark bildungsorientiert sind, wie es z.B. bei vielen asiatischen Zuwanderern der Fall ist, die so viel sie können in den Bildungsweg

ihrer Kinder investieren – und auch entsprechende Erfolge (z.B. in London und New York) verbuchen. Die räumliche Konzentration wäre andererseits auch eine gute Voraussetzung für besondere bildungspolitische Strategien, für die es bisher allerdings noch wenige Vorbilder in Deutschland gibt.

In der Literatur ist es inzwischen auch hinreichend deutlich geworden, dass residentielle Segregation in sozialer, ökonomischer, kultureller und politischer Hinsicht ambivalente Folgen hat. Wie die positiven Effekte gegenüber den negativen entwickelt werden können, hängt nur zu einem kleineren Teil von den Migranten selbst, als vielmehr von den Möglichkeiten und Angeboten ab, die die Mehrheitsgesellschaft bereitstellt. Damit werden grundlegende Fragen der Integration berührt. Mit der Segregation der ethnischen Minderheiten werden insbesondere die Bildungserfolge von Migrantenkindern in Zusammenhang gebracht, auf die wir im Folgenden eingehen.

Karte 3.2: Wanderungssaldo von Kindern unter 6 Jahren (2001-2002)



3.6 Migrantenkinder im Bildungssystem

Seit etwa zehn Jahren hat sich an den Bildungserfolgen der nichtdeutschen Schüler kaum etwas geändert. Die Abstände zwischen den Schulerfolgen von deutschen und ausländischen Abgängern sind zwischen 1998 und 2002 praktisch gleich geblieben (vgl. Tabelle 3.6). Der Anteil der Abgänger ohne Schulabschluss lag bei den Deutschen 1998/99 mit 11,4 % weniger als halb so hoch, ihr Anteil an den Abgängern mit Abitur lag dagegen mit 33,8 % dreimal so hoch (Bericht zur Integrations- und Ausländerpolitik 2000, S. 18).

Tabelle 3.6: Schulabschlüsse nichtdeutscher Schüler und Schülerinnen in Berlin in Prozent

	1983/84 ¹	93/94	94/95	95/96	96/97	97/98	98/99	2003
ohne Abschluss	35	25,2	25,6	23,2	24,9	26,7	26,3	24,0
Hauptschulabschluss (9. Klasse)	11	9,2	8,1	8,0	9,5	9,8	11,0	
Erweiterter Hauptschulabschluss	28	23,9	24,2	25,2	26,0	21,5	23,8	
Realschulabschluss	23	28,8	29,8	31,3	27,9	30,1	27,9	
Allgemeine Hochschulreife	4	12,9	12,3	12,4	11,8	11,8	11,1	12,2

¹ nur westliche Bezirke

Quelle: Bericht zur Integrations- und Ausländerpolitik 2000, S. 18; Ohliger/Raiser 2005, 35

Die Situation in der beruflichen Bildung hat sich sogar seit der Vereinigung verschlechtert. Der Anteil von Ausbildungsverhältnissen mit nichtdeutschen Jugendlichen an der Gesamtzahl aller Ausbildungsverhältnisse ist seit 1990 kontinuierlich gefallen: von 13,3 % im Jahr 1990 auf 5,4 % im Jahr 1999 (Bericht zur Integrations- und Ausländerpolitik 2000, Anhang, Tabelle 18). Im öffentlichen Dienst wurden 1999 sogar nur 1,7 % aller Ausbildungsverträge mit Nichtdeutschen geschlossen – wobei an dieser Stelle daran erinnert werden sollte, dass etwa ein Drittel der in Berlin lebenden Türken und 15 % aller nichtdeutschen Berliner in Berlin geboren worden sind.

Tabelle 3.7: Schüler an beruflichen Schulen in Berlin

	1992	2004
Insgesamt	79.236	100.331
Ausländer	8.725	8.128
Ausländeranteil	11,0 %	8,1 %

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin (<http://www.statistik-berlin.de/>)

Die Zahl der ausländischen Berufsschüler ist gegenüber 1992 sogar gesunken, und zwar weit unter den Anteil der ausländischen Jugendlichen in der Altersgruppe, die in etwa für die Berufsschule in Frage kommt (15 bis unter 20). Der Anteil der ausländischen Jugendlichen im Alter zwischen 15 bis unter 20 liegt in Berlin bei 13,9 %. Angesichts der zuvor referierten Zahlen über die Repräsentation der ausländischen Jugendlichen in den verschiedenen Schultypen kann man auch nicht davon ausgehen, dass der Anteil bei den Berufsschülern so niedrig ist, weil die Jugendlichen auf andere Schulen gehen.

Laut Armutsbericht hatten Ende der 1990er Jahre 41 % der Ausländer keinen beruflichen Abschluss, 15 % keinen Schulabschluss, gegenüber 18 % bzw. 1,5 % der deutschen Bevölkerung (ebenda, S. 103). Der Bericht führt aus: »Es zeigt sich..., dass die Bildungssituation – bezogen auf formale Bildungsabschlüsse – bei den jungen hier aufwachsenden Ausländern noch schlechter ist als bei den Ausländern insgesamt. Das wirkt sich bereits jetzt (1999) auf die Stellung der Migranten auf dem Arbeitsmarkt und hinsichtlich ihrer Einkommenssituation aus« (SVfGSV Berlin 2002, S. 104).

In eine ähnliche Richtung wie der Berliner Bericht weist eine von der Arbeitsgruppe Stadtforschung der Universität Oldenburg in Auftrag gegebene Sonderauswertung von Daten des Mikrozensus über die schulische und berufliche Ausbildung von Türken und Deutschen in Westdeutschland durch das ZUMA Mannheim. Bei türkischen wie deutschen jungen Männern der Altersgruppe 18-35 ist von 1991 auf 2000 der Anteil derer ohne abgeschlossene Ausbildung gestiegen, bei Türken von 59,9 % auf 62,2 %, bei Deutschen von 18,3 % auf 28,5 % (Janßen/Polat 2004, S. 185). Eine gegenläufige, leicht positive Entwicklung hatten junge türkische Frauen zu verzeichnen (Rückgang der Anteile ohne Abschluss in dieser Altersgruppe von 82,4 % auf 78,7 %). Insgesamt hat sich im Lauf der 1990er Jahre die Ausbildungssituation deutlich verschlechtert. Die Befunde könnten aber auch die Erkenntnis aus der soziologischen Bildungsforschung bestätigen, dass

Jugendliche und junge Erwachsene aus der Arbeiterschaft in ihrem auf Schule und Qualifikation bezogenen Verhalten berufliches Scheitern bereits antizipieren, wenn sich ihnen die Arbeitsmarktbedingungen negativ darstellen. Umso wichtiger ist die Erweiterung ihrer Möglichkeiten.

3.7 Fazit

Die Diskussion um »Parallelgesellschaften« sowie das inzwischen häufig geäußerte Urteil, »Multikulti ist gescheitert« zeigen, dass bei den Parteiführungen und bei den meisten Kommunalpolitikern eine Perspektive auf die Migranten noch dominant ist, in der die Migration als ein »eigentlich« unerwünschter Problembereich erscheint, mit dem man aber nun irgendwie zurechtkommen muss. Auch die Cluster von Migranten, die ethnische Segregation also, werden dabei als eine Fehlentwicklung eingeschätzt, die man »eigentlich« hätte vermeiden sollen oder die man nun sogar aktiv bekämpfen sollte – nur wird nie gesagt, wie. Die immer wiederkehrenden Konflikte um den Bau von Moscheen sind ein typischer Ausdruck dieser Unentschiedenheit: solche Anträge werden in der Regel zunächst entrüstet kommentiert, müssen dann aber nach einer mehr oder weniger langen Periode des Konflikts doch genehmigt werden (Schmitt 2003; Hohmann 2003).

Die nahezu irreparablen Versäumnisse bei der Integration von Kindern der Migranten in das Bildungs- und Ausbildungssystem sind Ausdruck dieser Sicht, die die Migranten immer noch als Gäste bzw. als Fremde definiert. Als Voraussetzung für eine Integration wird dann eine weitgehende Anpassung gesehen – aber Anpassung kann nur die Folge von Integration sein, die als wechselseitiger Prozess zu denken ist.

Die Hinnahme ethnischer und kultureller Vielfalt als eine unvermeidliche, aber eigentlich unerwünschte Folge von Migrationsprozessen, eine gleichsam resignierte Akzeptanz also läuft Gefahr, zum einen die Tendenz zu einer ethnischen Unterschichtung zu unterschätzen, und zum anderen die produktiven Potenziale der ethnischen Heterogenität zu verkennen.

Auf die Gefahr der Bildung einer Unterschicht, die mit bestimmten ethnischen Merkmalen eng verbunden ist, haben wir bereits hingewiesen. Dass kulturelle Vielfalt ein Standortfaktor ist, der sogar das Wachstum in High-Tech-Branchen stimuliert, ist die These von Richard Florida (2005), der in mehreren Büchern den empirischen Nachweis geführt hat, dass die Städte das stärkste High-Tech-

Wachstum aufweisen, die neben einer technologischen Basis einen hohen Anteil von gut qualifizierten Bewohnern und – dies ist in unserem Zusammenhang bemerkenswert – eine besonders starke kulturelle Vielfalt aufweisen. Hohe Anteile von Homosexuellen, Künstlern, ethnischen Minderheiten und so genannten alternativen Lebensstilen korrelieren nach seinen Ergebnissen in den USA eng mit ökonomischem Wachstum.

Demnach wäre es stadtpolitisch nicht nur human und realitätsgerecht, sich mit den Migranten abzufinden und ihnen möglichst auch gleiche Lebenschancen wie den Einheimischen zu bieten, sondern es wäre Teil einer zukunftssichernden Politik, aktiv die Internationalisierung und die Herausbildung einer ethnisch vielfältigen Stadt zu fördern – wie es z.B. der Bürgermeister von London, Ken Livingstone, seit einiger Zeit tut. Vom Berliner Bürgermeister hat man Richtungsweisendes in dieser Sache noch nicht gehört.

Die Veränderung der ethnischen Zusammensetzung der Migrantenbevölkerung in Berlin ist auffällig. Dies kann als Chance für die Entfaltung einer sehr heterogenen Multikultur gesehen werden – die Vielseitigkeit der Berliner Stadtkultur könnte als ein herausragendes und einzigartiges Merkmal dieser Stadt («Metropole») herausgestellt werden – allerdings nur, wenn auch klar ist, dass die Stadt mit dieser Heterogenität produktiv umgehen kann.

So wäre auf jeden Fall zu prüfen, ob es sich bei den erkennbaren Clustern von Zuwanderern um strukturelle Sackgassen oder um hilfreiche Durchgangsstationen handelt – um die erzwungene Segregation einer ethnischen Unterschicht, oder um die asozial heterogene Subkultur einer ethnischen Gruppe.

4 Segregation

4.1 Was ist Segregation?

Unter Segregation versteht man die räumlich ungleiche Verteilung von Personengruppen, die bestimmte einheitliche Merkmale aufweisen, z.B. Ausländer, Einkommens- oder Statusgruppen, Berufe, Lebensstile etc. Der Messung von Segregation liegt die (unrealistische) Annahme zugrunde, dass in jeder räumlichen Einheit (Quartier, Nachbarschaft etc.) jede Bevölkerungsgruppe zu gleichen Anteilen wie in der Gesamtstadt vertreten sei – alle Abweichungen davon werden als Segregation bezeichnet. Einzelne Gebiete beurteilt man hinsichtlich des Grades von Homogenität oder Heterogenität der in ihnen lebenden Bevölkerung. Quartiere können daher zugleich von stark segregierten Gruppen bewohnt und eine mehr oder weniger starke Homogenität der Sozialstruktur aufweisen. Treffen Segregation und Homogenität von unterprivilegierten und/oder diskriminierten Bewohnern in einem Quartier zusammen, ist dies ein »Problem«, weil sich die verringerten Lebenschancen dadurch verfestigen.

4.2 Das Interesse an der Segregation

Um das »Problem der Segregation« in einer Stadt angemessen beurteilen zu können, ist es sinnvoll und hilfreich, Vergleiche zu anderen Städten zu ziehen – und zwar deshalb, weil es kein vernünftiges oder konsensuales Maß für eine »normale« bzw. »akzeptable« Segregation gibt im Unterschied zu einer »problematischen« oder »gefährlichen«. Das liegt an drei Eigenschaften, die mit Segregation verbunden sind:

- Zum ersten wird nicht jede Art von Segregation als problematisch oder gefährlich angesehen; in allen Städten sind die reichsten Haushalte am stärksten segregiert, weil sie vollkommen selbständig darüber entscheiden können, wo sie wohnen können und mit wem sie zusammen wohnen wollen. In der Regel sorgt die Bauleitplanung dafür, dass exklusive Wohngegenden entstehen können, indem sie Vorschriften über Ausmaß, Dichte und Art der Bebauung festlegen. Solche Vorschriften können den Bau von Mietshäusern mit preiswerten Wohnungen ausschließen. In Deutschland geht die Entstehung der Bauleitpla-

nung sogar darauf zurück, dass man in neuen Quartieren eine bestimmte – als ungesund und unhygienisch angesehene – Bebauung verhindern wollte.

- Zum zweiten gibt es keine eindeutigen negativen Wirkungen, die ab einem bestimmten Ausmaß von Segregation auftreten würden. Segregation ist in der Regel ambivalent: sie sorgt für eine soziale und kulturelle Homogenität in Wohnquartieren, und diese entspricht den Wünschen der meisten Bewohner in den Städten – und vor allem in den Vorstadtgebieten. Der Ärger über das Verhalten bestimmter Nachbarn bzw. die soziale Distanz zu bestimmten Milieus ist ja oft eines der entscheidenden Motive, warum Haushalte aus gemischten innerstädtischen Quartieren wegziehen und sich in Gegenden am Rand der Stadt niederlassen, wo Nachbarn mit einem ähnlichen Einkommen und einem ähnlichen Lebensstil wohnen. Stark segregierte Gebiete können also auch eine soziale Umgebung bieten, die den Lebensgewohnheiten der Bewohnern entgegenkommt, und die ihnen ein Milieu bietet, in dem sie sich wohl fühlen. Das gilt auch für Haushalte mit sehr geringen Einkommen, die es eher entlastend finden, wenn es ihren Nachbarn nicht deutlich besser geht, denn sie müssen sich dann ihrer Armut auch nicht schämen und sie können leichter nachbarschaftliche Kontakte knüpfen. Segregierte Gebiete können also Schutz und soziale Einbettung bieten, sie können aber auch zu einem Faktor der Benachteiligung werden, und dann wird die Segregation zu einem Problem.
- Zum dritten sieht man einem Segregationsmaß nicht an, ob es aus freiwilligen Entscheidungen der Bewohner zustande gekommen ist, oder ob es sich um eine erzwungene Segregation handelt, das heißt ob es aufgrund der Segmentierung des Wohnungsmarktes zustande gekommen ist. Das Einkommen eines Haushaltes bestimmt zunächst eine Grenze, bis zu der Geld für die Miete ausgegeben werden kann. Dadurch scheiden bestimmte Quartiere einer Stadt bei der Wahl einer Wohnung von vornherein aus, weil das Mietniveau dort zu hoch ist. Der Mietpiegel gibt ein relativ verlässliches Bild dieser Segmentierung, da er die Preise für Wohnungen mit gleichen Merkmale in verschiedenen Teilen einer Stadt angibt. Innerhalb dieser ökonomischen Restriktion gibt es für die meisten Haushalte aber immer noch Spielräume, die eine Entscheidung nach eigenen Vorlieben zulassen. Dabei spielen dann Fragen des Lebensstils eine Rolle und der Wunsch, mit bestimmten Bewohnergruppen nicht zusammen wohnen zu wollen. Die soziale Distanz wird in eine räumliche Distanz umgesetzt – das ist insbesondere bei Distanzen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen der

Fall. Der Wunsch nach kultureller Homogenität, der verständlich sein mag und »unschuldig« erscheint, führt aber zur erzwungenen Segregation anderer Gruppen, wenn diese von vielen Seiten abgelehnt werden und daher in nur wenigen Quartieren überhaupt eine Wohnung finden können.

4.3 Stadt als Sozialraum

Eine Stadt bildet einen Sozialraum. Ihre sozialräumliche Struktur ist das Ergebnis komplexer Prozesse, in deren Verlauf die unterschiedlichen sozialen Gruppen und Milieus ihren Ort in der Stadt finden bzw. zugewiesen bekommen. Dabei spielen Marktprozesse ebenso eine Rolle wie Machtstrukturen, individuelle oder Gruppenpräferenzen ebenso wie historische Entwicklungen.

Die verschiedenen Schichten und Gruppen der Stadtbevölkerung sind nicht gleichmäßig über die Wohngebiete der Stadt verteilt. Man bezeichnet diese Struktur als »residentielle« oder »soziale« Segregation. Es gibt wohlhabende und arme Wohngebiete, Arbeiterviertel und solche, in denen sich die Zuwanderer konzentrieren. Neben solchen *sozialen* Ungleichheiten bilden sich aber auch Distinktionsbedürfnisse verschiedener Milieus im Stadtraum ab, die sich *symbolisch* voneinander abgrenzen. Milieus werden gebildet von Trägern eines bestimmten Lebensstils oder Angehörigen einer Subkultur.

Städte sind Räume, in denen soziale und symbolische Konflikte ausgetragen werden. In ihnen treffen verschiedene Klassen oder Schichten, Lebensstile und ethnische Gruppierungen aufeinander, und eine wichtige zivilisatorische Leistung von Städten besteht darin, die Integration verschiedener Gruppierungen auf engem Raum zu ermöglichen – aber eine mögliche Wirkung dieser Koexistenz von heterogenen Gruppen kann auch in Marginalisierung und intensiven Konflikten bestehen. In materieller Hinsicht geht es dabei um den Zugang zu allgemein als attraktiv bewerteten Räumen, in symbolischer Hinsicht um Dominanz und Selbstrepräsentation im sozialen Raum der Stadt. Stadtentwicklung muss also immer auch als ein fortwährender Kampf um die Kontrolle über Räume analysiert werden. Als Ergebnis solcher Kämpfe entstehen »exklusive« Räume – und zwar in zweierlei Hinsicht: exklusiv zum einen in dem Sinne, dass bestimmte Räume aufgrund von ökonomischen oder symbolischen Barrieren nur für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe zugänglich sind, zum anderen in dem Sinne, dass die Schließung großer Teile der Stadt sich für Angehörige von diskriminierten Gruppen in Orten der

Exklusion manifestiert. In beiden Fällen bleibt das nicht ohne Folgen für die Bewohner, denn die so definierten Räume definieren dann auch die darin lebenden Menschen. Die sozialräumliche Struktur einer Stadt ist also Ausdruck ihrer Sozial- und Machtstruktur, und sie trägt bei zur Verteilung von Lebenschancen, insofern diese vom Wohnstandort beeinflusst werden.

Je stärker die Streuung der Wohnstandorte von Angehörigen einer Gruppe von der statistischen Zufallsverteilung dieser Gruppe abweicht, desto höher ist das Maß der Segregation. Anders gesagt: mit Segregation wird die Konzentration bestimmter sozialer Gruppen auf bestimmte Teilräume einer Stadt oder einer Stadtregion gemessen. Dieser Definition entspricht ein statistisches Maß, das Abweichungen von der Gleichverteilung feststellt: der Segregationsindex oder der Dissimilaritätsindex. Residentielle Segregation ist die Projektion sozialer Unterschiede auf den Raum, soziale Distanz manifestiert sich in räumlicher Distanz.

Für Segregation sind zwei Voraussetzungen notwendig: in einer Stadt müssen sowohl soziale als auch räumliche Unterschiede vorhanden sein. Die unterschiedliche soziale Situation der Haushalte trifft dann auf ein differenziertes Angebot von Wohnungsqualitäten. Wie soziale und räumliche Unterschiede miteinander zusammenhängen und welche Folgen dies hat, sind die Themen der Segregationsforschung.

Die sozialräumlichen Unterschiede sind an verschiedenen Merkmalen ablesbar: Differenzen zwischen verschiedenen Stadtgebieten beim Haushaltseinkommen, in der Altersstruktur, bei den Lebensstilen oder nach ethnischen Zugehörigkeiten. Sie können also ökonomisch, demographisch oder kulturell begründet sein. Entsprechend kann man die Segregation der Wohnbevölkerung einer Stadt entweder nach vorwiegend sozioökonomischen Merkmalen betrachten (nach Einkommen, Berufsqualifikation und Bildungsstand); nach demographischen Merkmalen (wie Alter oder Haushaltsgröße) oder nach der ethnischen Zugehörigkeit (in den USA als *race* bezeichnet). Dies sind verschiedene Dimensionen der sozialräumlichen Struktur.

Heute spielen zunehmend auch Lebensstile eine Rolle für die residentielle Segregation. Haushalte eines bestimmten sozial-kulturellen Milieus, die ähnliche Lebensweisen praktizieren, suchen sich Quartiere, in denen das Wohnungsangebot und die Infrastruktur am ehesten zu ihren Ansprüchen passen. Augenfällige Beispiele dafür sind zum einen die Kolonien von Einfamilienhäusern an den Rändern der Städte, die vorwiegend von Familien mit Kindern bewohnt werden. Singles zum anderen bevorzugen innerstädtische Altbaugebiete; man kennt außerdem

in jeder Stadt die »schicken« Altbauviertel mit großen, aufwändig restaurierten Wohnungen und einem gehobenen Dienstleistungsangebot oder die Gebiete des alternativen Milieus, mit Szenekneipen und ökologisch korrekten Konsumangeboten.

Segregation kann Konsequenzen für die soziale Ordnung einer Gesellschaft und für die Lebensführung und -chancen der Bewohner segregierter Gebiete haben. Die Beschreibung und Erklärung von Segregation ist nur ein erster Schritt, das eigentliche Thema einer soziologischen Segregationsanalyse aber sind die sozialen Konsequenzen. Es gibt keinen allgemeingültigen Maßstab, anhand dessen man Art und Ausmaß von Segregation als gut oder schlecht, als zu viel oder zu wenig beurteilen könnte. Das Leitbild soziale Mischung, das in der stadtpolitischen Praxis gewöhnlich als erstrebenswert angesehen wird, liefert keineswegs in jeder Hinsicht und in jedem Fall eine positive Orientierung. Denn Segregation an sich bedeutet keineswegs immer dasselbe – je nach sozialer Gruppe und je nach den Gründen für ihr Zustandekommen ist sie in ihren Folgen unterschiedlich zu bewerten. Der Bewertung liegen unterschiedliche Annahmen darüber zugrunde, welche Effekte das Zusammenleben in einer Nachbarschaft für die einzelnen Haushalte und Menschen hat. Diese Effekte sind oft schwer zu bestimmen, außerdem sind sie nicht immer eindeutig positiv oder negativ (vgl. z.B. Gans 1974). Sicher ist, dass soziale Ungleichheit nicht durch eine sozialräumliche Mischung von Haushalten mit unterschiedlicher sozialer Lage beseitigt wird (Buck 2001). Aber soziale Ungleichheit kann durch räumliche Segregation befestigt und sogar verschärft werden.

4.4. Wie entwickelte sich bisher die Segregation?

Bis zum Ende der »goldenen 1960er Jahre« war Segregation in den Städten der damaligen Bundesrepublik nur ein Randthema. Soziale Ungleichheiten und ihre räumlichen Erscheinungsformen verringerten sich im Zuge eines Wachstumsprozesses, dessen Gewinne in Gestalt höherer Realeinkommen, von mehr und besseren Wohnungen und Einrichtungen der sozialen Infrastruktur auch den unteren sozialen Schichten zugute kamen. Außerdem gab es in westdeutschen Städten keine Segregation nach ethnischen Merkmalen, die derjenigen in den Schwarzen-Vierteln US-amerikanischer Städte vergleichbar gewesen wäre. Es gab kein »Rassenproblem« und – bis in die 1960er Jahre hinein auch keine nennenswerte

Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen. Daher konnten sozioökonomische Benachteiligung und ethnische Diskriminierung nicht jene unheilige Allianz bilden, die zur Herausbildung von Ghettos führen kann.

Wohnungsbau war in Deutschland bis 1918 ausschließlich in der Hand privater Unternehmer, und diese bauten in verschiedenen Teilen der Stadt für verschiedene Einkommensgruppen unterschiedlich große und unterschiedlich gute Wohnungen – was zu einer scharfen Segregation nach Einkommen und sozialem Status vor allem an den beiden Polen der hierarchischen Sozialskala geführt hatte. Die soziale Not des Proletariats wurde durch die elenden Wohnverhältnisse nicht nur deutlich sichtbar, sondern auch verstärkt, während sich die Privilegien des wohlhabenden Bürgertums auch in entsprechend durchgrüntem, ästhetisch verfeinerten und großzügig bemessenen Villengebieten zeigten.

Nach 1945 nahm das Ausmaß sozialer Segregation in den westdeutschen Städten aus einer Vielzahl von Gründen ab:

- Die Bomben des Zweiten Weltkriegs hatten die alten Strukturen stark zerstört. Wiederaufbau, Sanierung und Modernisierung beseitigten vielerorts die physisch-baulichen Grundlagen der Segregation (z.B. in Arbeitervierteln aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg).
- In der Weimarer Republik und in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg spielte der soziale Wohnungsbau eine zentrale Rolle beim Neubau. Er hatte als ausdrückliches Ziel, für die »breiten Schichten der Bevölkerung« Wohnungen bereit zu stellen – also die räumliche Segregation von Haushalten mit niedrigem Einkommen nicht mehr zuzulassen. Wohnungspolitik und Gemeinwirtschaft schufen mit den Förderinstrumenten des sozialen Wohnungsbaus ein umfangreiches, marktfernes Wohnungssegment, in dem Wohnungen nach sozialen Kriterien zugeteilt wurden.
- Die extreme Wohnungsknappheit nach 1945 ließ keinen Raum für sozial selektive Mobilität, und die politischen Eingriffe in den privaten Wohnungsmarkt (Wohnraumbewirtschaftung, Mietpreisregulierung) hatten den Preismechanismus für die Altbaubestände weitgehend außer Kraft gesetzt.
- In den 1960er und 1970er Jahren verfolgten die staatlichen Sanierungsprogramme eine ähnliche Zielsetzung: Altbaugebiete mit einer »einseitigen Sozialstruktur« (womit allerdings nicht die Viertel der Wohlhabenden gemeint waren) wurden entweder ganz abgerissen und durch sozialen Wohnungsbau ersetzt oder später so modernisiert, dass sie auch für eine Bewohnerschaft mit höherem Einkommen attraktiv wurden.

- Das beispiellose Wirtschaftswachstum in den ersten drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg brachte Einkommensverbesserungen für alle Schichten der Bevölkerung. Die Obdachlosigkeit wurde nach und nach abgebaut, Armut und Arbeitslosigkeit waren nicht dauerhaft. Daher bildeten sich keine neuen Armutsviertel als Folge negativer Karrieren auf dem Wohnungsmarkt.
- Viele Eigentümer behandelten ihre Immobilien nicht ausschließlich als möglichst profitable Kapitalanlage. In Wohnquartieren mit vielen kleinen Immobileneigentümern, insbesondere wenn diese ihr Mietshaus selber (mit)bewohnten, gab es noch jenen Typus von Hausbesitzern, die sich mit ihrem Hauseigentum identifizierten und es laufend instand hielten. Dadurch gab es weniger Anlässe zur Abwanderung für Haushalte mit höheren Einkommen.
- Schließlich haben die gesellschaftlichen Eliten in Kontinentaleuropa auch eine urbane Wohntradition im Unterschied zu den angelsächsischen Ländern, wo der Auszug der Eliten ins Umland bereits um 1800 begann. Bereits der Umbau von Paris im 19. Jahrhundert hatte – wie die Aufwertungsmodernisierung in westdeutschen Städten in den 1970er Jahren – dazu gedient, die Innenstädte für die Mittel- und Oberschichten attraktiv zu halten.

Die krassen Unterschiede in der Wohnungsversorgung, die im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in den Großstädten ein politisches Thema ersten Ranges wurden, waren von den Parteien der Arbeiterbewegung immer als eines der schärfsten Übel des Kapitalismus bezeichnet worden. Deshalb gehörte es in der DDR zu den wichtigsten stadtpolitischen Zielen, diese sozialräumliche Klassenspaltung zu überwinden. Hier wurden die Wohnungen von den Kommunen bzw. den Betrieben verwaltet, eine freie Wahl des Wohnstandorts gab es nicht. Segregationsprozesse konnten so administrativ gesteuert werden. Eines der herausragenden Ziele der staatlichen Wohnungspolitik war die »Annäherung der Klassen und Schichten« (Hannemann 2000). Die Wohnungsversorgung wurde Teil einer staatlichen Infrastruktur, die jeden entsprechend seinem Bedarf – und nicht nach seiner Kaufkraft – versorgen sollte. Die Wohnung sollte nicht länger Ausdruck und Mittel sozialer Differenzierung sein, vielmehr sollte sich die angestrebte soziale Gleichheit auch in gleichen Wohnbedingungen für alle Schichten der Bevölkerung widerspiegeln. Insgesamt wurde durch diese Politik zwar die soziale Segregation tatsächlich verringert, dennoch entstanden neue sozialräumliche Strukturen aufgrund politischer Privilegien.

Mit dem Abbau der wohlfahrtsstaatlichen Interventionen in die Wohnungsversorgung in der Bundesrepublik seit den 1980er Jahren, und mit dem Ende der

staatlichen Wohnungsversorgung in der DDR verloren die Faktoren, die sozialer Segregation entgegen wirken, an Bedeutung. Die Einkommensungleichheit wird größer, die ethnische Zusammensetzung der Wohnbevölkerung wird heterogener, das Wohnungsangebot erlaubt eine größere Mobilität. Mehr und mehr wird die Wohnungsbewirtschaftung zu einem eigenständigen Teil der Kapitalverwertung und der Anteil der Sozialwohnungen nimmt laufend ab. Insgesamt wird der staatliche Einfluss auf die Wohnungsversorgung und damit auch auf die sozialräumliche Struktur der Städte geringer. Daher ist zukünftig mit einer verstärkten sozialen Segregation zu rechnen.

Alle diese Entwicklungen haben sich auch in Berlin – in Ost und West – niedergeschlagen. Berlin verfügt über eine große Vielfalt von Wohnungsbeständen aus unterschiedlichen Zeitperioden, mit unterschiedlichen Sozialmodellen und Eigentumsformen. Die Stadterneuerung in den Althausgebieten im Westteil in den 1970er und 1980er Jahren war ein Feld heftiger politischer Auseinandersetzungen, in denen immer wieder die Grundlagen für eine sozial gemischte Bevölkerung in den Wohnquartieren zur Disposition standen.

Berlin hat bisher nur einen geringen Anteil von Eigentumswohnungen, den zu erhöhen sich der Senat zu einem wichtigen Ziel gesetzt hat. Damit werde, so die offizielle Zielsetzung, auch eine Stabilisierung der Quartiere bewirkt. Den Verkauf großer Wohnungsbaugesellschaften hat der Senat inzwischen gestoppt, nachdem dies Ende der 1990er Jahre als probates Mittel der Schuldenreduktion propagiert worden war.

Wie sich unter dem Einfluss von sozialen und ökonomischen Veränderungen auf der einen Seite, und von Veränderungen beim Wohnungsangebot auf der anderen Seite die Segregation in der Stadt entwickeln wird, ist für die Frage von Kohäsion und (Des-)Integration von großer Bedeutung.

4.5 Wann wird Segregation zum Problem?

In einigen europäischen Ländern ist die Segregation von ethnischen Minderheiten in den letzten Jahren zu einem Thema geworden, das verstärkte öffentliche Aufmerksamkeit gefunden hat. Dabei werden immer häufiger Begriffe wie »Ghetto« oder »ethnische Kolonie« benutzt, um die sozialen Wirkungen der Segregation zu charakterisieren.

Mit dem Begriff »Ghetto« werden Assoziationen zu amerikanischen Städten geweckt, wo dieser Begriff seit Beginn des 20. Jahrhunderts für die extreme räumliche Segregation von ethnischen Minderheiten benutzt wird (Wacquant 2004). »Ghetto« ist historisch als Begriff entstanden, um die *institutionalisierte* Einschließung von jüdischer Bevölkerung in bestimmten Stadtteilen zu benennen. Für Juden gab es den Zwang, im Ghetto zu wohnen, und das Ghetto war exklusiv nur für Juden bestimmt. In den USA wird der Begriff auf ethnisch »reine« Gebiete angewandt, die allerdings durch Marktprozesse und durch ethnische bzw. rassistische Diskriminierung zustande gekommen sind. In der Regel werden nur Wohngebiete von Schwarzen so bezeichnet, die in den USA die höchste Segregation aufweisen.

Die räumliche Konzentration von ethnischen Gruppen mit einer institutionellen Ausstattung, die den Vollzug aller alltäglichen Verrichtungen unterhalb von Rechts- und Bildungssystem ermöglicht, bezeichnen wir im wissenschaftlichen Sprachgebrauch als eine »ethnische Kolonie« – deren pure Existenz allerdings noch nichts über die damit verbundenen Konsequenzen z.B. für Integrationsprozesse aussagt. Um ihre ab- oder ausgrenzenden Effekte zu erkennen, müssten qualitative Untersuchungen zu ihrer inneren Organisation und zu den Lebensläufen ihrer Bewohner durchgeführt werden. An der Existenz einer ethnischen Kolonie kann man ja noch nicht erkennen, ob immer die gleichen Personen darin leben.

Nach dem »Race-relations-cycle« ist es für neue Zuwanderer nämlich typisch, dass sie sich zunächst einer vorhandenen ethnischen Kolonie zuordnen, jedoch diese nach einer Phase der Eingewöhnung und des beruflichen Aufstiegs verlassen und in Quartiere umziehen, die nicht einseitig ethnisch geprägt sind. Ist dies aber nicht der typische Verlauf einzelner Biographien oder des Verhaltens in der Generationenfolge, dann ist die ethnische Kolonie eine Sackgasse, eine »Mobilitätsfalle«. Das heißt, sie bietet zwar den Zuwanderern kurzfristig Vorteile (Identitätsstabilisierung, unterstützende Netzwerke, auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Infrastruktur und Arbeitsmöglichkeiten in der ethnischen Ökonomie), längerfristig dagegen verhindert sie die Integration in das Bildungssystem, das Erwerbssystem und in gesellschaftliche Beziehungen. Das Kriterium, ob eine ethnische Kolonie ein Problem darstellt oder nicht, liegt also darin, ob es sich um ein geschlossenes oder offenes System handelt. Die Entscheidung darüber wird von zwei Seiten getroffen: zum einen von den Migranten selbst, die eine Orientierung nach »außen« ausbilden oder eine Orientierung nach »innen« beibehalten können, und an der Aufnahmegesellschaft, die sich den Migranten öffnen und ihnen Chancen zur

Individualisierung bieten, oder die durch Diskriminierung und Ausgrenzung die Grenzen zur Integration schließen kann.

Für Deutschland liegen noch keine tragfähigen Untersuchungen zu diesem Thema vor.

4.6 Nachbarschaftseffekte

4.6.1 Zusammenhänge zwischen Wohnquartieren und Armutslagen

Die Wirkungen von städtischen Quartieren und Nachbarschaften auf soziale Integration und Ausgrenzung sind begrenzt, da Armut und Arbeitslosigkeit in aller Regel nicht »quartiersgemacht« sind. Deshalb sind sie aber nicht bedeutungslos. Da Arme und Langzeitarbeitslose bereits aus finanziellen Gründen immobiler sind als Bessergestellte, spielen für sie auch die sozialräumlichen Gegebenheiten in ihrem Wohngebiet eine größere Rolle, sei es als Ressource, sei es als zusätzliche Benachteiligung. Daran knüpft sich die Frage, unter welchen Bedingungen und für welche Bewohnergruppen Quartiere eher Ressourcen bereitstellen oder eher weiter ausgrenzend wirken.

Über gesellschaftliche Einbindung und Teilhabe wird in unseren westlichen, kapitalistischen Gesellschaften mit sozialstaatlicher Tradition insbesondere in drei Dimensionen entschieden, auf die städtische Quartiere in unterschiedlichem Maße und auf unterschiedliche Weise Einfluss haben (Kronauer 2002 und 2005; Häußermann/Kronauer 2005).

Arbeitsmarkt: Er eröffnet oder verschließt Zugang zu eigenem Einkommen, Anerkennung und sozialem Aufstieg. Arbeitsmärkte konstituieren sich in der Regel jenseits von Stadtquartieren, in regionalen wenn nicht gar globalen Zusammenhängen. Gleichwohl gibt es Teilarbeitsmärkte, die in bestimmten städtischen Milieus wurzeln und lokale Bindungen aufweisen. Funktional gemischte Viertel mit Gewerbe, Handel und Wohnen können unter Umständen auch niedrig Qualifizierten und armen Bewohnergruppen Arbeitsgelegenheiten eröffnen.

Soziale Netze: Sie hängen in ihrer Zusammensetzung und Reichweite in erheblichem Maße vom Erwerbsstatus und dem jeweiligen Grad von Sicherheit und Unsicherheit der Erwerbsposition ab (Diewald 2003), haben aber gerade im Fall von Langzeitarbeitslosen und Armen – aus den genannten Gründen der beschränkteren Mobilität – auch eine sozialräumliche Komponente. Wohnquartiere

können in räumlicher Nähe Bekannten- und Verwandtschaftskreise umfassen, die unter schwierigen Lebensumständen wichtige Hilfestellungen im Alltag leisten und sozialen Rückhalt bieten. Nachbarn, die man sich nicht aussuchen kann und deren Lebensweise der eigenen zuwiderläuft, können das Leben im Quartier aber auch zusätzlich belasten und die eigene Vereinzelung verstärken. Umso wichtiger sind eigene Entscheidungsspielräume bei der Wohnungssuche, selbst dann, wenn die finanziellen Mittel und damit die Auswahl der zugänglichen Quartiere begrenzt sind.

Die *sozialen Kreise* in solchen Quartieren können sich auf Menschen in ähnlich benachteiligter Lage konzentrieren. In diesem Fall würden sie diese Lage vielleicht besser zu ertragen helfen, aber kaum dazu beitragen, sie zu verändern. Die soziale Isolation nimmt dann gewissermaßen kollektive Formen an. Die Beziehungsnetze können aber auch sozial heterogen zusammengesetzt sein und Personen umfassen, die insbesondere am Arbeitsmarkt Chancen eröffnen. Innerstädtische, funktional gemischte Quartiere gelten gemeinhin vor allem unter diesem Gesichtspunkt als vorteilhafter für arme Bevölkerungsgruppen als die monofunktional allein auf das Wohnen ausgerichteten Großsiedlungen in Randlage. Bisher liegen allerdings keine Untersuchungen vor, die systematisch der Frage nachgehen, wie weit sich sozial unterschiedliche Verkehrskreise in solchen Vierteln tatsächlich überschneiden oder einfach nebeneinander existieren.

Schließlich sind Quartiere Orte des sozialen Lernens für Kinder und Jugendliche. An diesen Sachverhalt knüpft die vor allem in den USA geführte Debatte um die Entstehung einer eigenständigen »Kultur der Armut« in Armutsquartieren, die sich über Generationen hinweg durch soziales Lernen verfestigt und versonstigt und den Zugang zur Mehrheitsgesellschaft blockiert, an. Zahlreiche ethnographische Studien aus den USA und verschiedenen europäischen Ländern sprechen gegen diese These. Sie zeigen, dass in Armut aufgewachsene Jugendliche in benachteiligten Quartieren sehr wohl die in den jeweiligen Gesellschaften hoch bewerteten Ziele des monetären Erfolgs, der Familiengründung etc. verfolgen, dabei aber erheblichen Risiken des Scheiterns ausgesetzt sind, die sie zum Teil in ihrem schulischen Verhalten vorwegnehmen und damit verstärken, zum Teil durch deviantes Verhalten auszugleichen versuchen. Viele von ihnen gehen aber auch die in der Gesellschaft vorgezeichneten »konformistischen« Wege der Arbeits- und Ausbildungssuche, müssen sich jedoch, angesichts der starken Konkurrenz am Arbeits- und Ausbildungsmarkt durch Schulabsolventen mit höheren Abschlüssen, auf die größten Hindernisse gefasst machen. Bei älteren Arbeitslosen wiederum

ist der Rückzug vom Arbeitsmarkt in aller Regel Ausdruck von Resignation nach Jahren vergeblicher Versuche, sich im Erwerbsleben zu halten. Selbst wenn sie es wollen, können sie sich zumeist nicht von den verinnerlichten und nun nur noch als belastend erlebten Normen der Arbeitsgesellschaft verabschieden, verlieren aber zunehmend die für den Erwerbsarbeitsalltag notwendigen Qualifikationen und alltäglichen Routinen (für einen Überblick über die Literatur und Diskussion zur »Kultur der Armut« vgl. Lindner 1999 und Kronauer 2002, S. 193-204).

Bürgerrechte und soziale Dienstleistungen: Über politische und soziale Rechte sowie deren Anwendung, die maßgeblichen Einfluss auf Teilhabemöglichkeiten am gesellschaftlichen Leben ausüben, wird weitgehend jenseits von Quartiersgrenzen durch den Gesetzgeber, die Rechtsprechung und Verwaltungsinstitutionen entschieden. Das gilt etwa für die Kriterien und Höhe des Leistungsbezugs bei Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe. Gleichwohl werden sie vielfach durch Einrichtungen »vor Ort« (Arbeitsagenturen, Sozialämter, Beratungsstellen etc.) umgesetzt. Das gleiche gilt für soziale Dienstleistungen wie schulische Bildung und Gesundheitsversorgung, aber auch für öffentliche Sicherheit, Infrastruktur und Wohnraumversorgung, soweit sie direkt wie indirekt öffentlich gefördert bzw. beeinflusst wird. Das Vorhandensein oder Fehlen solcher Einrichtungen und Leistungen sowie deren Qualität in den Quartieren wirken sich auf Lebensstandard und Lebenschancen, somit gesellschaftliche Zugehörigkeit oder Ausgrenzung aus. Ob Bewohner auf Quartiersangelegenheiten Einfluss nehmen können oder nicht, beeinflusst überdies das Ausmaß politischer Teilhabe, zivilgesellschaftlicher Verantwortung für das Quartier und damit die soziale Kohäsion im Quartier und darüber hinaus.

Quartiere sind für die soziale Integration oder Ausgrenzung ihrer armen Bewohner aber nicht nur wegen der Ressourcen, die sie bereitstellen oder vorenthalten, von Bedeutung, sondern auch wegen der Zuschreibungen, die sich in der Außenwahrnehmung mit ihnen verbindet. Etikettierungen wie »Armutsghetto« heften sich an die Bewohner, verstärken deren soziale Isolation und beeinträchtigen ihre Möglichkeiten weiter. Außen- und Binnensicht stimmen in vielen Fällen nicht überein. Sofern allerdings die Außenstigmatisierung in der Binnenwahrnehmung übernommen wird, verstärkt dies interne Ab- und Ausgrenzungen im Viertel.

Im Folgenden sollen anhand empirischer Befunde verschiedene Konstellationen vorgestellt und diskutiert werden, unter denen Quartiere unterstützend, integrierend oder aber ausgrenzend wirken.

4.6.2 Konzentrationseffekte

In amerikanischen Untersuchungen aus den 1980er und 1990er Jahren wurde nachgewiesen, dass mit zunehmender Armutsdichte die Benachteiligung der Bewohner von Armutsquartieren steigt. Dies gilt insbesondere für ihre Möglichkeiten am Arbeitsmarkt. Als Erklärung wird eine Verschränkung und wechselseitige Verstärkung der Umstrukturierung städtischer Arbeitsmärkte zu Lasten gering qualifizierter Personen einerseits und der selektiven Abwanderung aus den ehemaligen »lower class« Vierteln der Innenstädte mit hohen Anteilen von schwarzen Amerikanern und »ethnic minorities« andererseits angeführt. Wer es sich leisten kann, verlässt diese Viertel. Die Armen bleiben zunehmend unter sich, damit schwinden Arbeitsmöglichkeiten im Quartier und der Zugang zu Kontaktpersonen, die als Brücken in formelle Erwerbsarbeit dienen können (Jargowsky 2004).

Die Übertragbarkeit dieser Befunde zur Entstehung einer neuen städtischen »Unterklasse« auf europäische Verhältnisse ist strittig. Dagegen sprechen der höhere Grad der »rassischen« Segregation in den USA, aber auch die weit geringere sozialstaatliche Intervention in den Wohnungsmarkt und die niedrigeren Unterstützungsleistungen im Fall von Arbeitslosigkeit und Armut (Häußermann, Kronauer, Siebel 2004). Gleichwohl haben auch Untersuchungen in Deutschland Konzentrationseffekte festgestellt. In einer Verlaufsanalyse von Sozialhilfebezug in Bremen und Bielefeld konnte Farwick zeigen, dass der Grad der Sozialhilfedichte in bestimmten Straßenzügen und Quartieren einen eigenständigen, verlängernden Einfluss auf die Bezugsdauer von Sozialhilfe ausübt (Farwick 2001). Friedrichs und Blasius kommen in einer in verschiedenen Kölner Quartieren mit überdurchschnittlicher Armut und Arbeitslosigkeit durchgeführten Studie zu dem Ergebnis, dass mit zunehmender Armutsdichte die Benachteiligung der Bewohner ebenfalls zu- und die Wohnzufriedenheit abnimmt (Friedrichs und Blasius 2000).

Farwick vermutet als Grund für den Konzentrationseffekt die Stigmatisierung, die bestimmten Wohngebieten anhaftet und die Arbeitsmarktchancen für die Bewohner reduziert. Friedrichs und Blasius weisen auf das Schrumpfen der sozialen Netzwerke mit zunehmender Armutsdichte hin, glauben aber auch, einen Sozialisationseffekt feststellen zu können. Allerdings gingen sie in ihrer Befragung weit mehr Einstellungen gegenüber verschiedenen Arten devianten Verhaltens nach als dass sie arbeitsmarktrelevante Verhaltensweisen und Orientierungen (im Sinne einer »Kultur der Armut«) untersuchten. Die Umfrage erbrachte das Ergebnis, dass die türkischen Bewohner der Viertel deutlich stärker zu konformistischen (in manchen Befragungsdimensionen aber auch intoleranteren) Haltungen neigten als

die deutschen. Die Autoren legen den Schluss nahe, dass die türkischen Migranten damit möglicherweise auch stärker zur Stabilisierung der Quartiere beitragen als die deutschen Bewohner.

4.6.3 Quartierstypeneffekte

Neben und unabhängig von den Auswirkungen von Armutsdichten befasst sich die Forschung mit den Auswirkungen unterschiedlicher Quartierskonstellationen auf Armut und Ausgrenzung. Dabei werden insbesondere zwei typische Muster unterschieden und verglichen: innerstädtische, historisch gewachsene und funktional gemischte Quartiere auf der einen Seite, in der Nachkriegszeit nach Plan erbaute, auf das Wohnen in räumlicher Trennung von den Arbeitsstätten ausgerichtete Großsiedlungen in quasi-suburbaner Randlage auf der anderen. Im historischen Rückblick galten viele Innenstadtbezirke in den 1960er Jahren als heruntergekommene Sanierungsfälle, die Großsiedlungen als Reformprojekte, die komfortables Wohnen zu erschwinglichen Preisen ermöglichten. Mittlerweile hat sich die Perspektive gewandelt. Vor allem die Großsiedlungen gelten als problematisch, die Innenstadtgebiete gewinnen an Attraktivität für junge, einkommensstärkere Stadtbewohner.

Funktional gemischte, innerstädtische Quartiere sind in der Außenwahrnehmung häufig weniger stigmatisiert als Großsiedlungen, selbst wenn sie höhere Armenanteile in der Bevölkerung aufweisen. Sie gehören bereits aus Tradition eher zur städtischen »Folklore«, vor allem dann, wenn sie touristische Anziehungspunkte beherbergen und/oder »alternativen« Lebensweisen Raum geben. Großsiedlungen waren dagegen in ihrer baulichen und infrastrukturellen Anlage für die Mittelschichten, einschließlich der Facharbeiterschaft, konzipiert worden, insbesondere für Familien. Arbeitslosigkeit und Armut hat hier keine Tradition, lässt sich in der Außenwahrnehmung schon gar nicht romantisieren.

Wegen der unterschiedlichen Nutzungsformen eröffnen die Innenstadtquartiere mehr Möglichkeiten vor allem zu informeller Erwerbsarbeit als Großsiedlungen. Dies bestätigen vergleichende Untersuchungen immer wieder (Herlyn u.a. 1991; Dorsch u.a. 2001, S. 91; Kronauer 2005). Informelle Erwerbsarbeit verhilft zu wichtigen materiellen Ressourcen, trägt aber auch dazu bei, die Verbindung zum Arbeitsmarkt aufrecht zu erhalten. Es finden sich kaum Hinweise in den Studien, die belegen, dass informelle Erwerbsarbeit als Alternative zu formeller angesehen und genutzt wird. Sie dient mehr dem Zuverdienst und als Notbehelf und wird häufig in Strategien der Arbeitssuche am formellen Arbeitsmarkt eingebaut. Aller-

dings liegen keine Längsschnittuntersuchungen vor, die darüber Auskunft geben würden, ob arbeitslose Bewohner innerstädtischer Gebiete in Deutschland auch eine höhere Rückkehrwahrscheinlichkeit in den formellen Arbeitsmarkt haben als solche in Großsiedlungen.

Jüngere Studien relativieren die Entgegensetzung von funktional gemischten Innenstadtquartieren und monofunktionalen Großsiedlungen, was die Ressourcenfrage betrifft. Sie zeigen, dass unterschiedliche Quartierstypen auch unterschiedliche Armutspopulationen beherbergen und in gewissem Maße anziehen, somit auch unterschiedliche Erwartungen an das Wohnumfeld. Der Hamburger Befund, dass in innerstädtischen Gebieten weit überwiegend Alleinstehende leben, in Großsiedlungen dagegen stärker Familien vertreten sind, dürfte sich in anderen Städten in ähnlicher Weise wiederfinden. Großsiedlungen kommen, solange die Infrastruktur intakt ist und auch der Wohnraum Mindestanforderungen erfüllt, den Wohnbedürfnissen von Familien, selbst wenn sie arm sind, unter Umständen eher entgegen als verarmte Innenstadtgebiete. Das entspricht auch den unterschiedlichen Kriterien, nach denen die Bewohner ihre Viertel bewerten. Lage, Infrastruktur und Qualität der Wohnungen nehmen in der Bewertung der Großsiedlung ein zentrales Gewicht ein, soziale Merkmale (positive wie negative) dagegen im Innenstadtgebiet. Auch die sozialen Netze und somit die sozialen Ressourcen unterscheiden sich den Hamburger Ergebnissen zufolge. Im Innenstadtgebiet wird Rückhalt und Hilfe vor allem von Bekannten- und Freundeskreisen bezogen und erwartet, in der Siedlung spielen dagegen Verwandtschaftskreise in räumlicher Nähe eine sehr viel wichtigere Rolle. Die Kehrseite ist, dass arme Bevölkerungsgruppen, die keine Wahl haben und sich zum Leben in einem bestimmten Quartier gezwungen sehen, ohne dessen spezifische Ressourcen nutzen zu können oder zu wollen, zusätzlicher Ausgrenzungsbedrohung ausgesetzt sind. Das gilt etwa für Langzeitarbeitslose ohne Familienanschluss in Großsiedlungen, aber auch für sozial Abgestiegene, die von der Dichte der sozialen Milieus im innerstädtischen Quartier abgestoßen werden (Kronauer/Vogel 2004; Kronauer 2005).

Ein ähnliches Bild ergibt die Berliner Studie von Dorsch u.a. (2001; vgl. auch Kapphan 2002). Hier wurden Neukölln-Reuterplatz als innerstädtisches Gebiet und Marzahn-Nord als Großsiedlung verglichen. Die Quartierstypeneffekte werden dabei allerdings von den für Berlin charakteristischen West-Ost Unterschieden noch überlagert. Wieder zeigt sich die unterschiedliche Zusammensetzung der Armutspopulationen. In Neukölln sind Alleinstehende und kleine Haushalte insgesamt stärker vertreten und deshalb auch in der Armutbevölkerung, in Mar-

zahn größere Haushalte. Das erklärt auch, warum dort trotz hoher Arbeitslosigkeit die Sozialhilfeanteile niedriger sind. In der Tradition hoher Erwerbsquoten zu DDR-Zeiten ist häufig eine weitere Person im Haushalt erwerbstätig. Gelegenheiten zu informeller Erwerbsarbeit finden sich in Neukölln-Reuterplatz eher als in Marzahn-Nord. Von der lokalen Identifikation seiner armen und arbeitslosen Bewohner und ihrer Wahrnehmung der ihnen vor Ort zugänglichen Ressourcen her gesehen scheint Marzahn-Nord aber (noch) das insgesamt stabilere Quartier zu sein (Kapphan 2002, S. 178).

Ob das so bleiben wird, ist allerdings fraglich. Eine Studie über Plattenbausiedlungen in zwei Mittelstädten der neuen Bundesländer (Wolfen und Eisenach) zeichnet eine überaus kritische Entwicklung nach (Keller 2005). Die Abwanderung von qualifizierteren und einkommensstärkeren Bewohnern sowie der soziale Abstieg infolge von Arbeitslosigkeit bei vielen Zurückbleibenden haben zu internen, konfliktreichen Abgrenzungen und tiefen sozialen Spaltungen geführt. Sie schlagen sich in der Verteilung und Qualität der Wohnungen im Quartier sichtbar nieder. Die »etablierten« Bewohner, in der Regel Ältere, die durch eine lange Erwerbsbiographie und die Übergangsregelungen nach der Wende sozial abgesichert sind, bewohnen die besseren Bestände. Von ihnen heben sich die ihrer Erwerbs- und sozialen Position nach »Prekären«, insbesondere aber die armen Bewohnergruppen ab, die in den nur oberflächlich oder gar nicht sanierten Häuserblocks leben. Ähnlich wie es in französischen Untersuchungen über die »Banlieues«, die Vororte der großen Städte geschildert wird, nehmen die Jugendlichen eine Sonderstellung ein und gelten als potenzielle Unruhestifter. Unter solchen Umständen ist soziale Kohäsion im Quartier stark bedroht, wenn nicht gar bereits verloren gegangen.

Ob Quartiere mit hohen Anteilen von Armen und Arbeitslosen in ihrer Bevölkerung zusätzlich ausgrenzend wirken oder aber Ressourcen bereitstellen, um die kritische Lage besser zu bewältigen, vielleicht sogar zu überwinden, hängt von einer Reihe von Faktoren ab. Zunächst ist davon auszugehen, dass Armutspopulationen in sich heterogen sind, sich somit auch in ihren auf das Quartier bezogenen Bedürfnissen unterscheiden. Andererseits haben Quartiere ihre eigene physisch-soziale Geschichte und lassen sich nicht einfach administrativ umformen. Vier Voraussetzungen scheinen aber in jedem Fall wichtig zu sein, um die Integrationskapazität von Quartieren zu stärken:

- Die Versorgung mit Infrastruktur, sozialen Dienstleistungen und Wohnraum, die den in dieser Gesellschaft erreichten kulturellen Standards entsprechen.

Wie das amerikanische Beispiel von Armutsquartieren, die von der Mehrheitsgesellschaft aufgegeben, von der Versorgung mit öffentlichen Leistungen und von privaten Investitionen abgeschnitten wurden, zeigt, hat dies sowohl die Ausgrenzung der Bewohner massiv verstärkt als auch, durch die Produktion von »no-go areas«, die Lebensqualität in den Städten insgesamt heruntergeschraubt.

- Die Erweiterung von Wahlmöglichkeiten auch armer Bewohnergruppen hinsichtlich ihrer Wohnungen und Wohnquartiere. Gerade weil die Bedürfnisse heterogen und die Quartiere uneinheitlich sind, ist dies geboten, insbesondere im Hinblick auf Möglichkeiten, sich in unterstützende soziale Netze einzubinden.
- Wo und wann immer möglich die Einbeziehung auch armer Bewohnergruppen in politische und administrative Entscheidungen, die das Quartier betreffen. Zivilgesellschaftliche Verantwortung für das Leben im Viertel und soziale Kohäsion würden dadurch gestärkt. Quartiersmanagement und das Programm »soziale Stadt« bieten hierfür mögliche Handlungsräume.
- Am wichtigsten aber ist es, Aufstiegsmobilität innerhalb der Quartiere, damit aber auch ihre soziale Durchlässigkeit zu fördern. Wie die vergleichende Hamburger Quartiersstudie gezeigt hat, kann selbst ein überwiegend positiv wahrgenommenes Wohnumfeld die Erfahrung und Selbstbeschreibung von anhaltend Armen und Arbeitslosen, »außen vor« zu sein, »nicht mithalten« zu können, »nutzlos« zu sein, kurz: von Ausgrenzung bedroht oder betroffen zu sein, nicht außer Kraft setzen (Kronauer/Vogel 2004; Kronauer 2005). Wenngleich eine quartiersbezogene Politik damit leicht an ihre Grenzen stößt, da Arbeitsmarktentwicklungen weitgehend außerhalb dieser Grenzen initiiert werden, gibt es doch auch wichtige, weichenstellende Institutionen innerhalb der Quartiere. Zu diesen gehören insbesondere die Schulen. An der Qualität der Schulen entscheidet sich in hohem Maße die Zukunft für Kinder und Jugendliche, insbesondere derer mit Migrationshintergrund, aber auch, wieviel soziale Mischung in einem Viertel erhalten bleibt. Denn mehr denn je stehen Schulfragen im Mittelpunkt von Überlegungen einkommensstärkerer Eltern, ob sie ein Viertel verlassen sollen oder nicht. Individuelle Aufstiegsmobilität kann zur sozialen »Entmischung« eines Quartiers beitragen, auf eine breitere Basis gestellt aber auch die Attraktivität des Quartiers insgesamt stärken.

4.7 Segregation in Berlin

Zu den sozialräumlichen Strukturen in Berlin fügen wir hier nur wenige Karten ein, die einen Eindruck von den Verteilungen der Haushaltseinkommen, der Sozialhilfeempfänger, und der Arbeitslosen geben (vgl. dazu auch die Karten in Abschnitt 3.4).

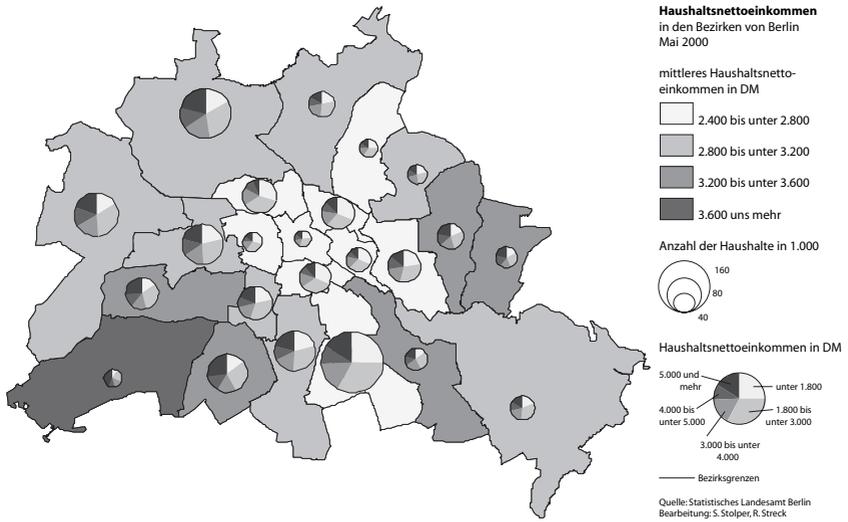
Die größte Dichte von sozialen Problemen – das wurde bereits bei der Betrachtung der Armut deutlich – finden wir in den letzten Jahren in den innerstädtischen Wohngebieten der Bezirke Wedding, Neukölln, Kreuzberg und Schöneberg, teilweise auch Tiergarten und Charlottenburg. Hier leben auch die meisten Migranten. Die Großsiedlungen an der Peripherie des östlichen Stadtteils zeigen Entwicklungstendenzen, die sie schon bald zu einem zweiten Problemkomplex werden lassen dürften.

Alle diese Entwicklungen sind im Detail analysiert und dokumentiert im Monitoring zur Stadtentwicklung, das die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung seit 1998 zweijährlich aktualisieren lässt.

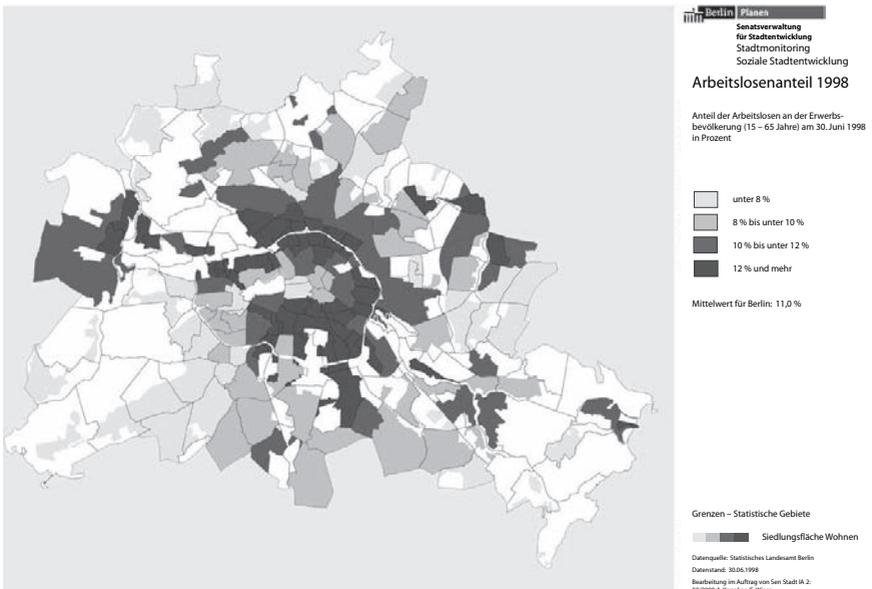
Für Berlin lässt sich ein Bild zeichnen, nachdem sich die sozialen Probleme in bestimmten Stadtteilen immer stärker konzentrieren, während die Segregation der Migranten und der »integrierten« Bevölkerung insgesamt nicht zunimmt. Dieser Befund ist auf den Rückzug der Mittelschichten aus den Quartieren zurückzuführen, in denen die Problemkonzentration hoch ist – stark beeinflusst auch davon, wie sich die Situation in den Schulen darstellt.

Karte 4.1 gibt einen groben Überblick über die Verteilung der Haushalte nach dem Einkommen.

Karte 4.1: Haushaltsnettoeinkommen in Berlin (Mai 2000)

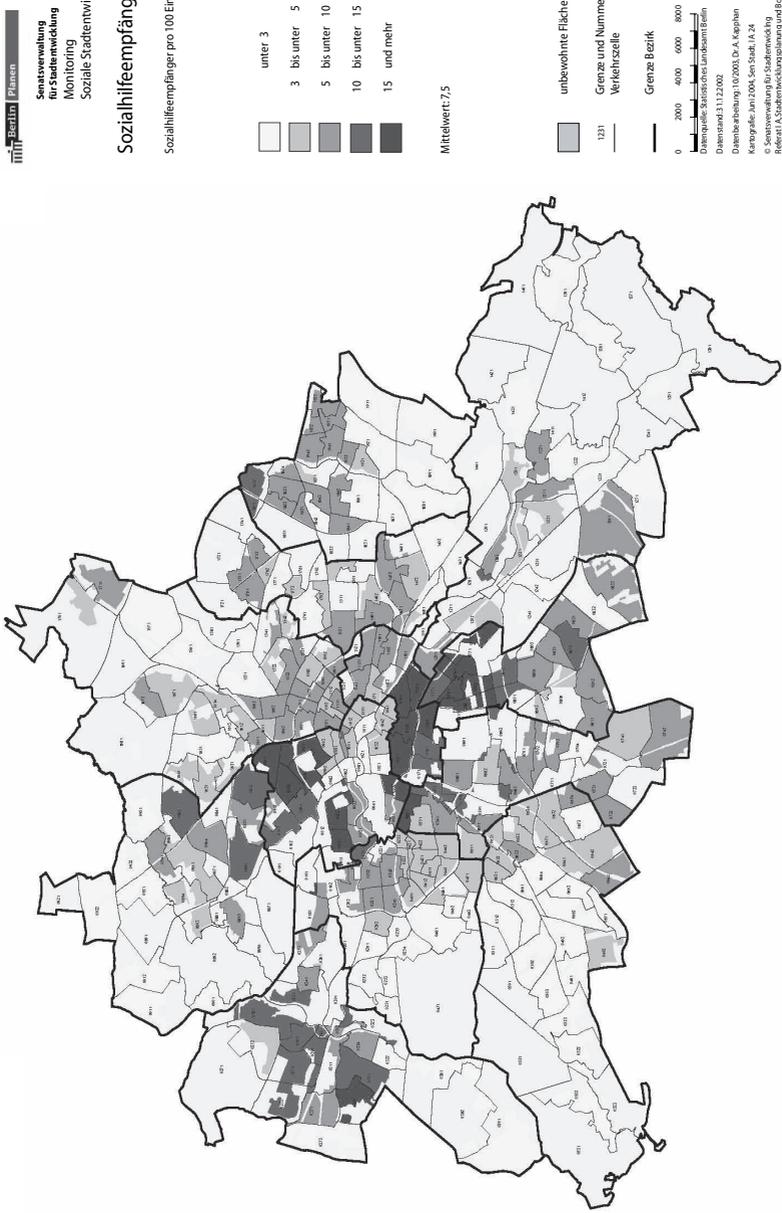


Karte 4.2: Arbeitslosenanteil in Berlin (1998)



Sozialhilfempfänger 2002

Sozialhilfempfänger pro 100 Einwohner



4.8 Segregation im internationalen Vergleich

Direkte quantitative Vergleiche zwischen Städten hinsichtlich ihres Segregationsniveaus sind nicht möglich, weil die Gebietseinheiten, für die statistische Daten zur Verfügung stehen, in den einzelnen Städten nicht gleich zugeschnitten sind. Die Segregationsmuster der einzelnen Städte ergeben sich

- aus der historischen Entwicklung der Städte,
- aus der Sozialstruktur,
- aus dem Wohnungsangebot: Verfügbarkeit von Wohnungen, Segmentierung des Wohnungsmarktes, Art der Bebauung,
- aus der Eigentümerstruktur (wie groß ist der Anteil von privaten und kommunalen Unternehmen am Wohnungsbestand, wie hoch ist der Eigentümeranteil?),
- aus den Bestimmungen zum Mieterschutz,
- aus den sozialpolitischen Instrumenten zur Verhinderung von Obdachlosigkeit.

Tendenzen der Segregation lassen sich gleichwohl benennen. Dabei ist in internationaler Perspektive zunächst auf die Unterschiede zwischen den USA und Europa hinzuweisen, dann auf die Unterschiede zwischen europäischen Städten. Vor diesem Hintergrund kann die Situation von Berlin vergleichend eingeschätzt werden.

Schreckbilder der Segregation stammen entweder aus den USA oder aus Großstädten der Dritten Welt. Dort sind die Einkommensunterschiede größer als in europäischen Ländern, und die Wohnungsversorgung ist weit weniger staatlich reguliert. Ein nennenswerten Bestand an Wohnungen in öffentlichem Eigentum oder an Sozialwohnungen gibt es dort nicht. »Schwarzen-Ghettos« gibt es in Europa aus verschiedenen Gründen nicht: keine Zuwanderergruppe hat hier eine vergleichbare Geschichte der Unterdrückung, Isolierung und sozialen Desintegration erlebt. Keine rassistisch diskriminierte Minderheitengruppe ist in einer europäischen Stadt so groß wie die schwarze Bevölkerung in einigen Städten der USA. Die Segregation der schwarzen Bevölkerung in den USA ist auch ungleich höher als die anderer ethnischer Minderheiten. Vergleiche zu britischen Städten zeigen, dass die Segregation von Farbigen in den europäischen Städten geringer ist als in den USA.

Erklärende Faktoren neben dem Rassismus, der für die historisch lange und anhaltende Diskriminierung verantwortlich ist, sind die sozialstaatlichen Siche-

runssysteme, die in den europäischen Wohlfahrtsstaaten auch noch den extrem armen Haushalten in der Regel eine menschenwürdige Behausung sichern. Hinzu kommt, dass die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften und das Instrument des Sozialen Wohnungsbaus für die unteren Einkommenschichten die Wohnungsverorgung bis zu einem gewissen Grad von der Situation auf dem Arbeitsmarkt entkoppelt haben. Anders als noch im 19. Jahrhundert setzt sich also das Erwerbseinkommen nicht direkt in die Qualität der Wohnungsverorgung um.

Allerdings kann der Bestand an Sozialwohnungen zu sehr unterschiedlichen Segregationsmustern etwa der Zuwanderer führen: in der Stadt Rotterdam, wo die gesamte Innenstadt im Zweiten Weltkrieg durch Bomben zerstört wurde, sind mehr als die Hälfte der Mietwohnungen Sozialwohnungen – und dort konzentrieren sich die Zuwanderer daher auch in innerstädtischen Bereichen; in Amsterdam dagegen, wo der Anteil der Sozialwohnungen an den Mietwohnungen ähnlich hoch ist, wurde die Innenstadt denkmalgerecht saniert und ist bevorzugter Wohnort von Mittelschichten. Die Zuwanderer wohnen daher weniger segregiert und eher am Rande der Stadt (Musterd u.a. 1998).

In *Brüssel* gibt es eine hohe Konzentration von ethnischen Minderheiten in den innerstädtischen Altbauquartieren, die nur wenig modernisiert sind und daher schlecht ausgestatteten, billigen Wohnraum bieten, den die einheimische Bevölkerung meidet.

Für west- und mitteleuropäische Großstädte liegen Untersuchungen vor, die zeigen, dass die Diagnose einer allgemeinen sozialräumlichen Polarisierung (Abnahme von Mittelschichten, gleichzeitige Zunahme von Unter- und Oberschichten), wie sie im Anschluss an die Global-City-These für die USA vertreten wird, nicht zutrifft (Preteceille 2004, Hamnett 2003). Die Indikatoren für Segregation nehmen im Allgemeinen sogar ab, aber die Konzentration von besonders benachteiligten bzw. diskriminierten Gruppen nimmt gleichzeitig zu. Das Muster kann man so beschreiben: keine Polarisierung, aber zunehmende Entmischung in bereits stark segregierten Quartieren; zur Kennzeichnung eignet sich der Begriff der »Residualisierung«. Diese Diagnose gilt auch für Berlin. Sie ist in den Berichten zum Monitoring der Stadtentwicklung belegt.

Kennzeichnend für die soziale Entwicklung in *Paris* und *London* ist ein beständiges Wachstum der professionellen Erwerbstätigen, das heißt solcher Bewohnerschichten, die über eine qualifizierte berufliche bzw. akademische Bildung verfügen und in den expandierenden Dienstleistungsberufen tätig sind. Sie prägen zunehmend die Nachfrage auf den Wohnungsmärkten dieser Städte. Der Anteil

von Unqualifizierten nimmt entsprechend ab und diese werden in wenigen Quartieren konzentriert. Ob man dies als Polarisierung oder als zunehmende Ausgrenzung bezeichnen möchte, ist vielleicht nur eine sprachliche Frage. Tatsache ist auch, dass sich die Segregationsmuster nur langsam verändern, das heißt dass die historische soziale Prägung eines Stadtviertels lange anhält, weil das Image bzw. das Sozialprestige, das sich mit einem Quartier verbindet, über lange Zeiträume stabil bleibt.

In *Kopenhagen* hat sich die Einkommensverteilung aus Erwerbstätigkeit und die Verteilung der Haushaltseinkommen in den letzten zwei Jahrzehnten nur wenig verändert – dennoch ist auch dort der Prozess der Residualisierung zu beobachten (Andersen 2004). Er wird auf den Auszug von Mittelschichten aus den sozial gemischten Mietwohnungsquartieren in Eigentumswohnungen in sozial homogener zusammengesetzten Nachbarschaften zurückgeführt – ein Prozess, der z.B. in *Amsterdam* eine geringere Rolle spielt, weil die Mietpreise in den Sozialwohnungen der Innenstadt so günstig sind, dass die Haushalte sie auch bei steigenden Einkommen nicht aufgeben wollen. Verknappung des preiswerten Wohnraumangebots für die Bedürftigen sowie ein illegaler Untervermietungs- markt sind die Folge.

Segregation in Zürich ist nach zwei Dimensionen strukturiert: sozio-ökonomisch und sozio-kulturell (Koll-Schretzenmayr u.a. 2005). Die ethnische Segregation wird durch die sozio-ökonomische erklärt, Diskriminierung und Community-Building spielen nach Ansicht der Autoren keine Rolle. Wo der Sozialstatus niedrig ist, dort ist der Ausländeranteil höher. Soziokulturell ist ein Gradient der Individualisierung von innen nach außen zu erkennen. In der aufgewerteten Innenstadt ist die Abwanderung von Familien besonders groß.

Es zeigen sich verschiedene Muster der Segregation, je nach Art: sozio-ökonomisch ist die Stadt sektoral geteilt, sozio-kulturell dagegen konzentrisch strukturiert. Zwischen 1990 und 2000 hat sich dieses Muster konsolidiert und verfestigt. »Markant« ist die sozioökonomische Aufwertung der Kernstadt – einige Quartiere haben sich deutlich nach oben »zu Wohngebieten einer urbanen Mittelschicht« entwickelt (Heye/Leuthold 2004, S. 71). Die A-Stadt, d.h. die Stadt der Armen, Arbeitslosen, Ausländer und Auszubildenden, hat sich in die Stadtrandquartiere und in die Gemeinden der inneren Agglomerationsgürtel verlagert – insgesamt also eine soziale Aufwertung der Innenstadt.

Das Problem der Segregation stellt sich vorwiegend für die Bewohner, die zunehmend in sozial unterprivilegierten Milieus zusammen gedrängt werden. Dort

entstehen jene Abwärtsspiralen und Benachteiligungen durch den Wohnort, die als Ausgrenzung bezeichnet werden müssen.

5 Politisches Vertrauen

Die Qualität der Demokratie ist nicht nur von formalen Institutionen (Parlamentarismus, Parteiensystem, unabhängige Justiz, freie Presse), sondern auch von den Überzeugungen, Erwartungen und Orientierungen der Bürger abhängig. In der Politikwissenschaft wird dies als »politische Kultur« bezeichnet, die für einen ganzen Staat oder auch für einzelne Regionen oder Städte beschrieben werden kann. Im Folgenden geben wir einige Hinweise auf die politische Kultur in Berlin, die sich bei einer (telefonischen) Befragung von Bürgern zweier Stadtteile ergeben haben – und die im Vergleich zu anderen Städten besondere Brisanz gewinnen.

Die politische Kultur in einem Land oder einer Stadt ist interessant im Hinblick auf das Funktionieren und die Stabilität der politischen Ordnung, denn sie gibt Auskunft über die Beziehungen zwischen Regierenden und Regierten, die auf der einen Seite von Zufriedenheit und Vertrauen geprägt sein können, auf der anderen Seite aber auch durch Frustration und Misstrauen. Die angeblich wachsende »Politikverdrossenheit« in Deutschland wäre eine Schwächung der Demokratie, weil sich darin abnehmendes Vertrauen in die gewählten politischen Institutionen zeigt (Almond/Verba 1989).

Wir gehen auf diesen Gegenstand in der vorliegenden Kurzstudie deshalb ein, weil einige Ergebnisse aus einer Untersuchung zur politischen Repräsentation von Stadtteilen, die soeben abgeschlossen wurde, auf eine besondere Situation von Berlin im Vergleich zu anderen Städten verweist – und weil sich bei der Frage nach den Potenzialen einer umverteilenden Stadtpolitik doch erstaunliche Ergebnisse zeigen, die den geläufigen Behauptungen widersprechen. Für eine Stadtpolitik in Berlin, die aus der gegenwärtigen Agonie und sozialen Perspektivlosigkeit herausfinden will, sind diese Ergebnisse unseres Erachtens von besonderer Bedeutung, und sie liefern Anhaltspunkte für eine vertiefende Erweiterung solcher Befragungen.

5.1 Politisches Institutionenvertrauen

Im Anschluss an Almond und Verba entwickelte David Easton das Konzept der »Unterstützung«, nach dem politische Autoritäten für ihre Leistungen Unterstützung erhalten – oder eben Entzug von Unterstützung, wenn sie nicht die erwar-

teten Leistungen bringen. Von dieser spezifischen ist eine diffuse Unterstützung zu unterscheiden, die eine Art langfristigen Kredit für das demokratische System und seine Institutionen darstellt, und zwar jenseits aktueller Ereignisse (Easton 1965, S. 273).

Angesichts sinkender Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen stellt sich die Frage, inwiefern die politischen Institutionen und das kommunalpolitische System insgesamt überhaupt noch im Bewusstsein und in den Einstellungen der Stadtbewohner verankert sind.

Im Rahmen des an der Humboldt Universität Berlin durchgeführten Projektes »Politische Integration und Repräsentation in der fragmentierten Stadt«¹ wurde in einer Befragung der Bewohner von acht Stadtteilen in vier deutschen Großstädten die Frage nach der »Zufriedenheit mit ...« gestellt, die einen Indikator für diffuses politisches Vertrauen darstellt. In diesen vier Städten wurde jeweils ein stark privilegiertes Quartier und eines mit hoher Dichte von sozialen Problemen ausgewählt (marginalisiert), um die subjektiven Überzeugungen und politisch relevanten Orientierungen von Bewohnern der konträren Pole der sozialräumlichen Differenzierung einander gegenüberstellen zu können.

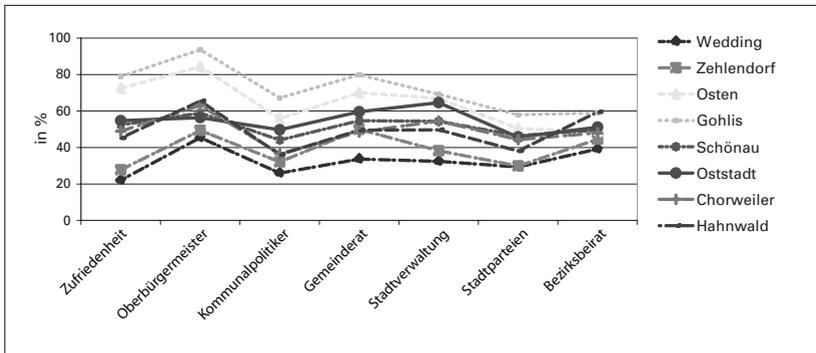
Die untersuchten Städte und Stadtteile sind:

Stadt	Privilegiertes Quartier	Marginalisiertes Quartier
Köln	Hahnwald/Marienburg	Chorweiler
Mannheim	Oststadt	Schönau
Leipzig	Gohlis-Süd	Ost
Berlin	Zehlendorf	Wedding

Mit den beiden ersten Grafiken werden die Verteilungen der Antworten zu »politischem Vertrauen« zwischen den Stadtteilen und den Städten dargestellt.

1 Kathrin-Luise Läger und Jens Wurtzbacher haben als wissenschaftliche Mitarbeiter die Auswertungen vorgenommen und bei der Interpretation mitgewirkt sowie die Grafiken erstellt.

Grafik 5.1: Politisches Institutionenvertrauen der Stadtbewohner nach Stadtteilen



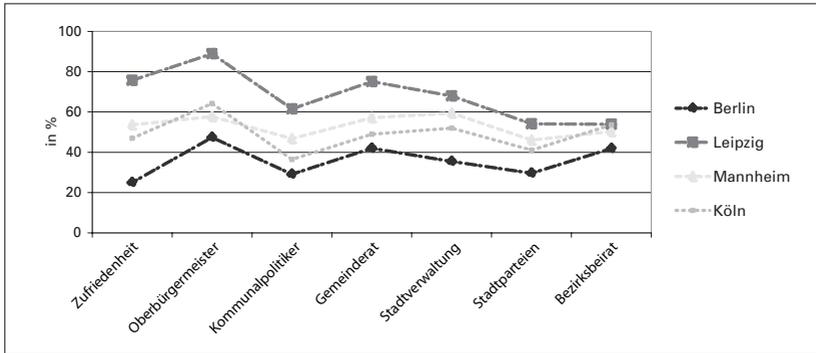
Quelle: Projekt »Politische Integration und Repräsentation in der fragmentierten Stadt«, Telefonbefragung 2004, Humboldt Universität Berlin

Wie man in Grafik 5.1 sieht, ist zwischen privilegierten und marginalisierten Gebieten kein deutlicher Unterschied dabei festzustellen, welches Vertrauen die jeweiligen Bewohner in die kommunalpolitischen Institutionen setzen. Zwar bringen die Bewohner der privilegierten Stadtviertel den kommunalpolitischen Institutionen ein höheres Vertrauen entgegen, aber nur mit einem zu vernachlässigendem Unterschied. Nicht die sozioökonomische Situation der Bewohner scheint die ausschlaggebende Größe für das politische Vertrauen zu sein, sondern die spezifische Situation in der lokalen Politik einer Stadt, wie die großen Unterschiede zwischen den vier Städten nahe legen (siehe Grafik 5.2). In Berlin sind lediglich 25 % der befragten Bürger mit der kommunalen Politik »zufrieden«, in Leipzig dagegen 75,7 %.

Das politische Vertrauen ist im Allgemeinen höher, je stärker die soziale Position einer Person ist. Je älter die Personen und je höher die Schulabschlüsse der Bewohner sind, desto mehr Vertrauen setzen sie in die Kommunalpolitik. Selbständige scheinen grundsätzlich misstrauischer zu sein.

Generell zeigen die Bewohner der marginalisierten Gebiete niedrigeres Vertrauen, aber noch auffallender ist der Unterschied zwischen den Städten. Die Bewohner von Köln und Mannheim bringen der Kommunalpolitik ein geringeres Vertrauen als die Bewohner Leipzigs entgegen, aber bei den Bewohnern Berlins schlägt das geringe Vertrauen in Misstrauen gegenüber der Kommunalpolitik um.

Grafik 5.2: Politisches Institutionsvertrauen der Stadtbewohner nach Städten



Quelle: Projekt »Politische Integration und Repräsentation in der fragmentierten Stadt«, Telefonbefragung 2004, Humboldt Universität Berlin

Die Grafiken 5.1 und 5.2 zeigen, dass es deutlich unterscheidbare lokale politische Stimmungen gibt, denn anders lassen sich die enormen Unterschiede zwischen den Städten nicht erklären. Ob die Bewohner einer Stadt ein generelles bzw. diffuses Vertrauen gegenüber der Kommunalpolitik aufbringen, hängt stark davon ab, wie aktuelle kommunalpolitische Ereignisse interpretiert und verarbeitet werden. Bei Berlin und Köln müssen die politischen Skandale der letzten Jahre als Erklärung für die sehr negative Stimmungslage in Betracht gezogen werden, wobei das Verschwinden der »Haupttäter« von der politischen Bühne offenbar nicht dazu beigetragen hat, das Vertrauen wieder zu heben. Die Beantwortung der Frage, ob sich hinter dem Einfluss der Städte eine dauerhafte lokale politische Kultur verbirgt, oder ob es sich um eine Reaktion auf aktuelle kommunalpolitische Situationen handelt, wäre nur im Rahmen einer Längsschnittuntersuchung möglich.

5.2 Responsivitätswahrnehmung und Einschätzung der politischen Repräsentation

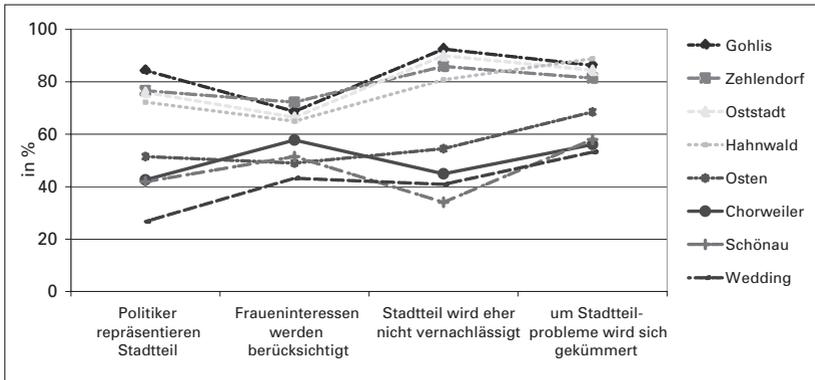
Das Wechselverhältnis zwischen den Repräsentanten und den Repräsentierten in der Stadtpolitik wird in der Politikwissenschaft mit dem Konzept der *Responsivität*, in der politischen Kulturforschung mit dem der »politischen Wirksamkeit« (*»Political Efficacy«*) thematisiert (Vetter 2002). Mit Wirksamkeit ist das Gefühl bzw. die Einschätzung der Bewohner gemeint, dass ihr politisches Handeln tatsächlich einen Einfluß auf die politischen Entscheidungen hat. Man muss unterscheiden zwischen *»Internal«* und *»External Efficacy«*. Die interne Efficacy bezieht sich auf die wahrgenommene eigene Fähigkeit, politischen Einfluss ausüben zu können, sie wird auch als wahrgenommene »politische Kompetenz« bezeichnet. *»External Efficacy«* dagegen steht für den wahrgenommenen Grad an Responsivität von Seiten des politischen Systems (Vetter 2002).

Fragt man die Bewohner, ob sie die Interessen ihres Stadtteils ausreichend berücksichtigt sehen², dann zeigen sich sehr unterschiedliche Ergebnisse. Hinsichtlich der politischen Kompetenz (*»Internal Efficacy«*) sind kaum Unterschiede zwischen den privilegierten und den marginalisierten Quartieren und zwischen den Städten erkennbar. Die wahrgenommene Fähigkeit, Prozesse der Kommunalpolitik beeinflussen zu können, fällt erstaunlich hoch aus. Sie liegt insgesamt bei 80,4 %, in den privilegierten Quartieren bei 82,6 % und in den marginalisierten Quartieren bei 78,2 %. Dieses Ergebnis ist ein deutlicher Hinweis auf die Bürger-nähe lokaler Politik, wie sie von den Bewohnern wahrgenommen wird. Im Gegensatz zu Landes- und Bundespolitik gibt es eben doch geringere Partizipations-schwellen, und die Tradition der Bürgerinitiativen in den großen Städten dürfte dabei ebenfalls eine Rolle spielen. Den Kommunen wird in der Demokratietheorie nach der »partizipatorischen Revolution« der 1970er Jahre eine exponierte Rolle als Ort von Bürgerinitiativen, städtischem Protest und neuen sozialen Bewegungen zugesprochen (Roth 1998).

- 2 »Wenn Sie nun an Wedding/ usw. im Allgemeinen denken, würden Sie sagen, dass folgende Aussagen voll zutreffen, eher zutreffen, eher nicht zutreffen oder gar nicht zutreffen? Die Interessen von Wedding/ usw... werden ausreichend durch Kommunalpolitiker und durch den Stadt-/ Gemeinderat/ das Abgeordnetenhaus vertreten«; 2. »Die Interessen der Frauen werden im Stadtteil ausreichend berücksichtigt«; 3. »Wedding/ usw... wird im Vergleich zu anderen Stadtteilen von der Stadtverwaltung eher vernachlässigt«; 4. »Um die wichtigsten Probleme des Stadtteils kümmert sich niemand.«

In der Responsivitätswahrnehmung bzw. der Einschätzung der politischen Repräsentation zeigen sich zwischen den Bewohnern privilegierter und marginalisierter Quartiere deutliche Unterschiede.

Grafik 5.3: Die Variablen der politischen Repräsentation nach Stadtteilen



Quelle: Projekt »Politische Integration und Repräsentation in der fragmentierten Stadt«, Telefonbefragung 2004, Humboldt Universität Berlin

Die Werte differieren zwischen 16,5 und 43,7 Prozentpunkten. Die Kluft zwischen den Stadtteilen wird in Grafik 5.3 deutlich. Auffällig ist aber, dass auch in den marginalisierten Gebieten noch über die Hälfte der Befragten der Meinung ist, dass man sich um die wichtigsten Probleme des Stadtteils kümmere. Allerdings werde von den gewählten Politikern nicht genügend getan, um die Interessen des Stadtteils zu vertreten. Die Beurteilung der Responsivität der vier marginalisierten Quartiere liegt auf deutlich niedrigerem Niveau als die der privilegierten.

Generell fühlen sich die Bewohner der benachteiligten Quartiere weniger repräsentiert als die Bewohner privilegierter Quartiere, aber in Berlin sieht es auch in diesem Fall anders aus als in anderen Städten: Die Berliner Befragten sehen ihren Stadtteil sehr viel weniger repräsentiert als z.B. die Bewohner Leipzigs.

Ähnlich wie bei den Ergebnissen zum politischen Vertrauen sehen ältere Personen und Bewohner mit höherer Schulbildung (Abitur) die Repräsentation des Quartiers optimistischer. Man kann davon ausgehen, dass mit einem höheren Schulabschluss auch die Kenntnis der politischen Prozeduren und deren Reichweite zunehmen. Damit steigt auch die Gewissheit, dass man, falls nötig, durchaus entsprechenden Einfluss ausüben und politische Mechanismen für sich nutzen könnte.

Die Einbindung in Netzwerke spielt eine bedeutsame Rolle. Bewohner mit hohem sozialem Vertrauen zu Quartiersbewohnern und einer Mitgliedschaft in der Kirche sehen ihr Quartier eher repräsentiert als Bewohner mit niedrigem sozialem Vertrauen und Nichtmitglieder. Dies verweist auf eine in der kommunalen Politik häufig vernachlässigte Tatsache: Wie stark und wie verlässlich Bewohner eines Quartiers in lokale soziale Beziehungen oder lokal orientierte Institutionen (wie z.B. Vereine) eingebunden sind, ist entscheidend für ihr gesamtes Vertrauen in die Umwelt und damit eben auch in die Politik. Politische Initiativen, die diese Sehnsucht nach gemeinschaftlicher Verflechtung ignorieren, werden Mühe haben, das Vertrauen in ihre Politik zu stärken.

5.3 Solidaritätspotenzial

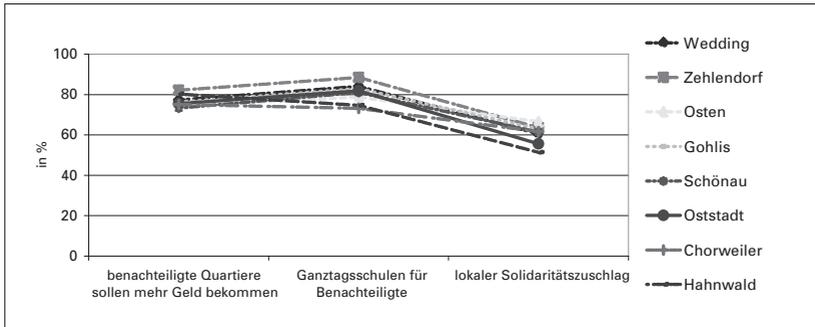
Angesichts der Hegemonie neoliberaler Ideologien in den Massenmedien und angesichts des Verschwindens alternativer Konzepte bzw. Utopien ebenso wie angesichts des von der Soziologie konstatierten »Wertewandels« wird vielfach die Ansicht vertreten, die Solidaritätspotenziale in der Bevölkerung seien geschwunden. Damit sei auch einer Politik des sozialen Ausgleichs bzw. der Umverteilung der Boden entzogen, denn eine solche Politik finde keine Wähler mehr.

Was für die modernen Gesellschaften im allgemeinen gilt, müsste noch mehr für die Stadtpolitik gelten, da sich in den Städten als Folge des ökonomischen Strukturwandels (Deindustrialisierung) eine starke politische Diversifizierung und Pluralisierung durchgesetzt hat. Stadtpolitik findet heute keine stabilen Mehrheiten mehr für große reformerische Projekte oder für innerstädtische Umverteilungsmaßnahmen – das ist die einhellige Überzeugung des kommunalpolitischen Führungspersonals.

Die Ergebnisse unserer Befragung zeigen ein anderes Bild. Es zeigt sich eine erstaunliche generell hohe Verbreitung solidarischer Einstellungen gegenüber einer integrativen Stadtpolitik. In allen vier Städten befürworteten 76,8 % der Befragten eine finanzielle Besserstellung der benachteiligten Viertel – selbst für einen stadtweiten Solidarzuschlag sprachen sich insgesamt 60,5 % aus. Es zeigt sich kein Anhaltspunkt für eine dramatische Kluft zwischen den Einstellungen der privilegierten und der marginalisierten Stadtbewohner (vgl. Grafik 5.4). Das Solidaritätspotenzial unter städtischen Bewohnern kann insgesamt durchaus als hoch

eingestuft werden, und zwar weitgehend unabhängig vom sozioökonomischen Status der Bewohner!

Grafik 5.4: Verteilung solidarischer Einstellungen nach Stadtteilen



Quelle: Projekt »Politische Integration und Repräsentation in der fragmentierten Stadt«, Telefonbefragung 2004, Humboldt Universität Berlin

Diejenigen, die einen höheren Schulabschluss erworben haben, zeigen erstaunlicherweise auch eine stärkere solidarische Grundhaltung. Für die Befürchtung, dass sich die ökonomisch Bessergestellten von solidarischen Einstellungsmustern verabschieden und die Verlierer des Modernisierungsprozesses sich selbst überlassen wollen, finden sich also kaum Anhaltspunkte. Personen, die politisch interessiert und Mitglied einer Gewerkschaft oder eines Sportvereins sind, zeigen sich – konsequenterweise – als eher solidarisch im Vergleich zu Apathischen und Unorganisierten.

5.4 Fazit

Das Vertrauen in die Politik ist insbesondere in Berlin, und dort insbesondere bei den Bewohnern der marginalisierten Quartiere extrem stark erschüttert. Dies kann bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit, bei einer Verfestigung von Armut und angesichts der Integrationsprobleme von Migranten zu Desintegrationsphänomenen führen, die sich dann auch in demokratie- und menschenfeindlichen Orientierungen manifestieren. Hier besteht u.E. erheblicher Handlungsbedarf, um die politische Kultur der Stadt nicht nachhaltig zu gefährden.

Insgesamt können wir zwar die These von Hengsbach, es lasse sich eine *zunehmende Entsolidarisierung* (1997; 220ff.) aufgrund zunehmender ökonomischer Polarisierung zwischen »Gewinnern« und »Verlierern« beobachten, nicht entkräften, weil wir keine Verlaufsdaten haben, aber die Querschnittsdaten deuten doch auf ein erheblich höheres Solidaritätspotenzial hin als gemeinhin angenommen wird. Bei den Bewohnern der privilegierten Quartiere sprechen sich immerhin 58,5 % der Befragten für eine Solidaritätsabgabe aus, die ungefähr 1 % des Einkommens ausmachen würde!

6 Schlussfolgerungen

Desintegrations- und Kohäsionsprozesse werden durch eine Vielzahl von ökonomischen, sozialen und kulturellen Faktoren beeinflusst. Wachsende soziale Gegensätze haben dabei eine besondere Bedeutung, aber auch die dauerhafte Abkoppelung einer relevanten Bevölkerungsgruppe von den Ressourcen der Gesellschaft führt zu Desintegrationserscheinungen in politischen und sozialen Bereichen. Wir sind in dieser Studie den Anzeichen für wachsende Konflikte und zunehmende Ungleichheiten in Berlin nachgegangen und haben dazu verschiedene Erkenntnisse zusammengetragen, die allerdings keineswegs ein vollständiges oder hinreichendes Bild ergeben. Der Forschungs- und Informationsstand lässt dies momentan nicht zu.

Zu den Fragen, inwieweit sich die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Politikverdross, Vertrauensverlust und Abwendung vom demokratischen System äußert, konnten wir nur einige Anhaltspunkte zusammentragen. Überraschenderweise ergibt sich hier aber kein einheitliches Bild, sondern es zeigen sich auch Ansatzpunkt für eine solidarische Stadtpolitik.

Integrationsprozesse sind – insbesondere was die Migrantenbevölkerung und die sozial Marginalisierten angeht – zwar nicht in erster Linie, aber doch auch stark abhängig von sozialräumlichen Strukturen. Den Arbeitsmarkt und die Transfereinkommen kann die Stadtpolitik kaum beeinflussen, aber die sozialräumlichen Strukturen und die sozialen Prozesse in den Quartieren liegen im genuin stadtpolitischen Einflussbereich. Wir konzentrieren uns daher in der folgenden perspektivischen Zusammenfassung auf sozialräumliche Entwicklung, in der sich die einzelnen behandelten Trends bündeln.

Wandel von Segregationsmustern

Segregationsmuster ändern sich nur langsam, weil sie in die Bausubstanz und die Stadtstruktur gleichsam eingebaut sind (durch Bebauungsdichte, Wohnungsgrößen und -zuschnitte, Ausstattungsniveau, Freiraumanteile und -qualitäten etc). Entscheidende Faktoren für die Entwicklung der Segregation sind Bevölkerungs- und Einkommensentwicklung sowie Einkommensverteilung (Kaufkraft), Menge und Zugänglichkeit des Wohnungsangebots sowie die sozialen Distanzen zwischen

verschiedenen Nachfragegruppen, die sich aus ethnischen Unterschieden, unterschiedlichen Lebensstilen und Haushaltsformen ergeben.

Wir stellen im Folgenden Überlegungen zu drei Varianten vor: zunächst die zu erwartende Entwicklung, wenn sich ökonomisch kaum etwas ändert (»Ist-Zustand«), und dann jeweils ein Schrumpfungs- und ein Wachstumsszenario.

Bei Variante I gehen wir davon aus, dass die Stadt Berlin durch staatliche Finanzierung den Arbeitsmarkt auf niedrigem Niveau stabilisieren und die Bevölkerungszahl halten kann. Die Variante II (Schrumpfungs-Szenario) geht von der Annahme aus, dass der Ist-Zustand nur noch für kurze Zeit gehalten werden kann (ca. fünf bis zehn Jahre), und dass dann ein Schrumpfungsprozess eintreten wird. In Variante III (Wachstums-Szenario) wird angenommen, dass in absehbarer Zeit ein ökonomischer Wachstumspfad erreicht wird und daher auch die Bevölkerungszahl wieder zunimmt.

Welche Folgen die Hartz-Reformen haben, ist in den Szenarien noch nicht bedacht, da bisher noch zu wenig gesichertes empirisches Wissen dazu vorliegt und noch nicht absehbar ist, wie die neuen Regeln tatsächlich in die Praxis umgesetzt werden.

Variante I: Ist-Zustand

Bei anhaltend schwachem ökonomischem Wachstum in Berlin wird sich Arbeitslosigkeit kaum verringern, die Einkommen steigen nicht merklich. Allerdings werden die bisherigen Wachstumsbereiche (vor allem Medien und Unternehmensberatung) weiter wachsen und dadurch wird sich die Zahl der Bewohner, die über ein gutes Einkommen verfügen, erhöhen. Quantitativ ergeben sich dadurch aber in den nächsten Jahren in der Gesamtstadt kaum relevante Verschiebungen. Wegen mangelnder Attraktivität des Arbeitsmarktes wird die Zuwanderung gering bleiben. Die Wissenschaftspolitik des Landes Berlin wird sich in einem Rückgang der Zuzüge derjenigen Altersgruppe auswirken, die bisher als einzige immer einen positiven Wanderungssaldo aufwies. Die Einwohnerzahl stagniert. Auf den Wohnungsmärkten wird es daher wahrscheinlich wenig Bewegung geben.

Segregationsprozesse können von zwei Tendenzen angestoßen werden: durch die weiter steigende Nachfrage nach innerstädtischem Wohnraum seitens einkommensstarker, kleiner Haushalte einerseits, und durch Umzüge von Mittelschichtshaushalten, die sich aus Quartieren mit hohem sozialen Problemniveau zurückziehen.

Angesichts eines entspannten Wohnungsmarktes können sich beide Prozesse weitgehend unbehindert vollziehen, das heißt es wird kaum zu Kämpfen um den Raum kommen. Problematisch ist die »Residualisierung« von Quartieren, die das Ergebnis von Entmischungsprozessen ist. Selektive Mobilität kann durch die Auswirkungen von Hartz IV verstärkt werden, wenn die Regelungen für Miethöhe und Wohnungsgröße im Fall anhaltender Arbeitslosigkeit wirklich strikt umgesetzt würden.

Trotz geringer Bewegung auf dem Wohnungsmarkt wird sich die Konzentration von Haushalten, die sich in problematischen Soziallagen befinden, in den meisten Großsiedlungen aus den 1970er und 1980er Jahren erhöhen.

Anhaltende Arbeitsmarktprobleme würden die beruflichen Möglichkeiten von Migranten weiterhin gering halten, so dass auch die Zuwanderung auf niedrigem Niveau bleibt. An der ethnischen Segregation wird sich kaum etwas ändern.

Variante II: Schrumpfungsszenario

Wenn sich in Berlin in den kommenden fünf bis zehn Jahren kein sich selbst tragendes ökonomisches Wachstum herausbildet, wird die Stadt zu schrumpfen beginnen – und zwar in Richtung einer Größenordnung, die der Wirtschaftskraft der privaten Unternehmen entspricht. Sie ist als tragfähig für etwa die Hälfte der gegenwärtigen Bevölkerungsgröße einzuschätzen. Der Finanztransfer wird mit schrumpfender Einwohnerzahl zurückgehen, das öffentliche Budget wird zu weiteren Einschnitten bei Kultur und Wissenschaft sowie bei der Infrastrukturversorgung zwingen. Damit würde die Stadt für die jungen Bildungszuwanderer erheblich an Attraktivität verlieren, und das Metropolen-Image würde stark angekratzt.

Die mit der Hauptstadtfunktion verbundenen Beschäftigungsbereiche und der Tourismus bleiben die verlässlichsten Arbeitsmarktsegmente, aber aus ihren Erträgen kann die Infrastruktur einer Stadt, die für eine viel größere Bevölkerungszahl ausgelegt ist, nicht aufrecht erhalten werden.

Die Entmischungsprozesse in den Quartieren, in denen die Arbeitslosigkeit besonders hoch und der Migrantenanteil ebenfalls weit überdurchschnittlich hoch ist, gehen unvermindert weiter. Die Quartiere mit hohem sozialen Problemniveau dehnen sich aus, die integrierten, ökonomisch abgesicherten Bevölkerungsteile ziehen sich stärker auf solche Quartiere zurück, die von den wachsenden sozialen Problemen der Stadt weitgehend unberührt bleiben. Soziale Konflikte werden

immer öfter auch gewaltförmig ausgetragen, die Zahl der Eigentumsdelikte nimmt zu, manche Stadtteile werden offen als »unsicher« stigmastisiert.

Einige der Großsiedlungen – und zwar diejenigen, die sich bereits heute auf einem Pfad der sozialen Erosion befinden – werden durch wachsende Leerstände, soziale und räumliche Residualisierung und ein hohes Konfliktniveau gekennzeichnet sein – insbesondere dann, wenn der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die faktisch keine Chancen auf dem Lehrstellen- und auf dem Arbeitsmarkt haben, eine relevante Größenordnung erreicht. Die »Verslumung« dieser Siedlungen wäre mit stadtpolitischen Mitteln kaum noch zu vermeiden.

Variante III: Wachstums-Szenario

Sollte sich in Deutschland ein stärkeres ökonomisches Wachstum ergeben und in der Folge auch das Wachstum in Berlin spürbar zunehmen, dann ist zwar kaum mit einem raschen Abbau von Arbeitslosigkeit in den Quartieren zu rechnen, die heute davon am stärksten betroffen sind. Aber eine Stabilisierung sozial gemischter Quartiere könnte erwartet werden.

Wenn im Zuge einer ökonomischen Erholung die Zuwanderung zunimmt, wird die Binnenzuwanderung vorwiegend durch die Angebote für hochqualifizierte Dienstleistungstätigkeiten angereizt. Die Zunahme von Dienstleistungstätigkeiten mit sehr geringen Qualifikationsanforderungen würde die Ausenzuwanderung verstärken, aber im Prinzip nichts an der niedrigen Kaufkraft der Gebiete mit einer hohen Konzentration von gering qualifizierten Bewohnern (und hohem Ausländeranteil) ändern. Denn das ökonomische Wachstum wäre insofern polarisiert, als es zugleich die Zahl der Beschäftigten in hoch qualifizierten Dienstleistungen und in Niedriglohnbereichen erhöhen würde.

Wachstumspotenziale liegen vor allem in solchen Wirtschaftsbereichen, die eine Affinität zu innerstädtischen Standorten haben. Bei anhaltender Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt ist daher auch mit einer flächendeckend steigenden Nachfrage nach höherwertigen Wohnungen in den Innenstadtbereichen zu rechnen. Da es an den Rändern und in einigen nicht für eine Aufwertung geeigneten Quartieren noch ausreichenden Wohnraum für die Verdrängten gäbe, würde die innere Stadt, die bisher stark unter den sozialen Problemen leidet, insgesamt aufgewertet. Die steigende Kaufkraft würde auch die Lage des Einzelhandels verbessern und die Attraktivität der funktional gemischten Quartiere weiter stärken.

In der Konsequenz würde dies zu einer Umkehrung der sozialräumlichen Tendenzen der letzten eineinhalb Jahrzehnte führen: Die Randwanderung würde die Stadt nicht mehr so sehr schwächen, weil es eine kaufkräftige Zuwanderung in die innerstädtischen Bereiche gäbe. Die Großwohnsiedlungen am Rand der Stadt erleben eine starke Abwertung, weil die Generation, die dort bisher noch für soziale Mischung sorgt, aus Altersgründen langsam verschwindet und sich dort dann die Bevölkerungsgruppen sammeln, die aus den innerstädtischen Aufwertungsgebieten verdrängt und in anderen Bereichen diskriminiert werden. Soziale Absteiger und noch nicht integrierte Zuwanderer bilden in diesen Siedlungen dann eine brisante Mischung.

7 Literatur

- Almond, Gabriel A.; Verba, Sidney 1989: *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Newbery Park: Sage Publications.
- ANBA (verschiedene Jahrgänge): *Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit. Jahreszahlen*. Online im Internet: <http://www.pub.arbeitsamt.de>.
- Andersen, Hans Thor 2004: *Spatial – not social polarisation: Social change and segregation in Copenhagen*. *The Greek review of social research*. Heft 113, S. 145-166.
- Andersen, HansThor 2002: *Globalisation, spatial polarization and the housing market*. *Geografisk Tidsskrift, Danish Journal of Geography*, 102, S. 93-102
- Andersson, Roger; Brama, Asa 2004: *Selective Migration in Distressed Neighbourhoods: Can Area-based Urban Policies Counteract Segregation Processes?* In: *Housing Studies*, 19. Jg., 4, S. 517-539.
- Andreß, Hans-Jürgen 1999: *Leben in Armut*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Anxo, D./ D. Storrie 2000: *The Job Creation Potenzial of the Service Sector in Europe*, Luxemburg: European Commission.
- Baumol, William J. 1967: *Macroeconomics of Unbalance Growth: The Anatomy of Urban Crisis*. In: *American Economic Review*, Vol. 57, S. 416-426.
- Bericht zur Integrations- und Ausländerpolitik in Berlin 2000. Herausgegeben von der Beauftragten für Migration und Integration des Senats von Berlin (Juni 2002).
- Birg, Herwig 2003: *Die demographische Zeitenwende – der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa*. München: Beck.
- Blau, Peter M. 1980: *Implications of growth in services for social structure*. In: *Social Science Quarterly*, vol. 61, S. 3-22.
- BMRBS – Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hg.) 1995: *Haus und Wohnung im Spiegel der Statistik 1995/95*. Bonn: BMRBS.
- Boos-Nünning, Ursula; Karakasoglu, Yasemin 2005: *Viele Welten leben. Zur Lebenssituation von Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund*. Münster: Waxmann.
- Bremer, Peter 2000: *Ausgrenzungsprozesse und die Spaltung der Städte. Zur Lebenssituation von Migranten*. Opladen: Leske + Budrich.
- Breton, Raymond 1965: *Institutional Completeness of Ethnic Communities and the Personal Relations of Immigrants*. *American Journal of Sociology*, 70(2), S. 193-205.
- Brettschneider, Frank 2002: *Responsivität*. In: M. Greiffenhagen; S. Greiffenhagen (Hg.), *Handwörterbuch zur Politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 541-547.
- Buck, Nick 2001: *Identifying neighbourhood effects on social exclusion*. In: *Urban Studies*, Vol. 38, Nr. 12, Seite 2251-2275

- Buck, Nick; Gordon, Ian 2000: Turbulence and sedimentation in the labour markets of late twentieth century metropolises. In: G. Bridge; S. Watson. (Hg.), *A Companion to the City*. Oxford: Blackwell.
- Burchard, Amory 2002: *Das russische Berlin*. Berlin: Die Ausländerbeauftragte des Senats.
- Burger, Jack 1996: No Polarization in Dutch cities? Inequality in a corporatist country. In: *Urban Studies*, Vol. 31, S. 99-106.
- Burger, Jack; Musterd, Sako 2002: Understanding Urban Inequality: A Model Based on Existing Theories and an Empirical Illustration. In: *International Journal of Urban and Regional Research*, Vol. 26, S. 403-413.
- Cars, G.; Madanipour, A.; Allen, J. (Hg.) 1998: *Social Exclusion in European Cities*. London: Jessica Kingsley.
- Castel, Robert 2000: *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz: Universitätsverlag.
- Combes, P.-P.; Duranton, G.; Gobillon, L. 2004: *Spatial Wage Disparities: Sorting Matters!* In: Centre for Economic Policy Research, discussion paper, No. 4240.
- Der Beauftragte für Migration und Integration des Senats von Berlin (2000) *Bericht zur Integrations- und Ausländerpolitik in Berlin 2000*. Berlin.
- Deutscher Bundestag 2005: *Lebenslagen in Deutschland – Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht*. Unterrichtung durch die Bundesregierung. Drucksache 15/5015. Köln: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft.
- Diewald, Martin 2003: Kapital oder Kompensation? Erwerbsbiografien von Männern und die sozialen Beziehungen zu Verwandten und Freunden. In: *Berliner Journal für Soziologie*, Heft 2, S. 213-238.
- Dorsch, Pamela; Häußermann, Hartmut; Kapphan, Andreas; Keim, Rolf; Kronauer, Martin; Schumann, Claudia; Siebert, Ingo; Vogel Berthold 2000: *Comparative Statistical Analysis at National, Metropolitan, Local and Neighbourhood Level. Germany: Berlin and Hamburg*. URBEX Series, No. 4. Amsterdam: Amsterdam Study Centre for the Metropolitan Environment.
- Dorsch, Pamela; Häußermann, Hartmut; Kapphan, Andreas; Siebert, Ingo 2001: *Spatial Dimensions of Urban Social Exclusion and Integration. The Case of Berlin, Germany*. URBEX Series, No. 11. Amsterdam: Amsterdam Study Centre for the Metropolitan Environment.
- Easton, David 1965: *A Systems Analysis of Political Life*. New York: John Wiley & Sons.
- Esser, Hartmut 1986: Ethnische Kolonien: »Binnenintegration« oder gesellschaftliche Isolation? In: J.H.P. Hoffmeyer-Zlotnik (Hg.), *Segregation und Integration: Die Situation von Arbeitsmigranten im Aufnahmeland*. Mannheim: Forschung, Raum und Gesellschaft e.V., S. 106-117.

- Farwick, Andreas 2001: Segregierte Armut in der Stadt: Ursachen und soziale Folgen der räumlichen Konzentration von Sozialhilfeempfängern. Opladen: Leske + Budrich.
- Fassmann, H.; Kohlbacher, J.; Reeger, U. (Hg.) 2002: Zuwanderung und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich. Klagenfurt: Drava.
- Fels, Gerhard 1980: Die deutsche Wirtschaft im Strukturwandel. Kieler Studien 166, Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Florida, Richard 2005: *Cities and the Creative Class*. London/New York: Routledge.
- Fourastié, Jean 1954: *Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts*, Köln: Bund-Verlag.
- Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Inneres-Statistik. Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, 500 Jahre-Zeitreihen: online im Internet: <http://fhh1.hamburg.de>.
- Frick, J.; Goebel, J.; Grabka, M.M.; Krause, P.; Schäfer, A.; Tucci, I.; Wagner, G.G. 2005: Zur langfristigen Entwicklung von Einkommen und Armut in Deutschland. In: *Wochenbericht des DIW*, 4, S. 59 ff.
- Friedmann, J.; Wolff, G. 1982: World city formation: an agenda for research and action. *International Journal of Urban and Regional Research*, 6, 3, S. 309-344.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.) 1998: *Ghettos oder ethnische Kolonien?* Bonn: FES.
- Friedrichs, Jürgen 1983: *Stadtanalyse: soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft*. WV-Studium 104, 3. Auflage, Reinbek: Rowohlt Verlag.
- Friedrichs, Jürgen 1998: Social Inequality, segregation and urban conflict. The case of Hamburg. In: Musterd, Sako; Ostendorf, Wim (Hg.), *Urban segregation and the welfare state*. London, New York: Routledge, S. 168-190.
- Friedrichs, Jürgen 1998a: Do Poor Neighbourhoods Make Their Residents Poorer? Context Effects of Poverty Neighbourhoods on Residents. In: Andreß, Hans-Jürgen (Hg.): *Empirical Poverty Research in a Comparative Perspektive*. Ashgate: Aldershot, S. 77-99.
- Friedrichs, Jürgen; Blasius, Jörg 2000: *Leben in benachteiligten Wohngebieten*. Opladen: Leske + Budrich.
- Gabriel, Oscar W. 1999: Integration durch Institutionenvertrauen? Struktur und Entwicklung des Verhältnisses der Bevölkerung zum Parteienstaat und zum Rechtsstaat im vereinigten Deutschland. In: Friedrichs, Jürgen; Jagodzinski, W. (Hg.), *Soziale Integration*. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 39, S. 199-238.
- Gabriel, Oscar W. 2002: Politisches Vertrauen. In: M. Greiffenhagen; S. Greiffenhagen (Hg.): *Handwörterbuch zur Politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 494-499.
- Gallie, Duncan; Paugam, Serge 2000: The Social Regulation of Unemployment. In: Gallie, Duncan; Paugam, Serge (Hg.): *Welfare Regimes and the Experience of Unemployment in Europe*. Oxford: Oxford University Press, S. 351-374.

- Gans, Herbert J. 1974: Die ausgewogene Gemeinde: Homogenität oder Heterogenität in Wohngebieten? In: U. Herlyn (Hg.), Stadt- und Sozialstruktur. München: Nymphenburger Verlagsbuchhandlung, S. 187-208.
- Gatzweiler, Hans Peter; Meyer, Katrin; Milbert, Antonia 2003: Schrumpfende Städte in Deutschland? Fakten und Trends. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 10/11, S. 557-574.
- Gatzweiler, Hans-Peter; Milbert, Antonia 2003: Regionale Lohnunterschiede in Deutschland. In: Informationen zur Raumentwicklung, 3-4, S. 125 ff.
- Geppert, Kurt; Gornig, Martin 2003: Die Renaissance der großen Städte – und die Chancen Berlins. In: DIW-Wochenbericht 70, S. 411-418.
- Gesemann, Frank (Hg.) 2001: Migration und Integration in Berlin. Opladen: Leske + Budrich.
- Giffinger, Rudolf; Wimmer, Hannes 2002: Segregation von ausländischer Wohnbevölkerung als Barriere der sozialen Integration? In: Fassmann, H.; Kohlbacher, J.; Reeger, U. (Hg.): Zuwanderung und Segregation. Klagenfurt: Drava, S. 209-232.
- Göbel, Jan; Krause, Peter; Schupp, Jürgen 2005: Mehr Armut durch steigende Arbeitslosigkeit. In: Wochenbericht des DIW, 10, S. 175 ff.
- Gordon, Ian 2000: Demography, labour force and income. In: The London – New York Study, London: City of London Corporation.
- Görzig, Bernd; Gornig, Martin; Werwatz, Axel 2004: Ostdeutschland: strukturelle Niedriglohnregion? In: Wochenbericht des DIW, 71 S. 685-691.
- Hahn, Barbara 2003: Armut in New York. In: Geographische Rundschau, 55. Jg. 10, S. 50-54.
- Hamnett, Chris 1998: Social Polarisation, Economic Restructuring and Welfare State Regimes. In: Musterd, Sako; Ostendorf, Wim (Hg.): Urban Segregation and the Welfare State. London/New York: Routledge, S. 15-27.
- Hamnett, Chris 2000: Social Segregation and Social Polarization. In: R. Paddison (Hg.): Handbook of Urban Studies. London: Sage, S. 162-176.
- Hamnett, Chris 2003: Unequal City. London in the Global Arena. London, New York: Routledge.
- Hamnett, Chris 2004: Economic and social change and inequality in global cities: The case of London. The Greek review of social research. Heft 113, pp. 63-81.
- Hannemann, Christine 2000: Die Platte. Berlin: Schelzky & Jeep.
- Harrison, Bennett; Bluestone, Barry 1988: The great U-Turn, Corporate Restructuring and the Polarizing of America. New York: Basic Books.
- Hartmann, Martin; Offe, Claus 2001: Vertrauen. Die Grundlagen des sozialen Zusammenhalts. Frankfurt am Main: Campus.
- Hauser, Richard 2003: Die Entwicklung der einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland – ein Überblick. In: Informationen zur Raumentwicklung, 3-4, S. 111-124.

- Häußermann, Hartmut 2000: Die Krise der »sozialen Stadt«. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung DAS PARLAMENT, B 10-11, S. 13-21.
- Häußermann, Hartmut 2003: Armut in der Großstadt. Die Stadtstruktur verstärkt soziale Ungleichheit. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3/4, S. 143-157.
- Häußermann, Hartmut; Kapphan, Andreas 2000: Berlin: von der geteilten zur gespaltenen Stadt? Sozialräumlicher Wandel seit 1990. Opladen: Leske und Budrich.
- Häußermann, Hartmut; Kapphan, Andreas. 2004: Berlin: Ausgrenzungsprozesse in einer europäischen Stadt. In: Häußermann, Hartmut; Kronauer, Martin; Siebel, Walter (Hg.): An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 203-234.
- Häußermann, Hartmut; Kronauer, Martin 2005: Inklusion-Exklusion. In: Kessler, Fabian; Reutlinger, Christian (Hg.): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 597-609.
- Häußermann, Hartmut; Kronauer, Martin; Siebel, Walter (Hg.) 2004: An den Rändern der Städte. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Häußermann, Hartmut; Kronauer, Martin; Siebel, Walter 2004a: Stadt am Rand. Armut und Ausgrenzung. In: Häußermann, Hartmut; Kronauer, Martin; Siebel, Walter (Hg.): An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 7-40.
- Häußermann, Hartmut; Oswald, Ingrid (Hg.) 1997: Zuwanderung und Stadtentwicklung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Häußermann, Hartmut; Roost, Frank 2000: Globalisierung, Global City. In: Häußermann, Hartmut (Hg.): Großstadt – Soziologische Stichworte, 2. Aufl., Opladen: Leske und Budrich.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter 1995: Dienstleistungsgesellschaften, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter 2001: Soziale Integration und ethnische Schichtung. Zusammenhänge zwischen räumlicher und sozialer Integration. Gutachten für die Zuwanderungskommission. Berlin, Oldenburg.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter 2004: Stadtsoziologie. Eine Einführung. Frankfurt am Main: Campus.
- Heitmeyer, Wilhelm 1999: Versagt die »Integrationsmaschine« Stadt? Zum Problem der ethnisch-kulturellen Segregation und ihrer Konfliktfolgen. In: Heitmeyer, Wilhelm; Dollase, Rainer; Backes, Otto (Hg.): Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 443-467.
- Heitmeyer, Wilhelm 2004: Zur Gefährdung der integrativen Stadtgesellschaft. Ms.
- Heitmeyer, Wilhelm; Anhut, Reimund (Hg.) 2000: Bedrohte Stadtgesellschaft. Weinheim: Juventa.

- Hengsbach, Friedhelm 1997: Der Gesellschaftsvertrag der Nachkriegszeit ist aufgekündigt. Sozio-ökonomische Verteilungskonflikte als Ursache ethnischer Konflikte. in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Was hält die Gesellschaft zusammen? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft, Bd.2, Frankfurt am Main, 207-232.
- Herlyn, Ulfert; Lakemann, Ulrich; Lettko, Barbara 1991: Armut und Milieu. Basel, Boston, Berlin: Birkhäuser.
- Heye, C.; Leuthold, H. 2004: Segregation und Umzüge in der Stadt und Agglomeration Zürich. Zürich: Statistik Stadt Zürich.
- Hohmann, René 2003: Konflikte um Moscheen – eine Fallstudie zum Moscheebauprojekt in Schlüchtern (Hessen). Berlin: Sozialwissenschaftliche Diplomarbeit an der Humboldt-Universität zu Berlin.
- Hübinger, Werner 1996: Prekärer Wohlstand. Neue Befunde zu Armut und sozialer Ungleichheit. Freiburg: Lambertus.
- Hüttermann, Jörg 2003: Der Konflikt um islamische Symbole zwischen lebensweltlich sedimentiertem Gastrecht und formalem Recht: Eine fallgestützte Analyse. In: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung, 5(2), S. 74-102.
- Janßen, Andrea; Polat, Ayça 2004: Zwischen Integration und Ausgrenzung – Lebensverhältnisse türkischer Migranten der zweiten Generation. Dissertation an der Fakultät IV Human- und Gesellschaftswissenschaften der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Oldenburg.
- Jargowsky, Paul A. 2004: Die metropolitanen Gebiete der USA: Strukturwandel und Stadtpolitik. In: H. Häußermann; M. Kronauer; W. Siebel (Hg.), An den Rändern der Städte. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Kapphan, Andreas 2000: Die Konzentration von Zuwanderern in Berlin: Entstehung und Auswirkungen. In: K. M. Schmals (Hg.): Migration und Stadt: Entwicklungen, Defizite, Potenziale. Opladen: Leske + Budrich, S.
- Kapphan, Andreas 2002: Das arme Berlin. Opladen: Leske und Budrich.
- Kapphan, Andreas 2004: Symbolische Repräsentation von Zuwanderergruppen im Raum: Zur Analyse von Konflikten um den Bau und die Nutzung von Moscheen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kearns, Ada; Parkinson, Michael 2001: The Significance of Neighbourhood. In: Urban Studies, 38. Jg., S. 2103-2110.
- Keller, Carsten 2005: Soziale Exklusion in Plattenbausiedlungen. Armut, Alltag und Milieu. Dissertation an der Philosophischen Fakultät III der Humboldt Universität zu Berlin. Berlin.
- Kesteloot, Christian; Meert, H. 2000: Segregation and Economic Integration of Immigrants in Brussels. In: Body-Gendrot, S.; Martiniello, M. (Hg.), Minorities in European Cities. The Dynamics of Social Integration and Social Exclusion at the Neighbourhood Level. London: Macmillan, S. 54-72.

- Kleinert, J.; Schimmelpfennig, A.; Schrader, K.; Stehn, J. 2000: Globalisierung, Strukturwandel und Beschäftigung. Kieler Studien 308, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Kronauer, Martin 2000: Armutsforschung. In: Soziologische Revue, 23. Jg., Heft 2, S. 162-172
- Kronauer, Martin 2002: Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Kronauer, Martin 2005: Ausgrenzung und physisch-sozialer Raum. In: Anhorn, Roland; Bettinger, Frank (Hg.): Sozialer Ausschluss und soziale Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 167-184.
- Kronauer, Martin 2006: Quartiere der Armen: Hilfe gegen soziale Ausgrenzung oder zusätzliche Benachteiligung? In: Dangschat, Jens; Hamedinger, Alexander (Hg.): Lebensstile, soziale Lagen und Siedlungsstrukturen. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (im Erscheinen).
- Kronauer, Martin; Vogel, Berthold 2004: Erfahrung und Bewältigung von sozialer Ausgrenzung in der Großstadt: Was sind Quartiereffekte, was Lageeffekte? In: Häußermann, Hartmut; Kronauer, Martin; Siebel, Walter (Hg.): An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 245-257.
- Krugman, Paul 1995: Development, Geography and Economic Theory, Cambridge: MIT Press.
- Landeshauptstadt München, Sozialreferat 2004: Münchner Armutsbericht – Fortschreibung 2002. München.
- Landeshauptstadt Stuttgart, Sozialamt (o.J.): Armut in Stuttgart. Quantitative und qualitative Analysen. Sozialbericht 1. Stuttgart.
- Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt 2005: Arbeitsmarkt Großstadtvergleich. Online im Internet: <http://www.stuttgart.de>.
- Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt: Statistik Sozialhilfeempfänger. Online im Internet: <http://www.stuttgart.de>.
- Läpple, Dieter 2003: Hamburger Arbeitsmarkt im globalen Kontext. In: Hönekopp, E.; Jungnickel, R. (Hg.): Internationalisierung der Arbeitsmärkte. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.
- Lebenslagenreport Leipzig 1999: Bericht zur Entwicklung sozialer Strukturen und Lebenslagen in Leipzig. Studie im Auftrag des Dezernates für Soziales und Gesundheit Leipzig.
- Leggewie, Claus 2000: Integration und Segregation. In: Bade, Klaus J.; Münz, Rainer (Hg.): Migrationsreport 2000. Fakten-Analysen-Perspektiven. Frankfurt am Main: Campus.
- Leibfried, Stephan; Leisering, Lutz; Buhr, Petra; Ludwig, Monika; Mädje, Eva; Olk, Thomas; Voges, Wolfgang; Zwick, Michael 1995: Zeit der Armut. Lebensläufe im Sozialstaat. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Lindner, Rolf 1999: Was ist »Kultur der Armut«? Anmerkungen zu Oscar Lewis. In: Herkommer, Sebastian (Hg.): Soziale Ausgrenzungen. Gesichter des neuen Kapitalismus. Hamburg: VSA, S. 171-178.
- Maloutas, T. (Hg.) 2004: Urban segregation and the European context. The Greek review of social research. Heft 113, S. 3-24.
- Maloutas, Thomas (Hg.) 2004: Special Issue: Social Change and Segregation Trends in European Cities. The Greek review of social research. Heft 113.
- Maume, D.S. 1983: Metropolitan hierarchy and income distribution: a comparirison of explanations. In: Urban Affairs Quarterly , Vol. 18, S. 413-429.
- Mertens, A. 2002: Regionale und industrielle Lohndynamik in Westdeutschland und den USA. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Heft 5.
- Mingione, Enzo (Hg.) 1996: Urban Poverty and the Underclass. Oxford: Blackwell.
- Mollenkopf, John H.; Castells, Manuel 1991: Dual City: Restructuring New York, New York: Russell Sage Foundation.
- Möller, J.; Haas, A. 2002: Die Entwicklung der räumlichen Lohnstruktur. In: Jahrbuch für Regionalwissenschaften.
- Murie, Alan 1998: Segregation, Exclusion and Housing in the Divided City. In: Musterd, Sako; Ostendorf, Wim (Hg.): Urban Segregation an the Welfare State. London/New York: Routledge, S. 110-125.
- Musterd, Sako; Ostendorf, Wim (Hg.) 2000: Urban Segregation and the Welfare State. London/New York: Routledge.
- Musterd, Sako; Ostendorf, Wim 1998: Segregation and social participation in a welfare state: the case of Amsterdam. In: Musterd, Sako; Ostendorf, Wim (Hg.): Urban segregation and the welfare state. London, New York: Routledge, S. 191-205.
- Musterd, Sako; Ostendorf, Wim 1998a: Segregation, polarisation und social exclusion in metropolitan areas. In: Musterd, Sako; Ostendorf, Wim (Hg.): Urban segregation and the welfare state. London, New York: Routledge, S. 1-14.
- Musterd, Sako; Ostendorf, Wim; Berrebart, Matthijs 1997: Segregation in European Cities: Pattern and policies. In: Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie, 88. Jg., Vol. 2, S. 182-187.
- Nelson, J. I.; Lorence, J. 1985: Employment in service activities and inequality in metroplitan areas. In: Urban Affairs Quarterly, No. 1.
- Ohliger, Rainer; Raiser, Ulrich 2005: Integration und Migration in Berlin. Zahlen-Daten-Fakten. Berlin: Der Beauftragte für Integration und Migration.
- Ostendorf, Wim (Hg.) 1998: Urban Segregation and the Welfare State. London, New York: Routledge.
- Peach, Ceri 1999: London and New York: Contrasts in British and American Models of Se-
gregation. In: International Journal of Population Geography, 5. Jg., S. 319-351.

- Preteceille, Edmond 2004: L'évolution de la segregation sociale et des inégalités urbaines: Le cas de la métropole parisienne. In: The Greek review of social research. Heft 113, pp. 105-120.
- Roth, Roland 1998: Lokale Demokratie »von unten«. Bürgerinitiativen, städtischer Protest. Bürgerbewegungen und neue soziale Bewegungen in der Kommunalpolitik. In: Wollmann, Helmut; Roth, Roland (Hg.): Kommunalpolitik, Politisches Handeln in den Gemeinden. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 2-23.
- Sassen, Saskia 1991: Global Cities: New York, London and Tokyo. Princeton University Press.
- Sassen, Saskia 1994: Cities in a World Economy. Sociology for a New Century, Thousand Oaks, London, New Delhi: Pine Forge Press.
- Schäfer, Claus 2003: Effektiv gezahlte Niedriglöhne in Deutschland. In: WSI-Mitteilungen, 7, S. 420-428.
- Scharpf, Fritz W. (1985): Strukturen der postindustriellen Gesellschaft. In: Wirtschaft und Gesellschaft, Heft 1.
- Schmitt, Thomas 2003: Moscheen in Deutschland. Konflikte um ihre Errichtung und Nutzung. Flensburg: Forschungen zur Deutschen Landeskunde, Band 252.
- Koll-Schretzenmayr, Martina; Ritterhoff, Frank; Siebel, Walter 2005: Wie global ist die Weltstadthypothese? Soziale und räumliche Polarisierung in der europäischen Stadt. Das Beispiel Zürich. In: Disp 163, Heft 3/2005. S. 50-73.
- Schupp, Jürgen; Birkner, E. 2004: Kleine Beschäftigungsverhältnisse: Kein Jobwunder. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 34/04.
- Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz 2004: Sozialstrukturatlas Berlin 2003. Berlin: SenGesSozVerbr.
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Hg.) 2004: Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2004. Berlin: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung.
- Spiegel, Erika 2001: Soziale Stabilisierung durch soziale Mischung. In: vhw Forum Wohneigentum, 2, S. 75-80.
- Stadt Frankfurt 2005: Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2004. Frankfurt am Main.
- Stadt Köln 2004: Statistisches Jahrbuch 2003. Köln.
- Stadt Köln 2005: Statistisches Jahrbuch 2004. Köln.
- Stadt Leipzig, Sozialamt: Jahresbericht Sozialamt 2004. Online im Internet: <http://www.leipzig-sachsen.de>.
- Statistisches Landesamt Berlin. Online im Internet: <http://www.statistik-berlin.de>.
- SVfGSV (Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz) Berlin 2002: Armut und soziale Ungleichheit in Berlin. Berlin.
- Topos Stadtforschung 2001: Einkommens- und Armutsbericht Berlin 2000. Berlin.

- Vaattovaara, M.; Kortteinen, M. 2003: Beyond Polarisation versus Professionalisation? A Case Study of the Development of Helsinki Region, Finland. In: *Urban Studies*, Vol. 40, S. 2127-2145.
- Vetter, Angelika 1997: *Political Efficacy – Reliabilität und Validität*. Wiesbaden.
- Vetter, Angelika 2002: Politische externe Effektivität und Politische Kompetenz. beide In: M. Greiffenhagen, S. Greiffenhagen (Hg.): *Handwörterbuch zur Politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 115-120 und S. 379-382.
- Wacquant, Loïc 1996: Red Belt, Black Belt: Racial Division, Class Inequality and the State in the French Urban Periphery and the American Ghetto. In: Mingione, Enzo (Hg.): *Urban Poverty and the Underclass*. Oxford: Blackwell.
- Wacquant, Loïc 2004: Was ist ein Ghetto? Konstruktion eines soziologischen Konzepts. In: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft.*, 34. Jg., 134, S. 133-146.
- Wessel, Terje 2000: Social Polarisation and Socioeconomic Segregation in a Welfare State: The Case of Oslo. In: *Urban Studies*, 37. Jg., 11, S. 1947-1967.
- White, P. 1998: Ideologies, Social Exclusion and Spatial Segregation in Paris. In: Musterd, Sako; Ostendorf, Wim (Hg.): *Urban segregation and the welfare state*. London, New York: Routledge, S. 148-167.
- Wilson, William Julius 1987: *The Truly Disadvantaged: the Inner City, the Underclass, and Public Policy*. Chicago, London: University of Chicago Press.
- Wood, A. 1995: How Trade Hurt Unskilled Workers. In: *Journal of Economic Perspectives*, No. 3.

edition der Hans-Böckler-Stiftung
Bisher erschienene Reihentitel ab Band 200

	BestellNr.	ISBN	Preis/ €
Hartmut Küchle Die deutsche Heeresindustrie in Europa	13200	978-3-86593-080-4	18,00
Karin Schulze Buschoff unter Mitarbeit von Claudia Schmidt Neue Selbstständige im europäischen Vergleich	13201	978-3-86593-081-1	20,00
Lorenz Jarass • Gustav M. Obermair Steuerliche Aspekte von Private-Equity- und Hedge-Fonds unter Berücksichtigung der Unternehmenssteuerreform 2008	13202	978-3-86593-082-8	15,00
Hans-Joachim Voth Transparenz und Fairness auf einem einheitlichen europäischen Kapitalmarkt	13203	978-3-86593-083-5	12,00
Ulrich Jürgens • Thomas Sablowski Sektorale Innovationsprozesse und die Diskussion über deutsche Innovationsschwächen	13204	978-3-86593-084-2	15,00
Stefan Stracke • Erko Martins • Birgit K. Peters Friedemann W. Nerdinger Mitarbeiterbeteiligung und Investivlohn	13205	978-3-86593-085-9	18,00
Claudia Schippmann Betriebliche Mitbestimmungskulturen in Großbritannien, Spanien, Schweden, Frankreich und Ungarn	13206	978-3-86593-085-6	18,00
Bettina Graue Aufgaben, Grenzen und Perspektiven des Gender- Gedankens im Betriebsverfassungsgesetz	13207	978-3-86593-087-3	12,00
Herbert Bassarak Aufgaben und Konzepte der Schulsozialarbeit/Jugend- sozialarbeit an Schulen im neuen sozial- und bildungspolitischen Rahmen	13208	978-3-86593-089-7	29,00
Christa Eggerdinger • Marianne Giesert Impulse für den Erfolg – psychische Belastungen bei der Arbeit reduzieren!	13209	978-3-86593-090-3	12,00
Hermann Groß Betriebs- und Arbeitszeitmanagement in tarif- gebundenen und nicht tarifgebundenen Betrieben	13210	978-3-86593-091-0	10,00
Thorsten Ludwig, Jochen Tholen Schiffbau in Europa	13211	978-3-86593-092-1	30,00
Stephan Ricken Verbriefung von Krediten und Forderungen in Deutschland	13213	978-3-86593-094-1	16,00

	Bestellnr.	ISBN	Preis / €
Judith Aust, Volker Baethge-Kinsky, Till Müller-Schoell, Alexandra Wagner (Hrsg.) Über Hartz hinaus	13214	978-3-86593-096-5	25,00
Oliver Pfirmann Stand und Perspektiven der Beschäftigung in der Nanotechnologie in Deutschland	13215	978-3-86593-097-2	10,00
Ulrich Zachert Verfahren und Kosten von Betriebsverlagerungen in ausgewählten Europäischen Ländern	13216	978-3-86593-098-9	10,00
Hans-Joachim Voth Transparency and Fairness in The European Capital Market	13217	978-3-86593-099-6	12,00
Klaus Maack, Judith Beile, Stefan Schott, Eckhard Voß Zukunft der Süßwarenindustrie	13218	978-3-86593-100-9	15,00
Wolfgang Schroeder, Dorothea Keudel Strategische Akteure in drei Welten Die deutschen Gewerkschaften im Spiegel der neueren Forschung	13219	978-3-86593-107-8	12,00
Ralf-Peter Hayen, Manuela Maschke (Hsg.) Boombranche Zeitarbeit – Neue Herausforderungen für betriebliche Akteure	13220	978-3-86593-106-1	10,00
Peter Thomas Ein Bündnis für Arbeit und Umwelt zur integralen energetischen Gebäudemodernisierung	13221	978-3-86593-108-5	15,00
Wolfgang Schroeder Zur Reform der sozialen Selbstverwaltung in der Gesetzlichen Krankenversicherung – Kasseler Konzept	13222	978-3-86593-109-2	12,00
Rolf Dobischat, Marcel Fischell, Anna Rosendahl Auswirkungen der Studienreform durch die Einführung des Bachelorabschlusses auf das Berufsbildungssystem	13223	978-3-86593-110-8	15,00

Ihre Bestellungen senden Sie bitte unter Angabe der Bestellnummern an den Setzkasten oder unter Angabe der ISBN an Ihre Buchhandlung. Ausführliche Informationen zu den einzelnen Bänden können Sie dem aktuellen Gesamtverzeichnis der Buchreihe **edition** entnehmen.

Setzkasten GmbH
Kreuzbergstraße 56
40489 Düsseldorf
Telefax 0211-408 00 90 40
E-Mail mail@setzkasten.de

Hans-Böckler-Stiftung

Die Hans-Böckler-Stiftung ist das Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Gegründet wurde sie 1977 aus der Stiftung Mitbestimmung und der Hans-Böckler-Gesellschaft. Die Stiftung wirbt für Mitbestimmung als Gestaltungsprinzip einer demokratischen Gesellschaft und setzt sich dafür ein, die Möglichkeiten der Mitbestimmung zu erweitern.

Mitbestimmungsförderung und -beratung

Die Stiftung informiert und berät Mitglieder von Betriebs- und Personalräten sowie Vertreterinnen und Vertreter von Beschäftigten in Aufsichtsräten. Diese können sich mit Fragen zu Wirtschaft und Recht, Personal- und Sozialwesen oder Aus- und Weiterbildung an die Stiftung wenden. Die Expertinnen und Experten beraten auch, wenn es um neue Techniken oder den betrieblichen Arbeits- und Umweltschutz geht.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung forscht zu Themen, die für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Bedeutung sind. Globalisierung, Beschäftigung und institutioneller Wandel, Arbeit, Verteilung und soziale Sicherung sowie Arbeitsbeziehungen und Tarifpolitik sind die Schwerpunkte. Das WSI-Tarifarchiv bietet umfangreiche Dokumentationen und fundierte Auswertungen zu allen Aspekten der Tarifpolitik.

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)

Das Ziel des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung ist es, gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge zu erforschen und für die wirtschaftspolitische Beratung einzusetzen. Daneben stellt das IMK auf der Basis seiner Forschungs- und Beratungsarbeiten regelmäßig Konjunkturprognosen vor.

Forschungsförderung

Die Stiftung vergibt Forschungsaufträge zu Mitbestimmung, Strukturpolitik, Arbeitsgesellschaft, Öffentlicher Sektor und Sozialstaat. Im Mittelpunkt stehen Themen, die für Beschäftigte von Interesse sind.

Studienförderung

Als zweitgrößtes Studienförderungswerk der Bundesrepublik trägt die Stiftung dazu bei, soziale Ungleichheit im Bildungswesen zu überwinden. Sie fördert gewerkschaftlich und gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Promovierende mit Stipendien, Bildungsangeboten und der Vermittlung von Praktika. Insbesondere unterstützt sie Absolventinnen und Absolventen des zweiten Bildungsweges.

Öffentlichkeitsarbeit

Mit dem 14tägig erscheinenden Infodienst „Böckler Impuls“ begleitet die Stiftung die aktuellen politischen Debatten in den Themenfeldern Arbeit, Wirtschaft und Soziales. Das Magazin „Mitbestimmung“ und die „WSI-Mitteilungen“ informieren monatlich über Themen aus Arbeitswelt und Wissenschaft.

Mit der Homepage www.boeckler.de bietet die Stiftung einen schnellen Zugang zu ihren Veranstaltungen, Publikationen, Beratungsangeboten und Forschungsergebnissen.

Hans-Böckler-Stiftung

Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

Telefon: 02 11/77 78-0
Telefax: 02 11/77 78-225

